



Partei der ArbeiterInnenklasse

Zur gewerkschaftlichen und betrieblichen Verankerung der KPÖ in den Jahren 1945–1955

MANFRED MUGRAUER

Die Formierung eines einheitlichen Gewerkschaftsbundes nach der Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus wurde von der KPÖ als großer Fortschritt angesehen. Die Ablehnung von Richtungsgewerkschaften der Ersten Republik lag auch ganz auf der Linie der in den Jahren des Exils entwickelten Nachkriegskonzeptionen: So trat die Partei in ihrem im Juni 1944 formulierten Manifest „Die Wiedergeburt Österreichs“ für einheitliche demokratische Massenorganisationen ein, allen voran für „einheitliche Gewerkschaften“ als Voraussetzung für die „Einheit der Arbeiterklasse“.¹ Die Option einer Politik der „Roten Gewerkschaftsopposition“ (RGO) wie in den Jahren bis 1933/34 spielte in den Exilkonzeptionen der KPÖ keinerlei Rolle. Vielmehr wurde in Anknüpfung an die Erfahrungen der geeinten illegalen Gewerkschaftsbewegung in den Jahren der austrofaschistischen Diktatur und des gemeinsamen Kampfes gegen den Hitlerfaschismus darauf orientiert, die Zersplitterung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung zu überwinden.

Gründung des ÖGB

Dahingehend setzten sich die Kommunisten auch in den Vorbesprechungen zur Gründung des Gewerkschaftsbundes ein. Erste Sondierungen fanden zunächst im privaten Rahmen im Kreise von Sozialdemokraten statt. Am 13. April 1945 wurden zu den Beratungen in der Wohnung von Josef Battisti auch Kommunisten und Christlichsoziale beigezogen. Hier wurde auf Vorschlag Johann Böhms (SPÖ) ein vorbereitender Ausschuss eingesetzt.² Gottlieb Fiala, der im Auftrag der KPÖ an diesen Besprechungen teilnahm, bilanzierte die nachfolgenden Gespräche, die am 15. und 18. April im Direktionsgebäude der Westbahn stattfanden,³ als „außerordentlich schwierig“.⁴ Erst eine auf Initiative der KPÖ einberufene außerordentliche Parteienbesprechung von SPÖ und KPÖ am 28. April

1945 in der Wiener Arbeiterkammer, an der seitens der KPÖ Johann Koplenig, Franz Honner und Gottlieb Fiala teilnahmen, brachte eine Einigung über Aufbau und Funktionsverteilungen im ÖGB.⁵ Nach Anerkennung des ÖGB durch die sowjetische Besatzungsmacht wurde in der Sitzung der provisorischen ÖGB-Leitung am 30. April 1945 ein Präsidium aus drei Vorsitzenden gebildet, darunter Fiala als 1. Vizepräsident, sowie ein provisorischer Bundesvorstand, bestehend aus dem Präsidium, Vertretern der Industriegruppen und je zwei Parteienvertretern von KPÖ und ÖVP. Sechs der insgesamt 27 Mitglieder dieses provisorischen Bundesvorstands waren Kommunisten.⁶

Die Gründung des ÖGB als überparteiliche Einheitsgewerkschaft wurde von der KPÖ als „Krönung des in den breiten Massen der Arbeiter und Angestellten tief verwurzelten Strebens nach gewerkschaftlicher Einheit“ betrachtet.⁷ Neben der *Zentralstelle für die Wiederrichtung des österreichischen Sports* (ZÖS), die bereits Ende 1945 ihre Tätigkeit einstellen musste, und der *Volkssolidarität*, der zentralen Hilfsorganisation für politische Opfer des Nationalsozialismus, die 1946 auf Betreiben der SPÖ aufgelöst wurde, stellte der ÖGB den einzigen Erfolg der kommunistischen Bemühungen um einheitliche Massenorganisationen dar. Überparteiliche Jugend- und Frauenorganisationen scheiterten ebenso am Widerstand des Parteivorstands der SPÖ wie solche im Bereich der MieterInnen, SozialrentnerInnen usw. Die KPÖ beanspruchte für sich das Verdienst, die Initiative zur Schaffung von Gewerkschaften als einheitliche Organisationen der ArbeiterInnenschaft ergriffen zu haben.⁸ So berichtet Fiala von Bestrebungen der „rechten Sozialisten“ in der zweiten Aprilhälfte, um jeden Preis die *Freien Gewerkschaften* der Ersten Republik, also sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften, wiederaufleben zu lassen.⁹

Nicht vollständig Rechnung getragen wurde der kommunistischen Forderung,

den ÖGB nach dem Industriegruppenprinzip aufzubauen. Er wurde zwar im wesentlichen nach dem Prinzip der Industriegewerkschaften gebildet, daneben fand jedoch auch jenes der Berufsorganisation oder jenes der Organisationszugehörigkeit nach dem Dienstgeber Anwendung. Solche Ausnahmen stellten z.B. die Angestellten, die Gemeindebediensteten usw. dar. Es müsse das Ziel der kommunistischen Bestrebungen sein: „ein Betrieb – eine Gewerkschaft, und Zusammenfassung nur in Industriegruppenorganisationen“, umriss Otto Horn die Position der KPÖ.¹⁰

Für eine klassenorientierte Politik

Die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften spielte in Selbstverständnis und Strategie der KPÖ als ArbeiterInnenpartei eine zentrale Rolle. Für die KPÖ war der ÖGB die wichtigste proletarische Massenorganisation und das Hauptvehikel zur Verwirklichung der von ihr angestrebten Aktionseinheit der ArbeiterInnenklasse. In ihren Augen sollte der Gewerkschaftsbund ein Kampfinstrument zur Durchsetzung der Klasseninteressen der ArbeiterInnen und Angestellten sein. Die KPÖ konnte sich in ihrer Politik auf vom ÖGB selbst herausgegebene Forderungskataloge stützen, die zwar gemeinsam beschlossen wurden, um deren Umsetzung jedoch kein entschlossener Kampf aufgenommen wurde, z.B. auf das Forderungsprogramm des Gewerkschaftsbundes, das am 7. Dezember 1945 in einer Wiener Betriebsräte- und Vertrauenspersonenversammlung im Großen Musikvereinsaal bestätigt worden war. Hierin fanden sich all jene Punkte, die auch im Mittelpunkt der sozialökonomischen Politik der KPÖ standen, z.B. die Forderungen nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, nach einer Bodenreform, nach einer fortschrittlichen Sozialgesetzgebung, betrieblicher Mitbestimmung und einem demokratischen Betriebsrätegesetz, einem für alle wirt-



Gottlieb Fiala (1891–1970)

schaftlichen Bereiche zuständigen Wirtschaftsministerium unter Führung eines Gewerkschafters, einer planmäßigen Produktion und Verteilung der Güter angesichts der wirtschaftlichen Notlage jener Jahre, nach einer Verbesserung der Ernährungslage und Hebung des Lebensstandards der ArbeiterInnenschaft usw.¹¹

Nach der Befreiung wurde aber keine den kommunistischen Vorstellungen entsprechende volksdemokratische Entwicklung eingeleitet, sondern die Restauration kapitalistischer Verhältnisse. Die Politik der KPÖ stand so ab 1946 ganz im Zeichen der Kritik an der Regierung Figl-Schärf, ihrer einseitigen Westorientierung und der Abwälzung der Kosten des Wiederaufbaus auf die arbeitende Bevölkerung. Vor dem Hintergrund der katastrophalen Ernährungs- und Wirtschaftslage beteiligten sich KommunistInnen führend an den Hungerdemonstrationen und so genannten „Kalorienstreiks“. Nach dem Austritt aus der Regierung im November 1947 konzentrierte sich die KPÖ ganz auf außerparlamentarische Aktivitäten und konnte sich in diesen sozialen Kämpfen als Oppositionspartei profilieren. Sie war die Hauptkraft sozialökonomischer Massenbewegungen gegen die Lohn-Preis-Pakte der Bundesregierung und stand an der Spitze von Teilstreiks und Lohnbewegungen, die sie zu einer einheitlichen Aktion zu steigern versuchte. Ab 1948 stand die Bewegung für eine 25%ige Lohnerhöhung im Mittelpunkt, die in den Betrieben mit starkem kommunistischem Einfluss ihren Ausgang nahm, ab Herbst 1949 die Kampagne für eine Überbrückungshilfe gegen die Teuerung. Der Höhepunkt dieser Klassenauseinan-

dersetzungen der Nachkriegszeit war die große Streikbewegung im September und Oktober 1950. Die aktive Rolle der KommunistInnen in diesen Kämpfen erhöhte ihren Einfluss in der ArbeiterInnenschaft, was sich in den Ergebnissen der Betriebsratswahlen entsprechend widerspiegelte (dazu weiter unten).

Der ÖGB wurde in diesen Auseinandersetzungen nicht nur zu keinem außerparlamentarischen Kampffaktor, sondern zu einem wesentlichen Träger des kapitalistischen Restaurationsprozesses. Die KPÖ kritisierte diese Entwicklung des ÖGB zu einem Instrument der Koalitionsparteien zur Durchsetzung ihrer „Marshallpolitik“. In ihren Augen wurde der ÖGB „zu einem Anhängsel der Sozialistischen Partei, zu einem gefügigen Werkzeug der Politik des SPÖ-Parteivorstandes“.¹² Die KPÖ forderte die Anwendung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel zur Durchsetzung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen der österreichischen ArbeiterInnen und Angestellten. Die ÖGB-Führung setzte jedoch in Lohn- und Preisfragen an „Stelle des täglichen Kampfes für die Arbeiterinteressen“ die sozialpartnerschaftliche Politik „der engsten Zusammenarbeit mit den Unternehmervertretern“.¹³ Lohnforderungen der ArbeiterInnenschaft versuchte die ÖGB-Spitze mit ihrem Verlangen nach Preissenkungen abzufangen, was in der Praxis Reallohnsteigerungen verunmöglichte. Streiks und Demonstrationen wurden abgelehnt und nur die wenigsten Arbeitskämpfe gewerkschaftlich unterstützt. Um Aktionseinheiten in den Betrieben zu verhindern, wurden Widerstände gegen soziale Belastungen pauschal als kommunistische Putschvorbereitung qualifiziert. Nicht nur der Oktoberstreik, sondern bereits die maßgeblich von KommunistInnen inspirierten Streikbewegungen der Jahre 1947 und 1948 wurden vor diesem Hintergrund als Umsturzversuche der KPÖ interpretiert. Der Wirtschaftshistoriker Fritz Weber schreibt, dass hier „der funktionale Antikommunismus der Sozialisten eine Art Bannfluch gegen Streikaktionen“ war, „die unter kommunistischer Führung stehen *mußten*, weil die sozialistischen Gewerkschafter Streiks zu verhindern suchten“.¹⁴ Auf internationaler Ebene fand diese Konfrontation darin Ausdruck, dass der ÖGB Ende Oktober 1949 aus dem Weltgewerkschaftsbund austrat und sich dem neu gegründeten *Internationalen Bund freier Gewerkschaften* anschloss, der von der KPÖ als „Marshallinternationale“ charakterisiert wurde.¹⁵

Es ist hier nicht der Platz, näher auf die sozialökonomische Politik der KPÖ und ihre bedeutende Rolle in den Klassenauseinandersetzungen der unmittelbaren Nachkriegszeit einzugehen. Hinsichtlich der kommunistischen Gewerkschaftspolitik ist aber von Interesse, dass sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit der wirtschaftliche und politische Kampf der ArbeiterInnenklasse in engster Form verknüpften. Auch Betriebsratswahlkämpfe wurden in diesen Jahren von der KPÖ vor allem politisch geführt. Dies bedeutete keine Vernachlässigung der wirtschaftlichen Interessenpolitik und innerbetrieblicher Aktions- und Forderungsprogramme, jedoch wurde gegenüber betrieblichen Problemen der Kampf gegen die „Marshallisierung“, gegen die Lohn- und Preis-Politik der Koalitionsregierung, gegen Preistreiberei und für Lohnerhöhungen, für den Frieden usw. in den Vordergrund gestellt.¹⁶

Für die Demokratisierung der Gewerkschaften

Neben der Durchsetzung einer klassenorientierten Politik erkannte die KPÖ die Entfaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie als zweite Hauptaufgabe. Die Entdemokratisierung des Gewerkschaftsbundes wurde zum einen in der ÖGB-Spitze sichtbar, wo infolge der großkoalitionären Praxis informelle Absprachen zwischen SPÖ und ÖVP unter Ausschaltung der KPÖ üblich wurden. Zur Politik des ÖGB wurde das, „was in der zentralen sozialistischen Fraktion wie im SP-Parteivorstand beschlossen, dann der christlichen Fraktion im ÖGB inoffiziell mitgeteilt und womit schließlich die kommunistische Fraktion in der eigentlichen, offiziellen Bundesvorstandssitzung oder einer anderen Gewerkschaftskörperebene konfrontiert wurde“.¹⁷ Ebenso hinter verschlossenen Türen wurden die Lohn- und Preispakete ausgehandelt, ohne Befragung der ArbeiterInnen und ihrer Vertrauenspersonen. Die Gewerkschaftssekretäre wurden verpflichtet, für die Beschlüsse des Bundesvorstands, die sich gegen Kampfmaßnahmen aussprachen, einzutreten. Die KPÖ trat auch für eine größere Autonomie der einzelnen Gewerkschaften gegenüber dem Überzentrismus des ÖGB ein, da das Präsidium des Gewerkschaftsbundes in jenen Jahren fast jede Lohn- und Gehaltsbewegung der einzelnen Gewerkschaften verhinderte. Legitimiert wurden all diese Einschränkungen der Gewerkschaftsdemokratie mit einem „rigiden und bedingungslosen Antikom-

munismus“, wie Hans Prader in seiner Studie über die Nachkriegspolitik des ÖGB einschätzt.¹⁸ Dieser „funktionale Antikommunismus“ wurde von der SPÖ-Parteiführung „als zweckrationale politische Waffe zur Durchsetzung der Koalitions- und Sozialpartnerschaftspolitik eingesetzt“, bilanziert auch Fritz Weber.¹⁹ Zum anderen kritisierte die KPÖ die mangelnden Mitbestimmungsmöglichkeiten der Mitglieder und forderte, dass in allen seinen Organen, von den Zahlstellen und Ortsgruppen bis hinauf zu den obersten Gewerkschaftsleitungen, die ÖGB-FunktionärInnen durch die Mitglieder in geheimen Wahlen gewählt werden sollten. Dahingehende kommunistische Anträge, die gleichermaßen auf die freie Wahl der – bisher von den Vorständen bestimmten – Delegierten zu den Konferenzen, Gewerkschaftstagen und zum Bundeskongress abzielten, wurden dem Bundesvorstand zugewiesen und damit letztlich abgelehnt.²⁰

Der Verzicht der ÖGB-Führung auf eine Massenmobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder resultierte vor allem aus ihrem Bemühen, die Position der KommunistInnen nicht zu stärken. Dies hatte auch zur Folge, dass sich in den unteren Organisationseinheiten kein aktives Gewerkschaftsleben entfaltete. Die KPÖ kritisierte diesen Mangel an innerorganisatorischer Aktivität, steckte doch 1947 die Bildung der Zahlstellen und Ortsgruppen, der Bezirks- und Fachgruppen noch in den Anfängen.²¹ Zwar versuchte die KPÖ eine Demokratisierung der Gewerkschaften von unten zu erreichen, sie wusste aber die sich ihr hier bietenden Möglichkeiten nur unzureichend zu nutzen: So hielt sie (bzw. die ihr nahestehende *Gewerkschaftliche Einheit*) in den 1950er Jahren in 100 gewerkschaftlichen Ortsgruppen und Zahlstellen die Mehrheit (75 in Niederösterreich),²² z.B. in den Ortsgruppen des Metall- und Bergarbeiterverbandes Floridsdorf und Amstetten, bei den Chemiearbeitern in Schwechat und Rannersdorf oder in sämtlichen Zahlstellen und Ortsgruppen der Metallarbeiter, der Privatangestellten und teilweise der chemischen Industrie im Erdölgebiet.²³ Hier stellte sie bei den Metallarbeitern auch die Mehrheit im Bezirksausschuss. Jedoch habe es die KPÖ bisher nicht verstanden, sich „in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit auf diese Positionen zu stützen“, kritisierte KPÖ-Vorsitzender Johann Kopleinig im Jänner 1954: „Wir haben es unterlassen, in den Gewerkschaftsortsgruppen und Zahlstellen, wo wir die Mehrheit

oder starken Einfluß haben, ein gewerkschaftliches Leben zu entwickeln. Wir nützen diese Positionen nicht aus, um die Forderungen der Arbeiter im Namen der Ortsgruppe, der Zahlstelle des betreffenden Verbandes aufzustellen und zu popularisieren.“²⁴ Das Gewicht dieser Gewerkschaftsorganisationen wurde nur unzureichend in die Waagschale geworfen, um innergewerkschaftlich ihren Einfluss geltend zu machen.

Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses

Aufgrund der spezifischen Konstellation des Jahres 1945 und ihrer starken Verankerung in der österreichischen ArbeiterInnenklasse war die KPÖ in der Lage, zunächst in der Spitze des ÖGB, sowie in den Teilgewerkschaften und im Gewerkschaftsapparat maßgebliche Positionen zu besetzen. Neben dem Vizevorsitzenden Gottlieb Fiala war Oscar Deubler als einer der Sekretäre des ÖGB tätig. (Ihm folgte 1961 in dieser Funktion Johann Täubl.)²⁵ Im Bundesvorstand waren zwei weitere Kommunisten vertreten (Franz Honner, Egon Kodicek).²⁶ Auch in den Vorständen der 16 Einzelgewerkschaften war die Partei entsprechend repräsentiert, in fast allen waren die stellvertretenden Vorsitzenden Kommunisten, u.a. Wilhelm Kunst (Metallarbeiter), Hanns Pauls und später Franz Heinisch (chemische Industrie), Leopold Hrdlicka und später Erich Kelen (Privatangestellte) oder Alois Schroth und später Johann Kouril (öffentliche Angestellte). 1948 waren insgesamt 77 KommunistInnen Mitglieder der Gewerkschaftsvorstände (250 SPÖ, 77 ÖVP). Hinzu kamen zahlreiche freigestellte FunktionärInnen, mehrere Sekretäre und Angestellte: So gehörten 1946 von den 407 ÖGB-Angestellten 61 der KPÖ an, 390 der SPÖ und 27 der ÖVP. Am stärksten waren die kommunistischen Positionen im Metall- und Bergarbeiterverband, bei den Bau- und Holzarbeitern und in der Textilindustrie. 1948 stellte die Partei 25 Gewerkschaftssekretäre,²⁷ darunter Karl Aigner, zunächst ÖGB-Landessekretär und darauf Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft der Steiermark, und die Leiter einzelner ÖGB-Gebietssekretariate, u.a. der Bezirke Leoben (Heribert Hütter), Steyr (August Moser), Krems (Alfred Fischer) und St. Pölten (Stephan Raidl). Hervorzuheben ist Otto Horn als Zentralsekretär der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft, der bis zu seinem Tod im Jahr 1967 als einer der Sekretäre dieser Teilgewerkschaft amtierte.



Otto Horn (1905–1967)

Vor dem Hintergrund der erwähnten sozialen Auseinandersetzungen der unmittelbaren Nachkriegszeit standen diese Jahre ganz im Zeichen einer systematischen Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses und der Ausgrenzung kommunistischer GewerkschafterInnen durch die SPÖ-Mehrheit. Diese Tendenz lässt sich jedoch nicht erst in den Jahren des beginnenden Kalten Krieges beobachten, sondern sie stand mehr oder weniger an der Wiege der Gründung des ÖGB: Analog zur Defensive der KPÖ auf Regierungsebene waren die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer von Beginn an bemüht, den Einfluss der KPÖ zu schwächen und den Gewerkschaftsapparat vollständig zu kontrollieren. Der damalige Vizekanzler Adolf Schärf hob die „sozialistische Abwehr der kommunistischen Führungsansprüche“ im Jahr 1945 hervor, die verhindert habe, „daß die Gewerkschaften in Österreich ein Werkzeug der Kommunisten wurden“. Es sei das Verdienst der SPÖ gewesen, „daß die Kommunisten nicht imstandewaren, von der gewerkschaftlichen Seite her die Politik und das Geschehen zu beeinflussen“.²⁸

Versuche, den kommunistischen Einfluss zu beschneiden, verstärkten sich nach dem für die KPÖ enttäuschenden Ergebnis der Nationalratswahlen im November 1945. ÖVP und SPÖ waren nun bestrebt, dieses allgemein-politische Votum schematisch auf den ÖGB zu übertragen und den Funktionärsapparat nach diesem Wahlproporz neu aufzuteilen. In einem Brief an Josef Stalin von Mitte Dezember 1945 brachte die Parteiführung ihre Sorge zum Ausdruck, dass SPÖ und ÖVP nun auch im Bereich

der Gewerkschaft versuchen würden, „unsere Genossen möglichst aus allen Positionen zu verdrängen“.²⁹ Ein plakatives Beispiel dafür, dass die Zusammensetzung der Vorstände nicht dem tatsächlichen Kräfteverhältnis entsprach, ist die Branche der FleischarbeiterInnen in der Wiener Lebens- und Genussmittelgewerkschaft, deren Leitung 23 SP-GewerkschafterInnen und nur ein Kommunist angehörten, obwohl bei den Betriebsratswahlen 74 Mandate an die KPÖ und 53 an die SPÖ gingen.³⁰ Bei den Straßenbahnern saß kein Kommunist im Zentralaussschuss, obwohl die kommunistische Liste bei den Betriebsratswahlen 26% erzielt hatte.³¹ Diese Benachteiligung spiegelte sich auch bei der Zuerkennung der Delegierten zum 1. ÖGB-Bundeskongress im Mai 1948. Hier waren nur 45 KommunistInnen vertreten, während etwa der ÖVP, die nur 2% der Gewerkschaftsmitglieder repräsentierte, 39 Delegierte zugestanden wurden.³² Auch 1951 wurden die Delegierten nicht gewählt, sondern von den einzelnen Gewerkschaftsleitungen bestimmt, worauf aufgrund von Manipulationen nur 27 kommunistische Delegierte am 2. ÖGB-Kongress teilnehmen konnten.³³

Vor dem Hintergrund der innenpolitischen Polarisierung verschärften sich 1947/48 die Angriffe auf kommunistische Sekretäre und Angestellte des ÖGB. Honner kritisierte, dass der SP-Parteivorstand den Auftrag gegeben habe, „alle Kommunisten von den führenden Positionen in den Gewerkschaften zu entfernen“. Anfang 1948 wurde der obersteirische Gewerkschaftssekretär der Metall- und Bergarbeiter Heribert Hütter vom Zentralvorstand der Gewerkschaft gekündigt und wenig später aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Der Landessekretär der Metallarbeitergewerkschaft der Steiermark, Karl Aigner, wurde seines Postens enthoben, blieb aber weiter Sekretär. Enthoben wurde in diesem Jahr auch Egon Kodicek als Zentralsekretär der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter.³⁴ In Niederösterreich scheiterten die Versuche, den St. Pöltner Gewerkschaftssekretär Stephan Raidl von seinem Posten zu entfernen, „an unserer Mobilisierung der Massen gegen diese gewerkschaftsschädigenden Spaltungsversuche“, wie am 2. Landesparteitag berichtet wurde.³⁵

Ihren Höhepunkt erreichte diese systematische Hinausdrängung kommunistischer FunktionärInnen aus den ÖGB-Führungsgremien nach der großen Streikbewegung im September und

Oktober 1950, in deren Gefolge 85 führende GewerkschaftsfunktionärInnen der KPÖ aus dem ÖGB ausgeschlossen wurden, darunter der amtierende Vizepräsident Fiala, der stellvertretende Vorsitzende Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft Leopold Hrdlicka, der Sekretär der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft Fritz Neubauer, der stellvertretende Vorsitzende des niederösterreichischen Gewerkschaftsbundes Fritz Lauscher, die Sekretäre der Textilarbeiter Wolfgang Szabo und Leopold Hess, der Sekretär der Arbeiter der graphischen und papierverarbeitenden Gewerbe Willibald Groß und die Metallarbeitersekretäre Josef Waidenauer, Gustl Moser und Karl Blumenschein. Am 2. ÖGB-Kongress im Oktober 1951 wurden die Statuten derart abgeändert, dass es fortan nur noch zwei Vizepräsidenten gab, der erste für die SPÖ, der zweite für die ÖVP (Erwin Altenburger), die zu dieser Zeit gewerkschaftlich weitaus schwächer war als die KPÖ.³⁶ Alleiniger Zweck dieser Maßnahme war die Ausschaltung der KPÖ aus dem ÖGB-Präsidium. Am Gewerkschaftstag der Bau- und Holzarbeiter im Jahr 1952 wurde gar eine Geschäftsordnung beschlossen, wonach Mitglieder der KPÖ grundsätzlich keine FunktionärInnen dieser Teilgewerkschaft sein könnten.³⁷ 1953 rühmte sich der SPÖ-Theoretiker Benedikt Kautsky, dass es in keinem anderen Lande derart geglückt sei, „die Kommunisten aus ihren führenden Positionen in den Gewerkschaften so weit zu verdrängen wie in Österreich“. Niemals habe sich „die innere Festigkeit der österreichischen Sozialdemokratie in hellerem Licht gezeigt als in ihrem Kampf zur Abwehr der kommunistischen Übergriffe“.³⁸ Franz Olah, ÖGB-Präsident von 1959 bis 1963, hielt den Gewerkschaften zu Gute, dass sie in diesen Jahren „an der vordersten Front des Kampfes gegen die Kommunisten“ gestanden seien.³⁹

Kommunistische Fraktionen

Wesentliches Element der Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses war die Aufspaltung des einheitlichen Gewerkschaftsbundes in Fraktionen. So schlossen sich bereits im Sommer 1945 die sozialistischen Leitungsmitglieder „zu besonderen sozialistischen Fraktionen zusammen“, wie Schärf berichtet.⁴⁰ Hauptzweck dieser parteipolitischen Aufspaltung war, die sozialistischen GewerkschaftsfunktionärInnen mittels Parteidisziplin an die Koalitionspolitik zu binden und die von der KPÖ intendierte

„Aktionseinheit“ zu verhindern. Die KPÖ trat zwar gegen eine solche Fraktionsbildung im ÖGB auf, nachdem aber die SPÖ begonnen hatte, eigene Fraktionen zu bilden, und die ÖVP den „Arbeiter- und Angestelltenbund“ schuf, sah sich auch die KPÖ gezwungen, in ihrer Gewerkschaftsarbeit straffere Formen anzuwenden und zu einer planmäßigen, systematischen Parteiarbeit überzugehen. Dass der ÖGB-Historiograph Fritz Klenner entgegen aller Tatsachen behauptet, die Kommunisten hätten mit der fraktionellen Aufspaltung des Gewerkschaftsbundes begonnen,⁴¹ zeugt davon, dass zur Herabsetzung der KPÖ auch die offensichtlichsten Unwahrheiten als Mittel der Auseinandersetzung gut und recht waren. In sachlicher Hinsicht liegt Klenner auch insofern falsch, als er diese angebliche Fraktionierung der KPÖ damit in Verbindung bringt, dass sich die Partei in ihrem Organisationsaufbau auf Betriebsorganisationen konzentrierte. Die BOs stellten jedoch keine Gewerkschaftsfraktionen, sondern die politischen Basisstrukturen der KPÖ neben den Wohnorganisationen (Ortsgruppen und Sektionen) dar. Auch darüber hinaus entspricht es vielmehr der Wahrheit, dass die KPÖ zunächst keine festgefügtten kommunistischen Fraktionen innerhalb des ÖGB bildete und bis zur Gründung der *Gewerkschaftlichen Einheit* Ende 1951/Anfang 1952 diesbezügliche Organisationsformen eher lose blieben. Als Zwischenlösung, die sich jedoch als wenig praxistauglich erwies, wurden zunächst in den einzelnen Gliederungen des ÖGB Arbeitsgemeinschaften der KommunistInnen gebildet.⁴² Aus diesen Arbeitsgemeinschaften entwickelte sich, wie es Otto Fischer am 5. ZK-Plenum im September 1947 nannte, „so etwas wie eine ‚verschämte Fraktion‘“, was seiner Meinung nach schlechter war „als gar keine“.⁴³ Kopenlig warnte jedoch davor, die anstehende Etablierung von Organen zur Vereinheitlichung und Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit mit einem demonstrativen Schritt zu verbinden, da ein solcher den Eindruck einer Wendung erwecken und die Gefahr der Isolierung in sich bergen könne.⁴⁴

1948 wurden schließlich kommunistische Fraktionen geschaffen, die sich nach der Struktur der Gewerkschaften gliederten und die KommunistInnen in den Zahlstellen und Ortsgruppen, Sektionen und Fachgruppen, sowie in den Branchen-, Bezirks- und Landesleitungen der Fachgewerkschaften zusammenfassen sollten.⁴⁵ Solche Fraktionen wurden auch in den Landesexekutiven des

ÖGB gebildet. Es handelte sich jedoch auch bei den kommunistischen Fraktionen um kein „festes, ständiges Organisationsgebilde“, also um keine durchorganisierte, selbstständige Gewerkschaftsfraktion. Sie sollten nur punktuell zusammentreten, wenn es zweckmäßig erschien, die GenossInnen für konkrete Aufgabenstellungen einheitlich auszurichten, etwa zur Vorbereitung von Konferenzen und Ausformulierung von Anträgen.⁴⁶ Linkssozialistische und parteilose fortschrittliche GewerkschafterInnen sollten zur Mitarbeit herangezogen werden. Die Arbeit in den zentralen Fraktionen, die in 13 der 16 Teilgewerkschaften gebildet werden konnten und sich aus den KP-Mitgliedern der Zentralvorstände, den KP-Gewerkschaftssekretären und weiteren vom ZK bestimmten FunktionärInnen zusammensetzten, wurde koordiniert von der Gewerkschaftsabteilung des Zentralkomitees,⁴⁷ die zwischenzeitlich auch als „Abteilung für Betriebsangelegenheiten und Sozialpolitik“ bezeichnet wurde. Als Hilfsorgan des Zentralkomitees zur Behandlung gewerkschaftlicher Fragen wurde 1948 die so genannte „Gewerkschaftskommission“ geschaffen, die aus den kommunistischen Mitgliedern des ÖGB-Bundesvorstandes und weiteren vom ZK bestimmten GenossInnen bestand. In weiterer Folge wurde die Gewerkschaftsabteilung als Durchführungsorgan der Gewerkschaftskommission charakterisiert.⁴⁸

Einheitslisten und Betriebsratswahlen

Die folgenreichste Maßnahme zur Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses war die Aufspaltung der Betriebsratswahllisten nach parteipolitischen Gesichtspunkten. Hier setzte die SPÖ die von ihr eingeleitete Fraktionierung in der ÖGB-Spitze in der Ablehnung der von kommunistischer Seite forcierten „Einheitslisten“ fort. Die KPÖ trat von Beginn an gegen solche Spaltungsbestrebungen, „gegen die Aufspaltung der Gewerkschaftler nach Parteien“ und für „einheitliche Listen“ ein.⁴⁹ Mit der Konzentration auf Einheitslisten wollten die KommunistInnen verhindern, dass politische Konflikte in den Gewerkschaften den Kampf für die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen verdrängen und so die Kampfkraft der ArbeiterInnen geschwächt werde. Der KPÖ ging es darum, „dass die Gewerkschaften eine konsequente Klassenpolitik verfolgen sollen, die den Interessen der gesamten Arbeiter und Angestellten entspricht“.⁵⁰ Demgemäß sollte



Demonstration am 17. Mai 1949 vor dem Wiener Rathaus gegen das 3. Lohn- und Preis-Abkommen, bis zu diesem Zeitpunkt die größte Kundgebung nach 1945.

auch die Auswahl der KandidatInnen in Betriebsversammlungen allein aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Fähigkeiten und demokratischen Verlässlichkeit erfolgen. Ein „Wahlkampf“ von Parteilisten und die Aufspaltung der Belegschaften nach parteipolitischen Gesichtspunkten würden die Gegensätze im Betrieb vertiefen und die Aufmerksamkeit der ArbeiterInnen und Angestellten von ihren sozialökonomischen Forderungen ablenken. Parteilisten könnten so „nur den Unternehmern helfen und werden deswegen von uns abgelehnt“.⁵¹

1945 wurden die provisorischen Betriebsräte vielerorts durch Vereinbarungen und nicht auf Basis von Wahlen gebildet. Vor dem Hintergrund des damaligen Einheitswillens der ArbeiterInnen und Angestellten spielte die Parteizugehörigkeit hier eine untergeordnete Rolle. Auch die ersten Betriebsratswahlen wurden im Jahr 1945 in der Regel auf einheitlichen Listen durchgeführt. Im Juli 1945 berichtete der kommunistische Pressedienst von Betriebsratswahlen in 430 Betrieben mit insgesamt 1.324 BetriebsrätInnen, davon 625 KommunistInnen, 560 SozialdemokratInnen, 38 Volksparteiler und 101 Parteilose.⁵² Hinter diesen Angaben wurde zwar von SP-Seite eine „Tendenzmeldung“ vermutet,⁵³ anzuzweifeln sind aber umgekehrt jene Angaben, die ausgehend von einem US-Geheimdienstbericht und einem Vortrag des Sozialdemokraten Ernst Lemberger in Paris ihren Weg in die Forschungsliteratur genommen haben.⁵⁴ Lemberger berichtete hier über seine Österreichreise, dass die KPÖ in Wiener Großbetrieben – konkret ging es um die Floridsdorfer Lokomotivfabrik, Warchalowski und die

Simmeringer Waggonfabrik – nicht mehr als 10% der Stimmen erhalten habe.⁵⁵ Ähnliche Angaben finden sich auch in einem US-Geheimdienstbericht von Anfang Juli.⁵⁶ Dies steht im deutlichen Widerspruch dazu, dass die KPÖ im Herbst 1945 bei den Betriebsratswahlen ausgezeichnete Ergebnisse erzielte, was ihren – letztlich überzogenen – Optimismus hinsichtlich der bevorstehenden Nationalratswahlen entscheidend nährte. So konnten in den meisten obersteirischen Großbetrieben (Seegraben, Donawitz, Fohnsdorf usw.), in vielen Wiener und niederösterreichischen Betrieben, sowie in den Bezirken Hallein und Villach, kommunistische Mehrheiten errungen werden.⁵⁷ In einem Brief an Stalin berichteten Johann Kopleng und Generalsekretär Friedl Fürnberg, dass die KPÖ in den Großbetrieben der Steiermark zweifellos die stärkste Partei sei.⁵⁸

Zwar liegen aus den Jahren 1945 bis 1947 keine repräsentativen Gesamtergebnisse der Betriebsratswahlen vor, diese wenigen Beispiele verdeutlichen jedoch bereits den bedeutenden kommunistischen Einfluss in der unmittelbaren Nachkriegszeit, vor allem in den industriellen Großbetrieben. Eine im Vorfeld des 13. Parteitags im April 1946 erstellte KPÖ-interne Statistik weist insgesamt 2.272 kommunistische BetriebsrätInnen aus, davon 1.059 in Wien und 429 in Niederösterreich.⁵⁹ Bis Ende 1946 wurde von der KPÖ ermittelt, dass 29,4% aller BetriebsrätInnen Mitglieder der Partei seien.⁶⁰ In diesem Jahr waren SPÖ und ÖVP bereits dazu übergegangen, getrennte Parteilisten bei den Betriebsratswahlen aufzustellen. Die kommunistischen GewerkschafterInnen wiederum

errangen Ende 1946 bzw. Anfang 1947 in zahlreichen Großbetrieben die Mehrheit, u.a. erneut bei der Alpine-Montan in Donawitz, im Bergbau Fohnsdorf und Erzberg, in der Zellulose- und Papierfabrik Hallein, sowie im Zistersdorfer Erdölgebiet.⁶¹ In der Alpine-Montan Donawitz, dem größten Betrieb Österreichs, wo die KPÖ mit einer Parteiliste kandidierte, konnte sie sich im Jahr 1946 auf eine Betriebsorganisation mit 965 Mitgliedern stützen.⁶² 1950 stieg die Zahl der dortigen kommunistischen Parteimitglieder auf 1.304 (von insgesamt ca. 6.300 Beschäftigten).⁶³ Die kommunistischen Betriebsratsobmänner waren von 1945 bis 1947 Sepp Filz und ab 1949 Franz Petz.

Als nach Beschlussfassung des Betriebsrätegesetzes im März 1947 die erste reguläre Betriebsratswahlrunde bevorstand, beschlossen der Parteivorstand der SPÖ und die Vertreter der Partei im Bundesvorstand des ÖGB im Juli 1947 in einer gemeinsamen Konferenz, dass die SozialistInnen „grundsätzlich auf eigenen Listen als sozialistische Gewerkschafter kandidieren sollten“. „Einheitslisten“ wurden mit der aus der Zeit der Ersten Republik bekannten Behauptung abgelehnt, dass die „Einheit der österreichischen Arbeiterbewegung [...] in den Organisationen der Sozialistischen Partei verwirklicht“ sei;⁶⁴ ein angesichts der Massenbasis der KPÖ in den industriell geprägten Gebieten schwer nachvollziehbares Argument. Die ÖVP, die sich 1947 zunächst ebenso für Einheitslisten ausgesprochen hatte, legte zwar einen formalen Protest gegen diesen Beschluss ein, kündigte aber an, ebenfalls Parteilisten aufstellen zu wollen.⁶⁵ Insgesamt war die Aufspaltung der Betriebsratswahllisten die wichtigste Maßnahme der SPÖ, den einheitlichen Charakter des ÖGB zu unterlaufen. Aufgrund dieser Bestrebungen, die Betriebsratswahlen nach Parteilisten auszurichten, „um klare Verhältnisse hinsichtlich der Stärke der einzelnen Parteirichtungen innerhalb der Arbeiter- und Angestelltenschaft zu schaffen“,⁶⁶ wurde es den kommunistischen GewerkschafterInnen erschwert, an der Basis die angestrebte Gewerkschaftseinheit zu realisieren. Die Furcht der ÖGB-Spitze vor einer „Aktionseinheit“ der ArbeiterInnenklasse kommt auch darin zum Ausdruck, dass der Beschluss, auf sozialistischen Parteilisten zu kandidieren und Einheitslisten abzulehnen, von Johann Böhm und Karl Maisel geradezu als „Ergebnis der kommunistischen Taktik“ hingestellt wurde, da die KPÖ „durch ihre Manöver eine kleine

Minderheit als eine Mehrheit hinstellen“ wolle.⁶⁷ Dieses Argument folgte der Polemik der SPÖ, wonach es sich bei den Einheitslisten um kommunistische Tarnlisten handelte. Durch die sozialistischen Gewerkschaftsfraktionen wurden die Sozialisten „in den Gewerkschaften instand gesetzt, der Beeinflussung der Arbeiterschaft durch die Kommunisten Grenzen zu setzen“, begründete Schärf offen die Motive der SPÖ.⁶⁸ Resümierend schätzt Anton Pelinka die Entscheidung in der Gewerkschaftsfrage als „die bedeutendste [...] von diesen Fehlschlägen der Politik der Einheitsparolen“ ein.⁶⁹

Ungeachtet dieser Weichenstellung hielt die KPÖ vor den Betriebsratswahlen 1947/48 an ihrer Orientierung auf gewerkschaftliche Einheitslisten fest und veröffentlichte einen Aufruf, wonach auf diesen die verlässlichsten und erfahrensten ArbeiterInnen aufgestellt werden sollten. Nur in jenen Fällen, wo es nicht gelingen sollte, SozialistInnen, Parteilose oder christliche ArbeiterInnen als KandidatInnen für die Einheitsliste zu gewinnen, sollten kommunistische Listen gegen die SPÖ antreten.⁷⁰ Namenslisten waren nur dort vorgesehen, wo sich bekannte oppositionelle SozialistInnen mit hohem Ansehen zu einer Kandidatur bereit erklärten.⁷¹ Sozialistischen ArbeiterInnen wurde jedoch von der SP-Parteileitung bei Androhung des Ausschlusses verboten, auf Einheitslisten zu kandidieren.⁷² Insgesamt konzentrierte die SPÖ im Betriebsratswahlkampf 1947/48 ihr Feuer ganz auf die KPÖ und den „Terror der ‚Einheitslisten‘“, wie der sozialdemokratische Publizist Jacques Hannak polemisierte.⁷³ Was nun folgte, war ein monatelanger „in sämtlichen Betrieben des Landes mit aller Gehässigkeit geführter Bruderkampf“, wie im Theorieorgan der KPÖ resümierend beklagt wurde.⁷⁴

Nichtsdestotrotz verliefen die Betriebsratswahlen für die KPÖ sehr erfolgreich, wenngleich es schwierig ist, vollständige und verlässliche Zahlenangaben für das gesamte Bundesgebiet zu nennen: Zum einen spiegeln die vom ÖGB verlautbarten Mandatszahlen nur unzureichend den tatsächlichen kommunistischen Einfluss in der ArbeiterInnenklasse wider, weil in Großbetrieben fünf bis acht Mal mehr Stimmen für ein Mandat erforderlich waren als in kleinen und mittleren Betrieben, die KPÖ jedoch vor allem in Betrieben mit hohen Beschäftigtenzahlen verankert war. Direkt manipulativ erfolgte die Auswertung der Betriebsratswahlergebnisse durch den ÖGB hinsichtlich der KP-nahen Einheitslisten. Diese wur-

den zwar als kommunistisches Tarnungsmanöver abgelehnt, in den Statistiken wurden jedoch die auf diesen Listen kandidierenden SozialistInnen der SPÖ zugeschlagen, obwohl diese einheitsfreundlichen sozialistischen GewerkschafterInnen in Opposition zur Spaltungspolitik der SPÖ- und ÖGB-Führung standen. Die weiteren Mandate der Einheitslisten wiederum wurden in den ÖGB-Statistiken in der Rubrik „Namenslisten“ bzw. „unbekannte Parteizugehörigkeit“ versteckt, was zur Folge hatte, dass in die Gesamtzahl der KP-Mandate allein kommunistische Parteilisten einfließen, die – wie erwähnt – nur in seltenen Fällen kandidierten, nämlich dann, wenn keine Einheitsliste zustande kam. Die Ergebnisse der KPÖ bewegten sich vor diesem Hintergrund in den ÖGB-Statistiken bis 1955 um die 5 bis 7%,⁷⁵ was den tatsächlichen betrieblichen Einfluss der Partei völlig verfälschte.

Umgekehrt ging die KPÖ dazu über, sämtliche als „parteilos“ ausgewiesenen BetriebsrätInnen den KP-nahen Einheits- und Namenslisten zuzurechnen, so z.B. die 1947/48 ermittelten 34,4% aller BetriebsrätInnen, die auf Einheits- und Namenslisten bzw. KP-Listen gewählt worden sein sollen (7.998 MandatarInnen auf Einheits- und Namenslisten, 1.976 KPÖ), die offensichtlich auf einer Addition einschlägiger Angaben des ÖGB (6,8% KPÖ, 27,6% Parteizugehörigkeit unbekannt) beruhen.⁷⁶ Jedoch zeugen auch alle weiteren zur Verfügung stehenden KPÖ-Statistiken über die Betriebsratswahlen dieser Jahre vom starken gewerkschaftlichen Rückhalt der Partei in der industriellen ArbeiterInnenschaft, nicht nur in den sowjetisch verwalteten Betrieben, sondern auch in privatkapitalistischen und verstaatlichten Betrieben. Die verschiedenen Zusammenstellungen liefern aber kein Gesamtergebnis, sondern nur Ausschnitte, zum einen deshalb, weil hierin zumeist nur jene Betriebe einfließen, in denen auch KP-nahe Einheitslisten oder kommunistische Parteilisten kandidierten, zum anderen weil sich die KPÖ in ihrer Gewerkschaftspolitik auf Betriebe mit über 20 Beschäftigten, also auf Groß- und Mittelbetriebe, konzentrierte. In den kleinen Betrieben blieb der kommunistische Einfluss schwach.

Eine Zusammenstellung aus 2.238 Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten weist für die Betriebsratswahlen 1947/48 einen ähnlichen Wert aus wie jenen, der durch die erwähnte Addition entsprechender ÖGB-Statistiken ermittelt wurde, nämlich 36,9% für die KP- und Ein-

heitslisten.⁷⁷ Ein Zwischenergebnis aus Niederösterreich gibt einen Hinweis auf den Anteil der einzelnen Listen an dieser Prozentzahl: So erreichten bei den bis November 1947 stattfindenden Betriebsratswahlen in 146 Betrieben KP-Listen 13%, gegen SP-Listen kandidierende Einheitslisten 7,4%, sowie Einheitslisten ohne Gegenkandidatur 15,7%, woraus ein Gesamtanteil von 36% resultierte.⁷⁸ Ein weiteres aussagekräftiges Detailergebnis liegt für Wien vor: Hier gelang es der KPÖ, in 1.085 von 1.321 erfassten Betrieben mit 120.000 Beschäftigten zu kandidieren, in 229 Betrieben mit Einheitslisten ohne Gegenlisten (13.993 Stimmen), in 856 Betrieben mit Einheitslisten-, Namens- und Parteilisten, die gegen SP-Listen antraten (39.862 Stimmen). 1.037 KommunistInnen wurden als BetriebsrätInnen gewählt (20%), darunter 218 kommunistische Betriebsratsobmänner. Dies bedeutete sogar eine Steigerung gegenüber den bisher 908 größtenteils auf Vereinbarungen beruhenden KP-BetriebsrätInnen, wodurch auch die Hoffnungen der SPÖ zunichte gemacht wurden, dass aus den ersten regulären Betriebsratswahlen eine ähnliche Isolation der KPÖ resultieren würde, wie sie damals auf allgemein-politischer Ebene sichtbar wurde. Trotz der anti-kommunistischen Propaganda der Gewerkschaftsführung konnten die kommunistischen Positionen nicht erschüttert werden. An KommunistInnen und Parteilose auf Einheits- und Namenslisten gingen sogar 1.659 Mandate (32,4%), inklusive der auf Einheits- und Namenslisten kandidierenden SozialistInnen erreichten diese 2.145 Mandate (41,8%). Dem gegenüber standen 854 SP-Listen mit 63.440 Stimmen und 3.295 sozialistische BetriebsrätInnen (einschließlich jener, die auf Einheitslisten kandidierten).⁷⁹ In Gesamtschätzung all dieser Zahlen wird deutlich, dass sich etwa ein Drittel der ArbeiterInnen zur gewerkschaftlichen Einheit bekannte und „der Spalterparole des SP-Vorstandes keine Folge“ leisteten.⁸⁰ „Die Offensive gegen die Kommunisten und gegen die Idee der Einheit ist gescheitert“, resümierte die *Volksstimme*,⁸¹ das Zentralorgan der KPÖ.

In den folgenden Jahren konnte die KPÖ ihre Positionen weiter ausbauen, allerdings nur um wenige Prozent. Es gelang kein massenhafter Einbruch in die Reihen der sozialistischen ArbeiterInnen. Im Herbst 1949 beschloss das Sekretariat des ZK der KPÖ, dass die Einheitslisten als „Listen für die gewerkschaftliche Einheit“ kandidieren und nur



Protestversammlung in den St. Pöltner Voith-Werken am 16. Mai 1949 gegen das 3. Lohn- und Preis-Abkommen.

in Ausnahmefällen Namenslisten antreten sollten.⁸² Auch 1951 wurde die Ablehnung von Parteilisten bekräftigt. Namenslisten waren nur dort vorgesehen, wo gewerkschaftliche Einheitslisten unmöglich waren.⁸³ Ansonsten wurde es als unrichtig eingeschätzt, „in die Anonymität einer Namensliste zu flüchten“.⁸⁴ Brachte bereits die Betriebsratswahlrunde 1949/50 eine Erweiterung des kommunistischen Stimmenanteils, setzte sich dieser Trend bei den Wahlen 1951/52, der Wahlrunde nach dem Oktoberstreik, weiter fort. Diese kommunistischen Erfolge sind auch insofern bemerkenswert, als die Betriebsratswahlen in diesen Jahren vor dem Hintergrund der oben skizzierten innenpolitischen Lage eine große politische Bedeutung über die gewerkschaftliche Ebene hinaus hatten. Ihre Ergebnisse konnten als Stimmungsbarometer der österreichischen ArbeiterInnenschaft, als „Gradmesser des Klassenbewusstseins, des Einflusses der fortschrittlichen Kräfte in der Arbeiterklasse“⁸⁵ betrachtet werden. KPÖ-Angaben zufolge wurden 1951/52 in ca. 12.000 Betrieben mehr als 3.200 BetriebsrätInnen (44,2%) auf Einheits- und fortschrittlichen Namenslisten gewählt,⁸⁶ wobei diese Gesamtbilanz aller Voraussicht nach erneut auf einer Addition aller vom ÖGB ausgewiesenen Namenslisten, auch solcher in Klein- und Kleinstbetrieben, und nicht auf eigenen Auswertungen beruht. Aussagekräftiger ist deshalb eine auf Betriebe mit über 20 Beschäftigten konzentrierte Statistik, die 2.054 Mandate für die Einheitslisten in 1.062 Betrieben ausweist (30,6%) (sowie weitere 8,6% für Namens- und Parteilosenlisten, von denen viele unter Führung der ge-

werkschaftlichen Einheit standen). 38% dieser BetriebsrätInnen auf Einheitslisten waren laut KPÖ-Angaben keine KommunistInnen, 9,6% von ihnen waren Mitglieder der SPÖ. In 256 Betrieben erreichten Einheitslisten die Mehrheit und stellten den Betriebsratsobmann,⁸⁷ vor allem in der Obersteiermark (z.B. Alpine Eisenerz und Fohnsdorf), Niederösterreich und Wien und hier wiederum vor allem in den USIA- und SMV-Betrieben. Am bedeutendsten waren die kommunistischen Erfolge in jenen Betrieben, die sich an der Streikbewegung beteiligt hatten. Als ein solches Votum über den Oktoberstreik ist vor allem die Betriebsratswahl in der VÖEST Linz im Herbst 1951 zu werten, wo sich die KP von 673 Stimmen im Jahr 1949 auf 2.501 Stimmen und damit von zwei auf neun Mandate steigern konnte.⁸⁸ Für das kommunistische Selbstbewusstsein sehr wichtig waren Ergebnisse wie jene in den Floridsdorfer Großbetrieben, wo die Einheitslisten mit 48% knapp an die SPÖ mit 52% herankamen.⁸⁹

Einen exemplarischen Einblick in die Stärke der KPÖ gewährt auch das Teilergebnis der Betriebsratswahlen in Niederösterreich bis 31. Dezember 1951: Der Partei gelang es bis zu diesem Zeitpunkt, in insgesamt 210 der 298 erfassten Betriebe zu kandidieren, in 188 mit Listen der gewerkschaftlichen Einheit, in 22 mit fortschrittlichen Namenslisten. Insgesamt wurden hier 1.705 Betriebsratsmandate vergeben, von denen 1.016 an die SPÖ gingen, 532 an die Einheitslisten (31,3%) und 47 an die Namenslisten (2,7%). In 89 Betrieben wurde die Mehrheit errungen. Bei den Angestellten konnte in 65 der 75 erfassten Betriebe kandidiert werden, davon 45 USIA-



Demonstration gegen die Teuerung am 26. April 1951 in Wien.

Betriebe. In 42 wurde die Mehrheit erreicht.⁹⁰ Am Ende der Wahlrunde wurden in Niederösterreich insgesamt 798 ArbeiterbetriebsrätInnen in 238 Betrieben und 129 Mehrheitsbetriebe bilanziert. In 99 dieser Betriebe kandidierten nur gewerkschaftliche Einheitslisten.⁹¹ Bereits 1949 war in so wichtigen Betrieben wie Voith und Glanzstofffabrik in St. Pölten, Rax-Werke in Wiener Neustadt oder etwa in der Zuckerfabrik Bruck an der Leitha die Betriebsratsmehrheit von der SPÖ zu den Einheitslisten gewandert.⁹² Weitere kommunistische Betriebsratsobmänner gab es in Niederösterreich u.a. in der Berndorfer und Enzesfelder Metallwarenfabrik, im Feinstahlwerk Traisen, bei Neumann in Marktl, im Nibelungenwerk St. Valentin, in der Schmidhütte Krems, der Schuhfabrik Rehberg, in verschiedenen Raffinerien der SMV (z.B. Nova Schwechat), der Moosbrunner und Brunner Glasfabrik oder bei Semperit in Wimpasing. In Wien waren die Mehrheitsbetriebe (97 zur Zeit des Oktoberstreiks) vor allem in den sowjetischen Bezirken Floridsdorf, Stadlau und Liesing zu finden, u.a. Austro-Fiat, Lokomotivfabrik (Lofag), Trauzl Mannesmann, Hofherr Landmaschinen, Bau-Montage der SMV, die drei Betriebe der Stadlauer Lederindustrie, Tanklager Lobau, Waagner-Biró A-Werk, AEG Union, Osram, Schicht AG, Akkumulatorenfabrik, Rumpel, Elin, Wiener Leichtmetall, sowie Goerz, Wertheim und Orop im 10. Bezirk und die DDSG.⁹³ 1951 ging auch in den Böhler-Ybbstal-Werken und bei Siemens-Schuckert im 2. Wiener Bezirk die Mehrheit an die Einheitsliste.⁹⁴ Kommunistische Hochburgen außerhalb der sowjetischen Besatzungszone blieben die Bergbaubetriebe in der Obersteiermark,

wo allerdings die meisten Mehrheiten Ende der 1940er Jahre verloren gingen, Graz (Puch-Werke, Weizer Waggonfabrik, Andritzer Maschinenfabrik, Waagner-Biró, Verkehrsbetriebe), Hallein (Zellulose, Saline), die Salzburger Aluminium AG in Lend und einzelne Betriebe Kärntens (z.B. Kestag). Stark war die kommunistische Verankerung in mehreren Eisenbahnhöfen, was bei den Personalvertretungswahlen im Jahr 1952 in 12.291 Stimmen (16,4%) für die Einheitsliste zum Ausdruck kam.⁹⁵ Mit 11,2% wurde im April 1954 bei den Wiener Gemeindebediensteten ein ähnlich gutes Ergebnis erzielt, wobei 21,7% bei den StraßenbahnerInnen besonders hervorzuheben sind.⁹⁶

Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit

Ende 1951/Anfang 1952 ging aus den kommunistischen Fraktionen und den Erfahrungen, die bei den Betriebsratswahlen mit gewerkschaftlichen Einheitslisten gesammelt werden konnten, die Fraktionen der gewerkschaftlichen Einheit hervor, die sich in weiterer Folge zu einer festgefügt *Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit* – kurz GE – entwickelten. Zu dieser Zeit ging auch die SPÖ daran, auf allen Ebenen des ÖGB eine „Sozialistische Fraktion im ÖGB“, die spätere FSG, zu konstituieren und von oben nach unten durchzuorganisieren. Mit der GE war eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit mit oppositionellen SozialistInnen, LinksozialistInnen der *Sozialistischen Arbeiterpartei* (SAP) um Erwin Scharf und parteilosen fortschrittlichen GewerkschafterInnen bezweckt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Bemühungen um

die Herstellung der ArbeiterInneneneinheit häufig darauf beschränkt, einzelne SozialistInnen und Parteilose für die KandidatInnenlisten bei Betriebsratswahlen zu gewinnen. Der Grundgedanke der GE-Schaffung war, die durch die Einheitslisten gewonnenen, eher losen Verbindungen zu fortschrittlichen Kräften in den Gewerkschaften zu stabilisieren und langfristig innergewerkschaftlich

wirksam werden zu lassen. Dies war auch ein wichtiger Zweck einer groß angelegten Betriebsdelegiertenkonferenz am 7. Dezember 1952 im Linzer Märzenkeller, bei der sich 1.037 BetriebsrätInnen und Betriebsdelegierte für die Beseitigung des aus der NS-Zeit stammenden Lohnsteuersystems, der „Kriegslohnsteuer“, aussprachen.⁹⁷

Erstmals wurde die Aufgabenstellung, die kommunistischen Fraktionen zu „Fraktionen der gewerkschaftlichen Einheit“ zu erweitern, „in welchen Kommunisten, Sozialisten und Parteilose gemeinsam die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter beraten“, in einer Resolution des Politischen Büros des ZK der KPÖ vom 28. November 1951 formuliert.⁹⁸ Daraufhin wurden die kommunistischen Fraktionen aufgelöst und in den Betrieben, Zahlstellen und Ortsgruppen, sowie in den einzelnen Fachgruppen, Bezirks- und Landesleitungen der Gewerkschaften durch die Fraktionen der gewerkschaftlichen Einheit ersetzt.⁹⁹ Im Vordergrund stand der Aufbau der Gewerkschaftsfraktion von unten nach oben, beginnend mit den Betrieben zu den genannten gewerkschaftlichen Basisstrukturen. Aus den Fraktionen der verschiedenen Fachgewerkschaften wurde zuletzt die zentrale Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit im ÖGB gebildet. Der Zeitpunkt zur Bildung dieser neuen Organisationsformen war auch insofern günstig, als die Einheitslisten bei den Betriebsratswahlen in diesen Wochen große Erfolge erzielt hatten und die KPÖ diesen Rückenwind zu nutzen versuchte. Um eine weitestgehende Einbeziehung oppositioneller GewerkschafterInnen zu ermöglichen, wurden die KommunistInnen angewiesen, in der

Fraktionsarbeit möglichst lose und breite Formen und Methoden anzuwenden.¹⁰⁰ Friedrich Hexmann, Sekretär der Gewerkschaftsabteilung, charakterisierte die Fraktionen der GE vor diesem Hintergrund als „eine Bewegung und keine Organisation“.¹⁰¹ Langfristiges Ziel blieb die Überwindung der fraktionellen Zerrissenheit des ÖGB, der wieder ein „Organ der überparteilichen Aktionsgemeinschaft werden“ sollte. Die Fraktionen der gewerkschaftlichen Einheit wurden nicht als Aktionseinheit selbst, sondern als Mittel betrachtet, um diese zu erreichen.¹⁰² Die seit März 1947 unter der Redaktion Leopold Horniks herausgegebene kommunistische Gewerkschaftszeitung *die arbeit* erschien fortan monatlich als Organ der *Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit*. Auch die Betriebszeitungen der kommunistischen Betriebsorganisationen wurden zu Organen der gewerkschaftlichen Einheit umgestaltet. Dort, wo die GE die Mehrheit im Betriebsrat stellte, sollten diese als Organe des Betriebsrates erscheinen.

Innergewerkschaftlich war der Ausbau der kommunistischen Fraktionen zu überparteilichen Plattformen insofern ein riskanter Schritt, als die sozialistischen Fraktionen die neu geschaffenen Fraktionen der GE nicht anerkannten und auf dem Standpunkt standen, dass die Sitze in den ÖGB-Leitungen nur anhand der Parteizugehörigkeit zu vergeben seien. In einigen Teilgewerkschaften wurde den kommunistischen Leitungsmitgliedern, die sich nun zur Fraktion der GE bekannten, die Aberkennung ihrer Mandate angedroht. Bei konsequenter Nichtanerkennung der GE drohte die völlige Ausschaltung der Gewerkschaftsopposition. Demgegenüber legte die KPÖ die faktische Kraft ihrer breiten gewerkschaftlichen Verankerung in die Waagschale: „Das Bestehen der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit ist eine Tatsache. Die Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit ist bei den Betriebsratswahlen in hunderten Betrieben in Erscheinung getreten. Tausende Betriebsräte wurden auf diesen Listen gewählt. Die Zugehörigkeit zur Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit steht nicht nur nicht im Widerspruch zu den Grundlagen des ÖGB, sondern verteidigt diese“, wurde in einer Erklärung verlautbart.¹⁰³ Das ÖGB-Präsidium blieb in weiterer Folge zwar bei seinem Standpunkt, dass die Fraktion der GE nicht anerkannt werden könne, dennoch wurde den angeschlossenen Teilgewerkschaften und den Landes- und Bezirksstellen empfohlen, ihr

bei Wahlen in die einzelnen Vertretungskörperschaften eine den Kräfteverhältnissen entsprechende Vertretung zu gewähren. Argumentativ wurde dieser pragmatische Zugang dadurch ermöglicht, dass die formal überparteiliche Fraktion der GE vom ÖGB ganz einfach als kommunistische Fraktion betrachtet¹⁰⁴ und in weiterer Folge auch als kommunistische Tarnliste stigmatisiert wurde.¹⁰⁵ Tatsächlich gelang es nur in Ausnahmefällen, die Fraktionen der GE auf überparteilicher Grundlage umzuformen. Als gelungenes Beispiel wurden neun der 13 Metallarbeiterortsgruppen des ÖGB in Wien angeführt, deren 60 Leitungsmitglieder der GE auch 24 Parteiose und Sozialisten umfassten.¹⁰⁶ In den weiteren vier Ortsgruppen bestanden noch die früheren kommunistischen Fraktionen. Insgesamt blieben „in vielen Fällen [...] die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen bestehen, und Sozialisten und Parteiose fungierten nur als Gäste, oft sogar nur als Zaungäste“, wie Hexmann im Juni 1953 resümierte.¹⁰⁷ In der Praxis übernahm die Gewerkschaftsabteilung des ZK der KPÖ die faktische Funktion eines Büros der zentralen Fraktion der GE.¹⁰⁸

Bei der Betriebsratswahlrunde 1953/54 erreichten die Fraktionen der gewerkschaftlichen Einheit zwar respektable Ergebnisse, es gelang jedoch nicht wie in den Vorjahren, ihren Einfluss weiter zu stärken. Verluste gab es in einer Reihe von Privatbetrieben und Betrieben der verstaatlichten Industrie, was mit der wirtschaftlichen Konjunktur, der Stabilisierung des Kapitalismus und dem Fehlen größerer Massenbewegungen seit dem Oktoberstreik zu tun hatte.¹⁰⁹ In den Steyr-Werken sank die Mandatszahl für die GE 1953 von 8 auf 1 (312 Stimmen), nachdem die Direktion nach dem Oktoberstreik Anhänger von KPÖ und GE systematisch entfernt hatte. 1955 erreichte die GE wieder 3 Mandate (918 Stimmen).¹¹⁰ In Donawitz reduzierten sich die kommunistischen Mandate 1954 von 9 auf 6 (1.494 Stimmen, 29%), konnten jedoch 1956 wieder auf 9 gesteigert werden (2.169 Stimmen, 39,1%), was verdeutlicht, dass es im gewerkschaftlichen Bereich nach 1955 keine kontinuierliche Abwärtsentwicklung gab, sondern dieser allgemeine Trend stellenweise auch durchbrochen und umgekehrt werden konnte.¹¹¹ Eine KPÖ-Statistik über die Betriebsratswahlen 1953/54 gibt darüber Auskunft, dass die GE in 657 Betrieben mit 250.000 ArbeiterInnen und Angestellten kandidierte, darunter alle wichti-

gen Großbetriebe Österreichs. (Insgesamt waren 1953 vom ÖGB 3.944 Industriebetriebe mit ca. 467.500 Beschäftigten erfasst. 2.714 davon waren Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 449.000). Die GE erreichte in diesen 657 Betrieben in Summe 28% der Stimmen und 39,3% der Mandate. 58.828 Stimmen entfielen auf die GE bei Wahlen zu 657 ArbeiterInnenbetriebsräten (1.551 Mandate), 6.689 Stimmen bei 204 Angestelltenbetriebsräten (374 Mandate), was eine Gesamtstimmzahl von 65.517 (1.925 Mandate) ergab (SPÖ: 151.004 Stimmen, 2.676 Mandate in diesen Betrieben). Von den zu diesem Zeitpunkt erfassten 1.060 BetriebsrätInnen der GE gehörten 60,9% der KPÖ an, 9,8% der SPÖ, 3,1% der SAP, 26% waren parteilos. Diese Statistik ist auch deshalb sehr aussagekräftig, weil sie die Ergebnisse der GE in privaten, verstaatlichten und sowjetisch verwalteten Betrieben aufschlüsselt: 428 der insgesamt 657 Betriebe waren Privatbetriebe, 44 verstaatlicht. Bei den übrigen 185 handelte es sich um USIA- und SMV-Betriebe. In den privatkapitalistischen Betrieben erreichte die GE 19,2% der Stimmen, in den verstaatlichten Betrieben 14,3%, in den sowjetischen Betrieben gingen 70,5% an die Einheitsliste. In 267 Betrieben erreichte die GE die Mehrheit im Arbeiterbetriebsrat und stellte damit den Betriebsratsobmann. 158 davon waren sowjetische Betriebe, 109 verstaatlicht oder privat. Bei den Angestelltenbetriebsräten gab es 109 Mehrheiten (90 USIA und SMV).¹¹²

Ungeachtet der respektablen Verankerung der KPÖ in verstaatlichten und privatkapitalistischen Betrieben fällt bei dieser Statistik die überragende Bedeutung der USIA- und SMV-Betriebe für die kommunistische Partei- und Gewerkschaftsarbeit ins Auge. So betrug der Anteil der KommunistInnen an den ArbeiterInnen und Angestellten der USIA-Betriebe in den 1950er Jahren knappe 50%, was bedeutete, dass ein Fünftel der Gesamtmitgliedschaft der Partei in einem sowjetischen Betrieb arbeitete. Vor diesem Hintergrund konnte auch der Stimmenanteil bei Betriebsratswahlen in den sowjetischen Betrieben sukzessive gesteigert werden: Betrug er dort 1947 nur knapp ein Drittel, wuchs er 1949 auf 40%¹¹³ und 1952 auf 69%.¹¹⁴ Dominierend war der kommunistische Einfluss von Beginn an im Zistersdorfer Erdölgebiet, wo bereits bei den Betriebsratswahlen 1947/48 68,7% der Mandate auf Einheitslisten entfielen.¹¹⁵ Nach den Be-

etriebsratswahlen 1953/54 stellte die GE schließlich in 74% aller USIA- und SMV-Betriebsräte (Arbeiter und Angestellte) den Betriebsratsvorsitzenden.¹¹⁶ Zu beachten ist dabei auch, dass die SPÖ in zahlreichen sowjetischen Betrieben gar nicht in der Lage war, eine Parteiliste aufzustellen und hier nur die gewerkschaftliche Einheitsliste zur Wahl stand.

Bei den Arbeiterkammer-Wahlen im Oktober 1954 konnte die *Gewerkschaftliche Einheit* ihren Stimmenanteil in der ArbeiterInnenschaft auf knapp 10% steigern (94.045 Stimmen),¹¹⁷ was das beste Ergebnis in der Zweiten Republik darstellt (siehe dazu den Beitrag von Hans Hautmann in dieser Ausgabe der *Mitteilungen*). Nach 1955 gingen zwar die Anzahl die Kandidaturen und auch die Stimmen- und Mandatszahlen für die GE bei Betriebsratswahlen im Allgemeinen zurück. Die Erwartungen ihrer politischen GegnerInnen, dass die GE nun rapide an Einfluss verlieren werde, erfüllten sich jedoch nicht. So kandidierte die Fraktion bei den ersten Betriebsratswahlen nach Abschluss des Staatsvertrages in 390 Betrieben mit mehr als 200.000 Beschäftigten, wo sie 51.000 Stimmen erreichte.¹¹⁸ Dabei handelte es sich um ein Zwischenergebnis von Ende November 1955, eine andere Quelle nennt für diese Wahlrunde schließlich 974 Mandate für die GE.¹¹⁹ Einzelnen Rückschlägen standen auch Stimmengewinne in einigen ehemaligen USIA- und SMV-Betrieben gegenüber, z.B. bei Austro-Fiat, Lofag, der Glanzstofffabrik in St. Pölten und in einigen Erdölbetrieben.

Ungeachtet des Rückgangs des Einflusses der KPÖ auf allgemein-politischer Ebene blieben in den 1960er Jahren die kommunistischen Positionen in den Betrieben weitgehend konstant. So erreichte die GE bei den Betriebsratswahlen 1964 40.414 Stimmen und 743 Mandate.¹²⁰ Der kommunistische Einfluss in der IndustriearbeiterInnenschaft und im gewerkschaftlichen Bereich ging damit weit über das Stimmengewicht der KPÖ bei allgemeinen Wahlen hinaus. Dieses gefestigte Vertrauen zur GE hatte nicht zuletzt auch mit der persönlichen Ausstrahlungskraft einzelner kommunistischer BetriebsrätInnen zu tun. In zahlreichen größeren Betrieben konnten auch in den 1960er und 1970er Jahren die Mehrheiten behauptet werden. 1968 zählte die GE noch 487 BetriebsrätInnen in 211 Betrieben,¹²¹ darunter 26 Mehrheitsbetriebe, u.a. einige Betriebe der Mineralölverwaltung (Tanklager Lobau, Bau-Montage, Orop-Lager Hafen, Zen-

tralwerkstatt), Fiat, Akku Liesing, Goerz, Brown-Boveri, Glanzstoff St. Pölten, Raffinerie Schwechat (Nova), Brunner Glasfabrik, EMF Enzesfeld, Grazer Verkehrsbetriebe und Saline Hallein.¹²² Mit Franz Heinisch, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Chemiarbeitergewerkschaft, stellte die GE auch den Zentralbetriebsratsobmann der ÖMV.¹²³ Aus der Anzahl von 439 BetriebsrätInnen in 205 Betrieben nach den Betriebsratswahlen 1976/77 wird ersichtlich,¹²⁴ dass trotz der krisenhaften Entwicklung der Partei in den Jahren 1968 bis 1971 die betriebliche Verankerung weitgehend konstant geblieben war. Bis 1990 folgte ein kontinuierlicher Rückgang der Stimmen- und Mandatszahlen. In der Glanzstofffabrik St. Pölten, bei Bau-Montage der ÖMV und in der Brunner Glasfabrik hatte der *Gewerkschaftliche Linksblock*, die Nachfolgeorganisation der GE, noch in den 1980er Jahren die Mehrheit inne.¹²⁵

Anmerkungen:

1/ Die Wiedergeburt Österreichs. Die Stellung der Kommunisten im nationalen Freiheitskampf des österreichischen Volkes. o.O. [Moskau] o.J. [1944], S. 21f.

2/ Klenner, Fritz/Pellar, Brigitte: Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis 1999. Wien 1999, S. 380.

3/ Vgl. ebd.; Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Bericht über die Gewerkschaftsbesprechung in der Eisenbahndirektion Westbahn am 18.4.1945.

4/ Fiala, Gottlieb: Die Befreier brachten auch die Gewerkschaftsfreiheit. Erinnerungen an die Gründung des Oesterreichischen Gewerkschaftsbundes, in: *Österreichische Volksstimme*, 13.4.1951, S. 2.

5/ KPÖ Wien, Gewerkschaftliche Information, Bericht über die am 28. April 1945 stattgefundene Parteienbesprechung, abgedruckt in: Zakravy, Peter: Die Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit im Österreichischen Gewerkschaftsbund. Vom „Transmissionssystem“ zum Modell klassenorientierter Gewerkschaftsautonomie. Dissertation Universität Wien 1979, S. 766–767.

6/ Klenner/Pellar (wie Anm. 2), S. 382.

7/ Deubler, Oscar: Demokratisierung stärkt den Gewerkschaftsbund, in: *die arbeit*, 1. Jg., Nr. 1, März 1947, S. 7–9, hier S. 7.

8/ ZPA, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 19./20.6.1946, Beilage: Diskussionsgrundlage für unsere Arbeit in den Gewerkschaften, o.D. [Juni 1946], S. 1; Lustmann, E. [Elek]: Arbeiterbewegung und Gewerkschaft, hg. vom Zentralkomitee der KPÖ, Abteilung für Schulung und Propaganda. Wien 1955 (Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Lehrgang für die Grundschulung, Heft 5), S. 10.

9/ Fiala (wie Anm. 4).

10/ Horn, Otto: Um die Gewerkschaftseinheit, in: *Weg und Ziel*, 4. Jg., Nr. 4, April 1946, S. 206–211, hier S. 206.

11/ Das Forderungsprogramm des Oesterreichischen Gewerkschaftsbundes, in: *Weg und Ziel*, 4. Jg., Nr. 1, Jänner 1946, S. 64.

12/ Honner, Franz: Zwei Jahre Österreichischer Gewerkschaftsbund, in: *Weg und Ziel*, 5. Jg., Nr. 5, Mai 1947, S. 326–332, hier S. 329.

13/ Kopenig, Johann: Der Kampf um die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, in: *die arbeit*, 2. Jg., Nr. 4, April 1948, S. 1–3, hier S. 2.

14/ Weber, Fritz: Die Angst der Parteiführung vorm Klassenkampf. Die SPÖ 1945–1950, in: Pelinka, Peter/Steger, Gerhard (Hg.): Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945. Wien 1988, S. 11–21, hier S. 19 (Hervorhebung im Original).

15/ ZPA, Betriebsrätekurs, Wiener Stadtleitung der KPÖ, Gewerkschaftsabteilung, Lehrbrief Nr. 2: Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit, Februar 1950, S. 4 und 6.

16/ Z.B. E.L. [Elek Lustmann]: Gewerkschaft und Politik, in: *Weg und Ziel*, 6. Jg., Nr. 12, Dezember 1948, S. 825–828; Kodicek, Egon: Erste Lehren aus den Betriebsratswahlen, in: *Der Funktionär*, 1. Jg., Nr. 4, November 1951, S. 69–70; Hexmann, Friedrich: Die Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit und die Betriebsratswahlen, in: *Der Funktionär*, 3. Jg., Nr. 6, Juni 1953, S. 102–104.

17/ Prader, Hans: Die Angst der Gewerkschaften vor'm Klassenkampf. Der ÖGB und die Weichenstellung 1945–1950. Wien 1975 (In Sachen, Heft 1), S. 76.

18/ Ehmer, Josef/Herzog, Rupert: Die österreichischen Gewerkschaften in der Restaurationsperiode 1945–1951 im Spiegel neuerer Forschungen. Ein Literaturbericht, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Nr. 8, I/1985. Frankfurt/M. 1985, S. 258–269, hier S. 267.

19/ Weber, Fritz: Der kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945–1950. Wien 1986 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 25), S. 130.

20/ Deubler, Oscar: Der Kampf um die Demokratisierung des ÖGB geht weiter, in: *die arbeit*, 2. Jg., Nr. 6, Juni 1948, S. 7–9, hier S. 8.

21/ Vgl. Honner (wie Anm. 12), S. 330f.

22/ Kodicek, Egon: Wachsender Einfluß der Gewerkschaftlichen Einheit, in: *Der Funktionär*, 4. Jg., Nr. 5, Mai 1954, S. 87.

23/ Horak, Leo: Gewerkschaftseinheit bei den Metall- und Bergarbeitern, in: *Der Funktionär*, 2. Jg., Nr. 1, Jänner 1952, S. 7–8, hier S. 8; Täubl, Johann: Aus den Fraktionen der Gewerkschaftseinheit in Niederösterreich, in: *Der Funktionär*, 3. Jg., Nr. 6, Juni 1953, S. 104–105, hier S. 105.

24/ Kopenig, Johann: Der Kampf um die Aktions-einheit der Arbeiterklasse. Rede auf der Vollversammlung des Zentralkomitees der KPÖe am 20. Jänner 1954, hg. von der Kommunistischen Partei Oesterreichs. Wien o.J. [1954], S. 19f.

- 25/ Johann Täubl, in: *Volksstimme*, 21.9.1966, S. 4.
- 26/ Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1945–1947. Wien 1948, S. 1/11 und 1/223.
- 27/ ZPA, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 19./20.6.1946, Beilage: Diskussionsgrundlage für unsere Arbeit in den Gewerkschaften, S. 3; Die organisatorische Entwicklung der Partei in der Zeit vom 13. zum 14. Parteitag. o.O. [1948], S. 5f.
- 28/ Schärf, Adolf: Zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Österreichs Einigung und Wiederaufrichtung im Jahre 1945. Wien 1950, S. 74 und 93.
- 29/ RGASPI 17/128/781/268–277 bzw. 304–314, Brief v. J. Kopleng und F. Fürnberg an I. V. Stalin über die Ergebnisse der Parlamentswahlen und die innenpolitische Lage im Land, 18.12.1945, in: Mueller, Wolfgang/Suppan, Arnold/Naimark, Norman M./Bordjugov, Gennadij (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven. Wien 2005 (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Historische Kommission, Fontes Rerum Austriacarum. Österreichische Geschichtsquellen, 2. Abteilung: Diplomataria et Acta, Bd. 93), S. 233–243, hier S. 241.
- 30/ ZPA, Wiener Landesparteitag der KPÖ am 9./10.3.1946, Tätigkeitsbericht der Abteilung Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, S. 2.
- 31/ Alte Wege, in: *Österreichische Volksstimme*, 13.12.1945, S. 1.
- 32/ Fiala, Gottlieb: Der erste Bundeskongreß der österreichischen Gewerkschaften und seine Aufgaben, in: *die arbeit*, 2. Jg., Nr. 5, Mai 1948, S. 2–3, hier S. 2.
- 33/ Horn, Otto: Der zweite Bundeskongreß des ÖGB, in: *die arbeit*, 5. Jg., Nr. 11, November 1951, S. 1–9, hier S. 1.
- 34/ Honner, Franz: Der ÖGB auf gefährlichen Wegen, in: *Weg und Ziel*, 6. Jg., Nr. 5, Mai 1948, S. 328–336, hier S. 332.
- 35/ ZPA 2. Landesparteitag der KPÖ Niederösterreich 2.–4.4.1948, Bericht der Abteilung für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, S. 5.
- 36/ Horn (wie Anm. 33), S. 8.
- 37/ Vgl. Horn, Otto: Die Einheit des Gewerkschaftsbundes bedroht, in: *die arbeit*, 6. Jg., Nr. 10, Oktober 1952, S. 3–7, hier S. 3.
- 38/ Kautsky, Benedikt: Geistige Strömungen im österreichischen Sozialismus. Wien [1953], S. 25.
- 39/ Olah, Franz: Die Erinnerungen. Mit 110 Abbildungen und Dokumenten. Wien u.a. 1995, S. 134.
- 40/ Vgl. Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der zweiten Republik. Wien 1955, S. 74 (Hervorhebung im Original).
- 41/ Klenner, Fritz: Die österreichischen Gewerkschaften. Eine Monographie. Wien 1967 (Zeit und Wissen), S. 208.
- 42/ ZPA, Protokoll des 1. ZK-Plenums der KPÖ am 19./20.6.1946, Beilage: Diskussionsgrundlage für unsere Arbeit in den Gewerkschaften, S. 8f.
- 43/ ZPA, Protokoll des 5. ZK-Plenums der KPÖ am 24./25.9.1947, Beilage 25: Otto Fischer, S. 1. 44/ Ebd., Beilage 30: Schlusswort von Johann Kopleng, S. 10.
- 45/ ZPA, Protokoll der Sitzung des politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 13.4.1948, Beilage: Organisatorische Formen und Methoden unserer gewerkschaftlichen Fraktionsarbeit, o.D. [April 1948], S. 1–4.
- 46/ Neue Aufgaben in den Gewerkschaften, in: *Der Vertrauensmann. Ratgeber für Funktionäre und Aktivisten der Landesorganisation Niederösterreich*, 3. Jg., Nr. 3, Mitte März 1948, S. 4–5, hier S. 4f.
- 47/ Die organisatorische Entwicklung der Partei in der Zeit vom 13. zum 14. Parteitag. o.O. [1948], S. 5.
- 48/ Hexmann, Friedrich: Aufbau und Aufgaben der kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften, in: *Der Funktionär*, 1. Jg., Nr. 3, November 1951, S. 48–50, hier S. 49f.
- 49/ Die gewerkschaftliche Arbeit in Wien, ihre Schwierigkeiten und Probleme, in: *Information*, Nr. 2, Mitte September 1945, S. 3–4, hier S. 4.
- 50/ ZPA, Betriebsrätekurs der Wiener Stadtleitung der KPÖ, Gewerkschaftsabteilung, Lehrbrief Nr. 2: Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit, Februar 1950, S. 3.
- 51/ R.J.: Das neue Betriebsrätegesetz, in: *Weg und Ziel*, 4. Jg., Nr. 2, Februar 1946, S. 95–97, hier S. 96.
- 52/ Vorläufige Ergebnisse der Betriebsräte-wahlen, in: *Presse- und Informationsdienst*, Nr. 4, 21.7.1945, S. 6.
- 53/ Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA), Neues Parteiarchiv, PN2/39, Zentralsekretariat der SPÖ an ÖGB-Sekretär Karl Krisch, 31.7.1945.
- 54/ Z.B. Weber (wie Anm. 19); S. 17; Rathkolb, Oliver: Kalter Krieg und politische Propaganda in Österreich 1945–1950, in: Hansel, Michael/Rohrwasser, Michael (Hg.): Kalter Krieg in Österreich. Literatur – Kunst – Kultur. Wien 2010 (Profile, Bd. 17), S. 11–34, hier S. 18.
- 55/ DÖW 7594, Bericht Ernst Lembergers über seine Reise nach Österreich in Paris, 1945, S. 3.
- 56/ Report von H. Peter Hart, Subject: Reports on Russian occupied Austria, 10.7.1945, NA. RG 260 (Austria), Box 38, in: Rathkolb, Oliver (Hg.): Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militär-administration 1945 in englischer Originalfassung. Wien u.a. 1985, S. 278–283, hier S. 279.
- 57/ Wahlsieg der steirischen Kommunisten. Erste freie Betriebsratswahl im Alpine-Betrieb Seegraben, in: *Österreichische Volksstimme*, 23.9.1945, S. 1; Ergebnisse der Betriebsratswahlen in Steiermark, in: *Österreichische Volksstimme*, 26.9.1945, S. 1; Betriebsratswahlen in Obersteiermark. Weitere kommunistische Wahlerfolge, in: *Österreichische Volksstimme*, 29.9.1945, S. 1; Wieder ein Wahlerfolg der KPOe. Betriebsratswahlen in Fohnsdorf, in: *Österreichische Volksstimme*, 30.9.1945, S. 1; Die Arbeiter wählen Kommunisten. Im Bezirk Villach die Kommunisten führend bei Betriebsräte-wahlen, in: *Österreichische Volksstimme*, 3.11.1945, S. 1.
- 58/ RGASPI 17/128/781/232–236, Brief von J. Kopleng und F. Fürnberg an I. V. Stalin über die Länderkonferenzen und die politische Lage in Österreich, 14.10.1945, in: Mueller u.a. (wie Anm. 29), S. 211–221, hier S. 215.
- 59/ ZPA, Entwurf des Organisationsberichtes an den 13. Parteitag 1946, S. 5.
- 60/ ZPA, Bericht über die Entwicklung der Partei vom Parteitag bis zum 1. Jänner 1947, S. 14.
- 61/ Kommunisten stärkste Partei im größten Betrieb Oesterreichs. Sieg bei den Betriebsratswahlen der Alpine Montan, in: *Österreichische Volksstimme*, 20.11.1946, S. 1; Lauscher, Fritz: Fadenscheinige Argumente gegen die gewerkschaftlichen Einheitslisten, in: *die arbeit*, 1. Jg., Nr. 7, September 1947, S. 16–18, hier S. 17; Bilanz der Betriebsratswahlen, in: *Weg und Ziel*, 6. Jg., Nr. 1, Jänner 1948, S. 1–7, hier S. 5f.
- 62/ ZPA, Die Betriebsorganisationen der Kommunistischen Partei Oesterreichs, 22.11.1946, S. 1.
- 63/ ZPA, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 29.12.1949, Beilage: [Material für die Gewerkschaftskonferenz am 15.1.1950], S. 2.
- 64/ Sozialisten und Betriebsratswahlen, in: *Arbeiter-Zeitung*, 16.7.1947, S. 1.
- 65/ Vgl. ZPA, Rundschreiben des ZK der KPÖ an alle Landes- und Bezirksleitungen, o.D. [August 1947], S. 1.
- 66/ Klenner, Fritz: Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme. Zweiter Band. Wien 1953, S. 1715.
- 67/ Klare Listen – klare Fronten, in: *Arbeiter-Zeitung*, 31.8.1947, S. 1.
- 68/ Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945–1955 (wie Anm. 40), S. 26.
- 69/ Pelinka, Anton: Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, in: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hg.): Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 1. Graz u.a. 1972, S. 169–201, hier S. 179.
- 70/ Macht die Betriebsratswahlen zu einer Niederlage der Reaktion und der Spalter! Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei an alle Mitglieder und Funktionäre, in: *Österreichische Volksstimme*, 14.9.1947, S. 1.
- 71/ ZPA, Protokoll der Sitzung des politischen Sekretariats des ZK der KPÖ am 19.8.1947, S. 2.

www.klahrgesellschaft.at

- Informationen über Ziele und Aktivitäten der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT.
- Sämtliche Beiträge aus den *Mitteilungen* 1994–2011 im Volltext.
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der AKG seit 1993.
- Bibliographie zur Geschichte der KPÖ.
- Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und Bestellmöglichkeit.

- 72/ Vgl. ZPA, Bericht über die Tätigkeit der kommunistischen Gewerkschaftler [an den 14. Parteitag 1948], S. 2.
- 73/ Hannak, Jacques: Vier Jahre Zweite Republik. Ein Rechenschaftsbericht der Sozialistischen Partei. Wien 1949, S. 93.
- 74/ Bilanz der Betriebsratswahlen (wie Anm. 61), S. 2.
- 75/ Vgl. Schärf (wie Anm. 40), S. 389.
- 76/ Die organisatorische Entwicklung der Partei in der Zeit vom 13. zum 14. Parteitag. o.O. [1948], S. 6; Tätigkeitsbericht (wie Anm. 26), S. 1/15 und 1/72.
- 77/ Fiala, Gottlieb: Ergebnisse der Betriebsratswahlen, in: *die arbeit*, 2. Jg., Nr. 1, Jänner 1948, S. 1–2, hier S. 2.
- 78/ ZPA, Protokoll der Sitzung des Sekretariats der Landesleitung der KPÖ Niederösterreich am 18.11.1947, S. 2.
- 79/ ZPA, 2. Wiener Landesparteitag der KPÖ 2.–4.4.1948, Material des Betriebsreferats der Wiener Stadtleitung, S. 2–3.
- 80/ Bilanz der Betriebsratswahlen (wie Anm. 61), S. 5.
- 81/ Offensive gegen die Idee der Einheit gescheitert. Die bisherigen Resultate der Betriebsrätewahlen, in: *Österreichische Volksstimme*, 9.12.1947, S. 2.
- 82/ ZPA, Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 6.10.1949, S. 1; Kodicek, Egon: Die Betriebsratswahlen 1949, in: *die arbeit*, 3. Jg., Nr. 11, November 1949, S. 6–7, hier S. 7.
- 83/ ZPA, Protokoll des 9. ZK-Plenums der KPÖ am 13.9.1951, Beilage 1: Referat von Honner: Die kommenden Betriebsratswahlen, S. 15; Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 1.10.1951, S. 2.
- 84/ Hexmann (wie Anm. 16), S. 104.
- 85/ Betriebsratswahlen und Kommunisten, in: *Der Funktionär*, 5. Jg., Nr. 10, Oktober 1955, S. 78–179, hier S. 178.
- 86/ Vgl. Tschofenig, Josef: Die Betriebsrätewahlen schon jetzt vorbereiten, in: *Der Funktionär*, 3. Jg., Nr. 3, März 1953, S. 43–44, hier S. 43.
- 87/ Hornik, Leopold: Einige Schlußfolgerungen aus den Betriebsrätewahlen, in: *die arbeit*, 6. Jg., Nr. 1, Jänner 1952, S. 6–12, hier S. 7; Fürnberg, Friedl: Nach den Betriebsratswahlen (Lehren und Aufgaben), in: *Der Funktionär*, 2. Jg., Nr. 5, Mai 1952, S. 84–85, hier S. 84.
- 88/ Fortschritte der Arbeitereinheit (Ergebnisse der Betriebsratswahlen bis 7. Dezember 1951), in: *Der Funktionär*, 1. Jg., Nr. 5, November 1951, S. 91; Hornik (wie Anm. 87), S. 7.
- 89/ Schmidt, Ernst: Die Betriebsrätewahlen in Floridsdorf, in: *Der Funktionär*, 3. Jg., Nr. 12, Dezember 1953, S. 258–259, hier S. 258.
- 90/ ZPA, Bericht der Landesleitung Niederösterreich über die Ergebnisse der Betriebsratswahlen in Niederösterreich (abgeschlossen per 31.12.1951), o.D. [Anfang 1952], S. 1 und 4.
- 91/ Täubl (wie Anm. 23), S. 104.
- 92/ Lauscher, Fritz: Die Betriebsrätewahlen in Niederösterreich, in: *die arbeit*, 4. Jg., Nr. 2, Februar 1950, S. 13–15, hier S. 15.
- 93/ ZPA, Teilnehmerlisten Betriebsrätekonferenz am 30.9.1950.
- 94/ Von der Zweidrittelmehrheit der SP zur Mehrheit der Einheitsliste, in: *Österreichische Volksstimme*, 17.10.1951, S. 1; Tropper, Otto: Wie die Mehrheit bei Siemens-Schuckert II erobert wurde, in: *Der Funktionär*, 1. Jg., Nr. 5, November 1951, S. 92.
- 95/ Birkner, Johann: Die Personalvertretungswahlen der Eisenbahner, in: *die arbeit*, 6. Jg., Nr. 12, Dezember 1952, S. 11–14, hier S. 11.
- 96/ Tschofenig, Josef: Die Gewerkschaftliche Einheit setzt sich durch, in: *Der Funktionär*, 4. Jg., Nr. 4, April 1954, S. 65.
- 97/ Bericht über die Linzer Konferenz gegen die Kriegslohnsteuer, hg. von Karl Wiesinger. Linz o.J. [Ende 1952/Anfang 1953].
- 98/ ZPA, Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK am 15.11.1951, Beilage: Resolution des Polbüros zu den Betriebsratswahlen, 28.11.1951, S. 4; Resolution des Politischen Büros des Zentralkomitees zu den Betriebsratswahlen, in: *Der Funktionär*, 1. Jg., Nr. 5, Dezember 1951, S. 86–88, hier S. 88.
- 99/ Fiala, Gottlieb: Fraktionen der gewerkschaftlichen Einheit, in: *Der Funktionär*, 1. Jg., Nr. 5, Dezember 1951, S. 89–90, hier S. 90.
- 100/ Kopenig (wie Anm. 24), S. 7.
- 101/ ZPA, Protokoll des 9. ZK-Plenums der KPÖ am 18./19.3.1954, Beilage 1: Referat von Friedrich Hexmann, S. 23.
- 102/ Lustmann (wie Anm. 8), S. 19f.
- 103/ Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPÖ am 8.4.1952, Beilage: ZK der KPÖ, Gewerkschaftsabteilung, an alle Fraktionsleitungen [der GE], 9.4.1952; Kodicek, Egon: Die Anerkennung der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit, in: *Der Funktionär*, 3. Jg., Nr. 5, Mai 1953, S. 93–94, hier S. 93.
- 104/ ZPA, ÖGB, Anton Proksch (Generalsekretär) und Johann Böhm (Präsident) an alle angeschlossenen Gewerkschaften, Landesexekutiven und Bezirkssekretariate des ÖGB, Betrifft: Fraktion der „Gewerkschaftlichen Einheit“, Rundschreiben Nr. 10 v. 24.7.1953.
- 105/ Z.B. bei Klenner (wie Anm. 41), S. 208.
- 106/ Horak, Leo: Die Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit bei den Metall- und Bergarbeitern, in: *Der Funktionär*, 2. Jg., Nr. 5, Mai 1952, S. 105–106, hier S. 105.
- 107/ Hexmann (wie Anm. 16), S. 102.
- 108/ ZPA, Vorschlag zur Verbesserung der Arbeit der zentralen Gewerkschaftsabteilung und die nächsten Aufgaben, o.D. [Herbst 1952], S. 1.
- 109/ Die Ergebnisse der Betriebsratswahlen, in: *die arbeit*, 8. Jg., Nr. 1, Jänner 1954, S. 1–5, hier S. 1f.; ZPA, Fraktion der gewerkschaftlichen Einheit im ÖGB, Die nächsten Aufgaben der Fraktion der gewerkschaftlichen Einheit, 5.4.1954, S. 1f.
- 110/ Moser, Gustl: Die Betriebsratswahlen in den Steyr-Werken, in: *Der Funktionär*, 5. Jg., Nr. 11, November 1955, S. 201–202, hier S. 201f.
- 111/ Hausl, Franz: Betriebsratswahl und Nationalratswahl, in: *Der Funktionär*, 6. Jg., Nr. 5/6, Mai/Juni 1956, S. 84–85, hier S. 84.
- 112/ ZPA, Information über die bisher in der Org.-Abteilung erfassten Ergebnisse der Betriebsratswahlen 1953/54, 25.3.1954, S. 1–3, 5, 7, 12; Tschofenig (wie Anm. 96), S. 65; Material zum XVI. Parteitag Mai 1954, vorgelegt vom Zentralkomitee der KPÖ. o.O. [Wien] o.J. [1954], S. 17.
- 113/ ZPA, Hermann Mitterräcker: Bericht über die Arbeit in den USIA-Betrieben, 23.11.1949, S. 2.
- 114/ Aus dem Bericht des Hochkommissars der UdSSR in Österreich, Generalleutnant V.P. Sviridov, und des Politischen Vertreters der UdSSR in Österreich, S.M. Kudrjavcev, über den Verlauf der Erfüllung des Beschlusses des Ministerrates der UdSSR zur Verbesserung der Arbeit der SCSK in Österreich, 21.3.1953, in: Mueller u.a. (wie Anm. 29), S. 819–891, hier S. 841.
- 115/ Landgraf, Walter: Ergebnisse der Betriebsratswahlen in Zistersdorf, in: *die arbeit*, 2. Jg., Nr. 2, Februar 1948, S. 12–13, hier S. 13.
- 116/ Bericht der Abteilung für innenpolitische Fragen des Apparates des Hochkommissars der UdSSR in Österreich über die politische Arbeit in den USIA-Betrieben, o.D. [vor dem 27.4.1954], in: Mueller u.a. (wie Anm. 29), S. 929–941, hier S. 933.
- 117/ Hexmann, Friedrich: Ergebnisse und Lehren der Arbeiterkammerwahlen 1954, in: *Der Funktionär*, 4. Jg., Nr. 11, November 1954, S. 204–205, hier S. 204.
- 118/ Kodicek, Egon: Die bisherigen Ergebnisse der Betriebsratswahlen, in: *die arbeit*, 9. Jg., Nr. 12, Dezember 1955, S. 8–10, hier S. 9.
- 119/ Hexmann, Friedrich: Das Ergebnis der Betriebsratswahlen und unsere Aufgaben, in: *die arbeit*, 12. Jg., Nr. 2, Februar 1958, S. 1–3, hier S. 1.
- 120/ ZPA, 19. Parteitag der KPÖ 27.–30.5.1965, Kämpfe und Aktionen seit dem 18. Parteitag, S. 18.
- 121/ ZPA, Fragen der Organisation und des Arbeitsstils der Partei, Anfang Mai 1968, S. 4.
- 122/ ZPA, Information über den organisatorischen Stand der Partei am 1. Jänner 1968, S. 14f.
- 123/ Franz Heinisch 50 Jahre, in: *Volksstimme*, 24.7.1963, S. 2.
- 124/ ZPA, Berichtsmaterial an den 23. Parteitag der KPÖ, o.D. [1977], S. 5.
- 125/ Muhri, Franz: Für Aktionseinheit gegen rechts – für Demokratie, Frieden und Sozialismus. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPÖ an den 24. Parteitag der KPÖ, in: Der 24. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, 6. bis 8. Dezember 1980, hg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien [1981], S. 29–64, hier S. 59; ÖMV-Bau und Montage: GLB stellt wieder Obmann, in: *Volksstimme*, 5.11.1981, S. 4; Brunner Glasfabrik: 5 Mandate für den GLB, in: *Volksstimme*, 7.4.1984, S. 1.

Kommunistische Arbeiterkammer- und Betriebsrätepolitik nach 1945

HANS HAUTMANN

Arbeiterkammern und Betriebsräte sind wie die Gewerkschaften Organisationen, die aus dem Kampf der arbeitenden Menschen für ihre elementaren wirtschaftlichen und sozialen Interessen hervorgegangen sind und deren Vorhandensein so lange eine Notwendigkeit bleiben wird, so lange es den Kapitalismus gibt. Entstanden die Gewerkschaften bei uns bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts, so waren die Arbeiterkammern und Betriebsräte Errungenschaften der österreichischen Revolution von 1918/19. Während die Gewerkschaften juristisch immer Vereine waren und es nach wie vor sind, fanden Arbeiterkammern und Betriebsräte eine gesetzliche Verankerung im österreichischen Recht. Von der Aufgabenstellung her sind die drei Institutionen eng miteinander verbunden, haben aber dennoch ihre spezifischen Aktionsbereiche. Alle drei Interessensvertretungen wurden in den zwölf Jahren der Ständestaats- und NS-Diktatur entweder beseitigt oder bis zur Unkenntlichkeit ihres Wesens beraubt. Mit dem Wiedererstehen der demokratischen Republik 1945 traten sie erneut auf den Plan, wobei Kommunisten und Kommunistinnen einen entscheidenden Anteil hatten.

KPÖ und Arbeiterkammern

Die „Kammern für Arbeiter und Angestellte“ wurden in Österreich am 26. Februar 1920 gesetzlich geschaffen¹ und waren, ebenso wie die Betriebsräte, eines der Ergebnisse der damals von der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführung forcierten Sozialgesetzgebung. Ihre Institutionalisierung hatte den Zweck, gegenüber den seit 1848 bestehenden Handels- und Gewerbekammern der Unternehmer endlich die Gleichstellung in Form einer ebenfalls gesetzlichen Interessensvertretung für die Arbeiter und Angestellten zu erreichen. Die austromarxistische Sozialdemokratie verband damit aber noch weiter hinausgehende Ziele, die Ferdinand Hanusch, der Staatssekretär für Soziale Verwaltung von 1918 bis 1920, so umschrieb: „Wir brauchen Leute, die bei Begründung der *sozialistischen Gesellschaftsordnung* die einzelnen Betriebe übernehmen können – dazu haben wir die Betriebsräte geschaffen –, wir brauchen

aber auch Leute, die den Gang der gesamten Volkswirtschaft kennen, um die höheren Funktionen in der *sozialistischen Gesellschaft* zu übernehmen. Und dazu sind die Kammerräte da. Sie werden neben den Konsumentenorganisationen jene höhere Form des Wirtschaftslebens im sozialistischen Staat im Sinne des Sozialismus zu lenken und zu leiten haben. [...] Die Arbeiterkammer darf kein Ersatz der Gewerkschaften oder irgendeiner anderen Organisation sein, sondern sie wird, solange sie noch nicht ihre höhere künftige Funktion erfüllen kann, vor allem anderen die Aufgabe haben, der Arbeiterklasse das Rüstzeug zu geben für den *Klassenkampf*. Warum sollen denn nicht auch wir Juristen, Volkswirtschaftler und Sozialpolitiker in unseren Dienst stellen, die uns beraten und uns das nötige Material liefern? Durch die Arbeiter- und Angestelltenkammern wird uns das möglich sein.“²

Hier ist also von „Klassenkampf“ und dreimal gar von „sozialistischer Gesellschaftsordnung“ die Rede, eine Orientierung, die, nachdem sie von der SPÖ aufgegeben wurde, die Kommunisten in der Zweiten Republik mit dem Ziel weiter verfolgten, „die Arbeiterkammer zu jenem Klasseninstrument zu machen, das die Arbeiterschaft im Kampf um ihre Interessen und um die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung braucht“.³

Aufgabe der Arbeiterkammern ist es laut Gesetz, die sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu vertreten und zu fördern. Darunter fallen die Erstattung von Berichten, Gutachten und Vorschlägen an die gesetzlichen Körperschaften über alle Angelegenheiten, die mittelbar oder unmittelbar das Interesse der Arbeiter und Angestellten berühren, also Dinge wie Regelung der Arbeitsverhältnisse, Arbeiterschutz, Sozialversicherung, Arbeitsmarkt, Wohnungsfürsorge, Volksgesundheit, Volksbildung und Konsumentenschutz; weiters Erhebungen über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Angestellten, die Preis- und Lohnentwicklung sowie die Sammlung von Arbeitsstatistiken; weiters die Rechtsberatung und Rechtshilfe im Falle von Arbeitskonflikten sowie die Beratung der Betriebsräte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.⁴

Als demokratische Einrichtungen werden die Mandatare der Arbeiterkammern, die Arbeiterkammerräte, von den Arbeitern und Angestellten alle fünf Jahre nach dem Proporz gewählt. Wahlberechtigt sind alle, die nach den Sozialversicherungsbestimmungen als Arbeiter, Angestellte und Verkehrsbedienstete gelten. Demgemäß gab es die längste Zeit die Unterteilung in diese drei Wählergruppen, deren Stimmen getrennt gezählt wurden, eine Regelung, die erst mit dem neuen Arbeiterkammergesetz 1992 aufgehoben wurde.

Bei den Arbeiterkammern besteht eine Zwangsmitgliedschaft. Jeder Arbeiter und Angestellte ist zur Zahlung der Kammerumlage verpflichtet, die im Rahmen des Sozialversicherungsbeitrags eingehoben wird. Da die Arbeiterkammern die gesetzlichen Interessensvertretungen der stets zahlreichsten Bevölkerungsschicht in Österreich sind (derzeit mit rund drei Millionen Mitgliedern), fließen aus der Umlage die bedeutenden finanziellen Mittel für die Aufrechterhaltung ihrer Tätigkeit.

Die Arbeiterkammern verkörpern gleichsam das wissenschaftliche Standbein unter den Interessensvertretungen der Lohn- und Gehaltsabhängigen, und es sind die großen Sachkenntnisse ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die Gediegenheit ihrer Gutachten und fachspezifischen Veröffentlichungen, die sie so wertvoll machen.

Historischer Rückblick

In der Ersten Republik fanden nur zweimal Arbeiterkammerwahlen statt, 1921 und 1926. Die dritte Wahl, 1931 fällig, musste hinausgeschoben werden, weil Hunderttausende arbeitslose Arbeiter und Angestellte zum Zeitpunkt des Gipfels der Weltwirtschaftskrise von der Teilnahme an der Bestellung ihrer Interessensvertretung ausgeschlossen gewesen wären. Aus der Verschiebung wurde eine Suspension auf Dauer, denn das autoritäre Regime ließ nirgendwo mehr freie demokratische Wahlen zu. Nach dem Februar 1934 entthob die Dollfuß-Regierung die gewählten Kammerräte ihrer Funktion und ersetzte sie durch ernannte; die Arbeiterkammern selbst sanken zu Vehikeln im Rahmen der berufsständischen Ordnung herab.⁵

Die KPÖ erreichte 1921 bei den Wahlen 2,7 Prozent der Stimmen (Sozialdemokraten 83,9, Christlichsoziale 11,8, Deutschnationale 1,4) und 4 Mandate (alle in der Wählergruppe der Arbeiter), 1926 2,8 Prozent (Sozialdemokraten 78,8, Christlichsoziale 10,4, Deutschnationale 7,8) und 7 Mandate (ebenfalls sämtlich bei den Arbeitern). Die 7 Mandate der Kommunisten verteilten sich auf die Arbeiterkammern in Wien, Niederösterreich und in der Steiermark.⁶

Nach 1945

Nach der Befreiung Österreichs traten die Arbeiterkammern mit Gesetz vom 20. Juli 1945 erneut ins Leben. Die politische Zusammensetzung ihrer Gremien erfolgte wie bei den Gewerkschaften zunächst aufgrund einer Parteienvereinbarung zwischen SPÖ, ÖVP und KPÖ.⁷ So blieb es bis 1949, als die ersten Arbeiterkammerwahlen der Zweiten Republik durchgeführt wurden, dann bereits mit Beteiligung der wieder zugelassenen Partei des deutschnationalen Lagers, des „Verbandes der Unabhängigen“ (VdU).

Die mit Verordnung des Bundesministeriums für Soziale Verwaltung vom 31. August 1948 erlassene Kammerwahlordnung schloss, anders als bei den Betriebsratswahlen, Listen von Parteilosen oder Namenslisten aus. Es war zwingende Vorschrift, dass die Wahlvorschläge so bezeichnet werden mussten, dass daraus die wahlwerbende politische Partei unzweideutig zu erkennen war. Die KPÖ kritisierte diese Bestimmung mit dem Argument, dass dadurch der politische Kampf in das gemeinsame soziale, arbeitsrechtliche und wirtschaftliche Interessensgebiet der Arbeiter und Angestellten getragen und damit die Gefahr von Konflikten und Entzweiung dort heraufbeschworen werde, wo Einigkeit und Einheit dringend notwendig seien.⁸

Wahlergebnisse

Die Besonderheit der Wahlordnung hat aus historischer Sicht aber einen Vorteil. Er liegt darin, dass die Arbeiterkammerwahlen der Zweiten Republik ein realistisches Spiegelbild der politischen Kräfteverhältnisse in der Arbeiter- und Angestelltenschaft liefern. Illustriert ist das in den wiedergegebenen vier Tabellen der Wahlergebnisse für ganz Österreich, für Wien, Niederösterreich und die Steiermark, die vom Verfasser auf der Basis mehrerer Quellen errechnet wurden.⁹ Zur Erläuterung sei gesagt, dass zur Vereinfachung die Stimmen in den drei Wahlkörpern Arbeiter, Angestellte und Verkehrs-

bedienstete jeweils addiert sind, was besonders bei der KPÖ nur einen prozentmäßigen Durchschnittswert ergibt. Denn deren Stimmenanteil war in den Wahlkörpern Arbeiter sowie Verkehrsbedienstete immer höher als der angegebene Gesamtprozentsatz, der durch die regelmäßig bescheideneren Ergebnisse bei den Angestellten entsprechend gedrückt wurde.

Gleichfalls der Vereinfachung dienen die Parteibezeichnungen, denn die politi-

schen Gruppen kandidier(t)en bei den Arbeiterkammerwahlen unter eigenen Namen wie „Sozialdemokratische GewerkschafterInnen“ für die SPÖ, „ÖAAB/Christliche Gewerkschafter“ für die ÖVP, „Freiheitliche Arbeitnehmer“ für die FPÖ, „Gewerkschaftliche Einheit/Gewerkschaftlicher Linksblock“ für die KPÖ, „Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen“ (AUGE/UG) für die Grünen usw.

Arbeiterkammerwahlen Österreich (Anzahl / Prozent / Mandate)

	SPÖ			ÖVP			VdU/FPÖ			KPÖ			Grüne		
1949	583.566	63,3	504	118.875	17,2	120	105.565	10,6	117	87.750	8,7	56			
1954	655.269	66,0	569	152.929	19,0	139	23.810	2,4	19	93.845	9,1	58			
1959	668.790	66,2	563	182.121	19,7	161	36.003	3,8	31	64.188	6,4	40			
1964	693.746	64,3	555	224.620	22,9	180	37.964	3,4	27	69.963	7,4	37			
1969	704.892	66,8	560	243.686	23,5	195	51.379	4,6	40	26.360	2,4	11			
1974	781.575	64,4	558	359.269	27,9	239	67.291	4,5	29	32.663	2,8	11			
1979	773.369	66,4	534	372.447	28,9	252	38.552	3,1	20	16.313	1,5	4			
1984	740.127	61,5	502	464.151	33,8	317	31.412	2,2	13	27.536	2,2	8			
1989	584.921	62,9	509	285.005	26,5	258	75.346	6,8	63	32.942	3,6	9			
1994	425.879	54,3	461	204.740	26,1	238	112.961	14,4	116	8.888	1,1	1			
2000	664.574	57,5	482	302.419	26,1	232	112.294	9,7	83	9.003	0,7	2	42.198	3,6	26
2004	750.016	63,4	539	280.640	23,7	206	57.917	4,9	41	9.245	0,7	2	51.392	4,3	33
2009	642.746	56,4	483	287.226	24,9	212	100.257	8,7	67	9.972	0,8	3	53.920	4,6	38

Arbeiterkammerwahlen Wien

	SPÖ			ÖVP			VdU/FPÖ			KPÖ			Grüne		
1949	227.104	67,5	100	50.017	17,0	21	18.770	7,6	7	36.868	10,3	16			
1954	228.057	67,4	127	51.201	17,2	28	3.707	1,5	1	41.412	12,3	22			
1959	218.937	69,7	131	50.491	17,0	28	6.685	2,8	3	24.583	7,8	13			
1964	210.487	66,9	125	56.863	18,2	32	8.467	3,3	4	26.898	9,2	15			
1969	213.415	73,4	135	58.808	18,7	33	10.946	4,4	6	9.196	3,2	4			
1974	226.003	71,5	131	75.387	20,7	38	12.985	3,7	6	11.069	2,6	4			
1979	214.839	75,3	133	68.887	19,8	41	7.718	2,3	4	6.776	1,1	2			
1984	190.640	68,9	121	86.919	25,3	52	5.888	1,9	3	10.687	1,8	4			
1989	141.251	70,4	125	43.459	17,6	38	14.297	6,5	12	11.045	2,6	5			
1994	102.802	57,8	107	30.517	17,1	31	28.093	15,8	28	8.470	4,8	4			
2000	179.746	64,1	118	46.451	16,5	30	24.463	8,7	16	2.814	1,0	1	13.455	4,8	8
2004	193.241	69,3	128	40.274	14,4	26	12.012	4,3	7	3.016	1,0	1	15.890	5,7	10
2009	148.079	56,4	105	37.514	14,2	26	32.375	12,3	22	2.231	0,8	1	18.941	7,2	13

Arbeiterkammerwahlen Niederösterreich

	SPÖ			ÖVP			VdU/FPÖ			KPÖ			Grüne		
1949	109.320	69,4	79	22.675	19,2	18	–	–	–	21.374	10,9	15			
1954	110.759	68,6	79	20.988	17,6	14	557	0,6	0	24.607	12,7	17			
1959	121.628	70,3	83	31.049	21,8	20	2.068	2,1	0	12.735	5,7	7			
1964	131.455	68,8	81	40.096	24,4	23	1.503	1,2	0	12.854	5,9	6			
1969	131.316	69,3	80	48.608	26,7	27	3.185	2,4	1	4.899	2,3	2			
1974	144.430	65,9	76	67.355	30,1	31	4.535	2,1	1	6.172	2,4	2			
1979	137.404	67,1	75	70.035	30,1	34	2.704	1,3	0	3.614	0,9	1			
1984	130.176	62,2	66	84.926	35,0	43	2.138	1,1	0	4.387	1,2	1			
1989	105.886	65,1	69	53.666	27,7	35	8.785	5,8	5	4.567	1,5	1			
1994	75.945	56,4	64	39.020	29,0	34	13.982	10,4	11	3.116	1,2	1			
2000	121.526	64,2	73	44.390	23,4	26	13.842	7,3	8	926	0,5	0	5.402	2,8	3
2004	144.940	69,1	78	49.813	20,4	23	6.611	3,1	3	929	0,4	0	5.549	2,6	2
2009	118.660	60,4	69	46.055	23,4	26	16.608	8,4	9	1.149	0,6	0	4.164	2,1	2

Arbeiterkammerwahlen Steiermark

	SPÖ			ÖVP			VdU/FPÖ			KPÖ			Grüne		
1949	85.716	63,3	73	12.349	12,5	10	19.198	14,7	16	13.805	9,3	11			
1954	100.143	68,4	85	19.134	18,4	14	3.738	2,9	2	11.808	7,8	8			
1959	104.104	67,0	82	23.664	20,1	17	4.837	3,8	2	11.554	7,0	8			
1964	108.422	68,0	83	25.616	20,8	17	3.877	3,7	2	11.864	7,9	7			
1969	103.942	70,5	84	27.308	21,7	20	5.814	4,4	3	4.978	3,2	3			
1974	116.028	66,8	78	42.803	26,3	27	5.358	3,4	2	6.008	3,1	3			
1979	112.839	69,3	79	42.294	26,6	28	3.544	2,2	2	2.877	1,1	1			
1984	107.711	63,1	70	59.336	33,0	38	2.800	1,8	1	4.236	1,8	1			
1989	74.980	61,6	67	37.958	28,7	35	7.772	7,2	6	5.251	3,2	2			
1994	53.724	53,8	62	26.915	26,9	31	15.287	15,3	16	3.970	2,0	1			
2000	86.231	61,2	69	36.178	25,7	28	12.411	8,8	9	1.536	1,1	1	4.504	3,2	3
2004	100.579	69,8	79	28.651	19,9	22	7.114	4,9	5	2.317	1,6	1	5.080	3,5	3
2009	93.815	65,7	74	28.998	20,3	22	10.548	7,4	8	2.688	1,9	2	5.403	3,8	4

Das österreichweite Ergebnis zeigt bei der KPÖ einen ziemlich stabilen Stimmenanteil zwischen 6,5 und 9 Prozent bis 1964, ein Wert der aus den regelmäßig niedrigeren Anteilen in Bundesländern wie Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Burgenland resultiert. Ab 1969 ist eine Halbierung der Stimmen und Prozente festzustellen. Auf dem Niveau bleibt es bis 1989, dann folgt ein erneuter Rückgang auf ein bzw. unter ein Prozent. Wiederholt sei aber, dass die Erfolge der KPÖ bei den Wahlen in die Gruppen Arbeiter und Verkehrsbedienstete stets größer waren. 1949 und 1954 erreichte man bei den Arbeitern 11 Prozent und bei den Verkehrsbediensteten 9 bis 10 Prozent.

In Wien sind in der besten Zeit, 1949 und 1954, Prozentanteile der KPÖ von 10,3 bzw. 12,3 Prozent zu verzeichnen. Erneut waren sie bei den Arbeitern und Verkehrsbediensteten höher: 14 bis 15 Prozent. Dasselbe gilt für Niederösterreich mit 10,9 Prozent 1949 und 12,7 Prozent 1954. Hier haben die Kommunisten im Jahr 1954 bei den Arbeitern das überhaupt beste Ergebnis aller Arbeiterkammerwahlen der Zweiten Republik mit 17,2 Prozent erzielt. Schließlich noch die Steiermark. Ergebnis: 8 bis 9 Prozent von 1949 bis sogar 1964, bei den Arbeitern und Verkehrsbediensteten 10 bis 11 Prozent.

Gegenwärtig hat die KPÖ, genauer gesagt, der *Gewerkschaftliche Linksblock*, in den neun Bundesländer- Arbeiterkammern drei Mandate, zwei in der Steiermark und eines in Wien. Zusätzlich ist es in Wien 2009 der „Kommunistischen Gewerkschaftsinitiative – International“ gelungen, 1.910 Stimmen zu bekommen und mit einem Sitz (Otto Bruckner) in die Arbeiterkammer-Vollversammlung einzuziehen.

Kommunisten und Kommunistinnen spielten beim Wiederaufbau der Arbeiterkammern nach 1945 eine bedeutende Rolle, waren darin mit bis zu 58 MandatarInnen vertreten und übten hier – wie beispielsweise Dr. Erna Hedrich, Rudolf Jakl, Dr. Fritz Mautner, Dr. Eduard Rabofsky u.a. – viele Jahre wichtige Funktionen aus.¹⁰ Den größten Bekanntheitsgrad erlangte Dr. Eduard Rabofsky, der als langjähriger Leiter der Rechtsabteilung der Wiener Arbeiterkammer mit seinen Initiativen auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts im Fachkreis der Juristen hohe Anerkennung fand.¹¹

KPÖ und Betriebsräte

Betriebsräte wurden in Österreich durch das Gesetz vom 15. Mai 1919 ins Leben gerufen¹² und waren eine substan-

zielle Errungenschaft des revolutionären Aufschwungs der Arbeiterbewegung nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Nach Auffassung der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer sollte das Betriebsrätegesetz von 1919 die unumschränkte Kommandogewalt des Kapitalisten in den Betrieben beenden und – wie es der damalige Staatssekretär für soziale Fürsorge, Ferdinand Hanusch, ausdrückte – „die absolute Monarchie des Fabrikherrn in eine konstitutionelle“ umwandeln.¹³ In diese Richtung zielende Befugnisse der Betriebsräte waren das Recht, in die Lohnlisten Einsicht zu nehmen und die Lohnauszahlungen zu kontrollieren; die Überwachung der Einhaltung der Kollektivverträge und der Arbeiterschutzgesetze im Betrieb; die Genehmigung bei Erlassung oder Änderung der Arbeitsordnung durch den Unternehmer; die Anfechtung von Kündigungen, wenn sie aus politischen Gründen erfolgt sind; das Recht, alljährlich die Betriebsbilanz, den Gewinn- und Verlustausweis, vorgelegt zu bekommen; und der Anspruch auf Entsendung von zwei Vertretern in den Aufsichtsrat bei Unternehmen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft.¹⁴

Das österreichische Betriebsrätegesetz von 1919 war das erste Gesetz dieser Art in der kapitalistischen Welt und radikaler gefasst als spätere Betriebsrätegesetze anderer Staaten (1920 in Deutschland, 1921 in der Tschechoslowakei).¹⁵ Es trat nach den Jahren des grünen und braunen Faschismus 1945 wieder in Kraft. In der ersten Zeit nach der Befreiung und unter den Umständen des Wiederaufbaus der vielen zerbombten und von den NS-Kollaborateuren verlassenen Betriebe, für die von der Renner-Regierung öffentliche Verwalter eingesetzt wurden, waren de facto die Betriebsräte, und nicht die Werksleitung, der bestimmende Faktor in den Unternehmen. Gottlieb Fiala schrieb dazu: „Die ersten Betriebsräte der Zweiten Republik waren Organe der gesamten Betriebsarbeiter, keiner wurde gefragt, ob er SP oder KP, VP oder parteilos war. Diesen Betriebsräten vertrauten alle im Betrieb stehenden Arbeiter und Angestellten ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit. Bei diesen ersten Betriebsratswahlen (1945, H.H.) hatten die ewig gestrigen Elemente noch nicht den Mut, sich gegen den Einheitswillen der Arbeiter und Angestellten zu stellen und Parteilisten zu propagieren.“¹⁶

Die SPÖ hielt dagegen und ließ das von ihrem prominenten Gewerkschaftsfunktionär Friedrich Hillegeist so be-

gründen: „Die Betriebsräte sind nicht nur Vertreter der unmittelbaren Tagesinteressen der Belegschaft gegenüber dem eigenen Betriebsinhaber; ihr Wirkungskreis geht weit über diesen Rahmen hinaus. [...] Die Wähler in den Betrieben haben ein Recht darauf, auch in politischer Hinsicht zu wissen, wem sie ihre Stimme bei den Betriebsratswahlen geben. Die Methode, die besonders von einer bestimmten politischen Partei geübt wird, die Betriebsratswahlen unter so genannten ‚Einheitsparolen‘ durchzuführen und dann Wahlergebnisse als einen politischen Erfolg ihrer Richtung auszuwerten, [...] hat die ‚Einheitslisten‘ in den Betrieben in argen Misskredit gebracht.“¹⁷

Im Jahr 1947 wurde das Betriebsrätegesetz neu formuliert.¹⁸ Die vier kommunistischen Abgeordneten im Nationalrat Koplenig, Honner, Fischer und Elser stimmten dagegen mit der Begründung, dass es hinter die 1945 erkämpften Rechte zurückfalle und bei der Mitbestimmung zu wenig weit gehe. Viktor Elser sagte dazu in der Parlamentsdebatte: „Die vorliegende Gesetzesvorlage gibt den Betriebsräten im Allgemeinen nur das Recht, an der Betriebsführung beratend teilzunehmen. Eine solche Bestimmung war schließlich schon im Betriebsrätegesetz aus dem Jahr 1919 vorgesehen. Nur in jenen Betrieben, welche mehr als 500 Arbeiter aufweisen, kann nach der Bestimmung der Gesetzesvorlage von einer Mitwirkung der Betriebsräte gesprochen werden. Man darf aber nicht übersehen, dass durch diese Begrenzung neun Zehntel aller österreichischen gewerblichen und industriellen Betriebe außerhalb dieser Bestimmung fallen. Praktisch also gibt es für die Betriebsräte im kommenden Betriebsrätegesetz keine Mitbestimmung an der Verwaltung und Führung der Betriebe. In meinem Antrag habe ich die volle Mitbestimmung der Betriebsräte an der Betriebsführung verlangt. Bedauerlicherweise wurde er von den Sozialisten und den Vertretern der Volkspartei abgelehnt.“¹⁹

In der Folge wurde das Betriebsrätegesetz von 1947 mehrmals novelliert und ging schließlich in das Arbeitsverfassungsgesetz von 1973 ein, das seither ebenfalls zahlreiche Novellen erlebte.

Betriebsratswahlergebnisse – Probleme

Die Ebene der Betriebsräte als wirklicher Basisorganisation war in der Zweiten Republik für die KPÖ das Hauptkampffeld der drei Arbeiterinteressenvertretungen, und hier hat man auch die

Ergebnis der Betriebsratswahlen 1947/48 (in Prozenten)

Land	SPÖ-Liste	Einheitsliste (KP)	ÖVP-Liste	Namenslisten
Wien	58,3	9,4	2,2	30,2
Niederösterreich	62,0	14,8	2,7	20,5
Oberösterreich	65,6	6,3	2,6	25,4
Steiermark	66,5	10,0	3,0	20,4
Kärnten	63,7	5,6	2,4	28,2
Salzburg	53,9	7,7	0,7	37,6
Tirol	51,9	4,7	7,3	36,0
Vorarlberg	49,4	7,2	18,1	25,3
Österreich	60,6	9,5	2,9	27,0

Das Burgenland, wo die Wahl nur in 70 Betrieben stattfand und lediglich 252 Stimmen abgegeben wurden, ist hier ausgenommen. Die Abweichungen bei den Gesamtprozentziffern resultieren aus der unterschiedlichen Zahl der Betriebe sowie der unterschiedlichen Größe der Belegschaften in den einzelnen Bundesländern.

größten Erfolge erzielt. Sie ziffernmäßig exakt zu umreißen, ist allerdings sehr schwer bis unmöglich. Warum? Erstens gab es sehr oft, anfangs alle zwei, später alle drei Jahre Wahlgänge, oft zu verschiedenen Terminen in einzelnen Bundesländern. Zweitens trugen die Listen, auf denen Betriebsräte kandidierten, die verschiedensten Bezeichnungen, aus denen nicht immer die politische Richtung hervorgeht. Drittens war der Anteil von Namenslisten von Personen mit unbekannter Parteizugehörigkeit stets sehr hoch, im Schnitt 25 bis 30 Prozent, und selbstverständlich konnte keine Partei den Prozentsatz der Betriebsräte, deren Parteirichtung ungeklärt war, für sich beanspruchen. Auf den Namenslisten kandidierten zudem auch tatsächlich viele Parteilose. Viertens langten aus Mittel- und Kleinbetrieben vielfach keine Berichte von den Wahlergebnissen bei den Arbeiterkammern bzw. Gewerkschaften ein, ja es fanden dort manchmal überhaupt keine Wahlen statt, weil eine gesetzliche *Pflicht* zur Wahl von Betriebsräten nicht bestand (und nach wie vor nicht besteht).²⁰ Und fünftens orientierte sich die KPÖ bei den Betriebsratswahlen auf die Bildung von Einheitslisten, was Berechnungen bei der parteimäßigen Aufgliederung zusätzlich kompliziert.

Es gibt daher für die Betriebsratswahlen der Zweiten Republik, bei denen zu den besten Zeiten an die 35.000 Personen gewählt wurden, bis heute keine genaue und zuverlässige Gesamtstatistik, sondern nur bruchstückhafte Einzelergebnisse nach Berufsbranchen, regionalen Industriebezirken und einzelnen Großbetrieben. Die Wahlergebnisse scheinen in den verstreutesten Quellen auf, oft dort, wo man sie gar nicht vermutet, und es war für den Verfasser eine recht langwierige Aufgabe, sie in Zeitschriften und anderen

Publikationen zu eruieren. Die folgenden Angaben sind daher sowohl Überblicksziffern aufgrund eigener Berechnungen als auch einzelne Fallbeispiele.

Betriebsratswahlergebnisse – Zahlen

Für die ersten Betriebsratswahlen, die aufgrund des Gesetzes von 1947 durchgeführt wurden, liegt eine Statistik vor – übrigens die nach wie vor einzige, in der die Ergebnisse aus ganz Österreich aufscheinen.²¹ Sie ist aus der beigegeführten Tabelle „Ergebnis der Betriebsratswahlen 1947/48“ ersichtlich und zeigt für die „Einheitsliste“ der KPÖ einen Gesamtprozentsatz von 9,5.

Dabei sollte es aber in einer Zeit, in der die Klassenkämpfe in Österreich mit dem Höhepunkt des Massenstreiks 1950 eine große Schärfe annahmen, nicht bleiben. Die Stimmabgaben für die „Einheitslisten“ vermehrten sich von Mal zu Mal und erreichten *nach* den Ereignissen des September/Oktober 1950, als man die KPÖ wegen ihres „gescheiterten Putschversuchs“ am Boden zerstört glaubte, Rekordwerte.

Nimmt man den Zeitabschnitt bis 1953/54 her, dann erweist sich, dass die KPÖ in der gesamten Arbeiterklasse, ausgedrückt in den Ergebnissen der Arbeiterkammerwahlen, mit zehn Prozent *doppelt* so stark vertreten war wie bei den Nationalratswahlen, und in den Kernschichten der Arbeiterklasse, in den industriellen Großbetrieben, mit 30 Prozent (und manchmal sogar darüber) *sechs Mal* so stark.²² Die KPÖ konnte sich deshalb zum damaligen Zeitpunkt mit vollem Recht als eine Partei der arbeitenden Menschen bezeichnen.

Der Anteil kommunistischer Betriebsräte war österreichweit am höchsten in der chemischen Industrie mit 15,4 Prozent so-

wie bei den Metallarbeitern mit 11,2 Prozent, geschuldet natürlich auch der Existenz der USIA- und SMV-Betriebe. In den Bundesländern war man in Niederösterreich am stärksten mit über 13 Prozent, wo es als sowjetischer Besatzungszone die meisten USIA-Betriebe gab.²³

Bei den Wahlen im Herbst 1951 wurden in 1.062 Betrieben mit über 20 Beschäftigten 6.705 Betriebsräte gewählt. Davon erhielten die KP-Einheitslisten 2.054 Mandate oder 30,6 Prozent, die SP 3.852 Mandate und 57,5 Prozent, der VdU 2 Prozent, die VP 1,3 Prozent, Namens- und Parteilosenlisten 8,6 Prozent. Von den 1.062 Betrieben wiesen 256 eine kommunistische Betriebsratsmehrheit auf.²⁴ Dazu zählten damals wie bei späteren Wahlen die Metallbetriebe des Triestingtales, die Böhler-Ybbstal-Werke, Voith-St. Pölten, die Brunner Glasfabrik, Austro-Fiat, Glanzstoff St. Pölten, die Raxwerke Wiener Neustadt und andere.²⁵

Im Zistersdorfer/Matzener Erdölgebiet konnte die kommunistische Einheitsliste fast 70 Prozent der Betriebsratsmandate erringen, ein nie vorher und danach erreichtes Rekordergebnis, und Betriebsratsmehrheiten gab es in den Raffinerien Korneuburg, Schwechat, Moosbierbaum und Vösendorf.²⁶ In den Industriebetrieben in Wien-Floridsdorf, einem sowjetischen Stadtbezirk, wählten rund 40 Prozent der Arbeiter und Arbeiterinnen kommunistische Betriebsräte, und zwar sowohl in USIA-Betrieben als auch in verstaatlichten und Privatbetrieben.²⁷

Aber auch in den westlichen Besatzungszonen war die KPÖ in der Industriearbeiterschaft fest und stark verankert. In der Steiermark erreichten beim Wahlgang 1947/48 kommunistische Einheitslisten in Gewerbe und Industrie 21,9 Prozent der Stimmen,²⁸ in den industriellen Großbetrieben zwischen 30 und 35 Prozent, während hier auf die SPÖ 40 bis 45 Prozent entfielen. Kommunistische Betriebsratsmehrheiten gab es sogar in einigen Werksabteilungen der Alpine-Montan, im Bergbau Fohnsdorf und in Salzburg zum Beispiel in der Papierfabrik Hallein.²⁹ Die starke kommunistische Präsenz in der Industriearbeiterschaft ist also in ganz Österreich und unabhängig von der jeweiligen Besatzungsmacht festzustellen.

Sehr beachtlich waren auch die Erfolge bei den Personalvertretungswahlen. Die Eisenbahner wählten 1952 zu 16,4 Prozent, 1955 zu 12,3 Prozent und 1961 zu 14,5 Prozent kommunistisch,³⁰ wobei die Resultate bei der Bundesbahndirektion Salzburg im Jahr 1949 mit 16,6 Prozent

und bei der Bundesbahndirektion Innsbruck im Jahr 1952 mit 13,3 Prozent, in tief schwarzen Bundesländern also, besonders ins Auge fallen.³¹ Die hohen Anteile hat man hauptsächlich in den Bundesbahnwerkstätten erzielt.

In der SPÖ-dominierten Stadt Wien kam die KPÖ bei den Personalvertretungswahlen der Gemeindebediensteten 1954 auf 11,4 Prozent, bei den Straßenbahnern auf fast 20 Prozent und im Gaswerk auf 17,5 Prozent. Ein sehr gutes Ergebnis wurde selbst noch 1958 erreicht mit 8,8 Prozent, davon 14 Prozent bei den Straßenbahnern.³²

Resümee und Ausblick

Um ein für alle Zeit abgesichertes Erbgut handelte es sich bei den Betriebsrats- und Personalvertretungswahlen aber nicht, und ab 1956/57 begannen auch hier die Stimmenverluste. Dies nicht deshalb, weil die Betriebsratspolitik der KPÖ so falsch war, sondern aus objektiven Gründen, die zum Rückgang ihres Einflusses auf allen gesellschaftlichen Ebenen führte. Beim Betriebsrat, den jeder von der Belegschaft kennt und der sich tagtäglich aufs Neue bewähren muss, spielt außerdem die Persönlichkeit und das Ansehen eine gewaltige Rolle. Trat ein solcher erprobter kommunistischer Betriebsrat einmal in den Ruhestand, war es sehr schwer, ihn gleichwertig zu ersetzen und in aller Regel so, dass das Betriebsratsmandat bei der nächsten Wahl verloren ging und später nicht wieder errungen werden konnte.

Unsere Ausführungen haben aber gezeigt, dass die kommunistische Politik in den Arbeiterinteressensvertretungen der Kammern und Betriebsräte ein sehr wichtiger und lange Zeit sehr erfolgreicher Bestandteil der KPÖ-Gesamtpolitik war. Es ist heute wie künftig unter den Verhältnissen des Generalangriffs der Kapitalmächtigen auf die sozialen Rechte der Lohnabhängigen unabdingbar, dass linke, klassenorientierte und kämpferisch eingestellte Kräfte unter der Masse der arbeitenden Menschen, und hier vor allem im Produktionsbereich, als gewählte Vertreter wieder Fuß fassen.

Anmerkungen:

1/ Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich (StGBI.), Jg. 1920, Nr. 100.

2/ Zitiert nach: Fritz Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme, 1. Bd., Wien o.J. (1951), S. 565f. Hervorhebungen H.H.

3/ Rudolf Streiter, Österreichs kommunistische Gewerkschafter in der 2. Republik, Wien 1989, S. 40.

4/ Karl Mantler, Zehn Jahre österreichische Arbeiterkammern, in: *Arbeit und Wirtschaft*, Wien, 9. Jg., Nr. 12, 1.12.1955, S. 429.

5/ Die Arbeiterkammerwahlen, in: *Arbeit und Wirtschaft*, 3. Jg., Nr. 5, 1.12.1949, S. 19.

6/ Ebenda, S. 20f.; Fritz Klenner, a.a.O., 1. Bd., S. 567.; Charles A. Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler, 4. Band, Wien o.J., S. 180.

7/ Franz Seidel, Zwei Jahre Arbeiterkammer, in: *die arbeit. Zeitschrift für Sozialpolitik, Wirtschaft und Betrieb*, Wien, 1. Jg., Heft 5/6, Juli/August 1947, S. 7.

8/ Oscar Deubler, Kritische Bemerkungen zur Kammerwahlordnung, in: *Gewerkschaftliche Rundschau*, Wien, 4. Jg., Nr. 26, Februar 1949, S. 7.

9/ Franz Sommer, AK-Wahl 1989 – Die „Wahl der Nichtwähler“, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989, Wien 1990, S. 108ff. (Aufgelistet sind darin der Ergebnisse in den neun Bundesländern von 1949 bis 1989); Tätigkeitsbericht der Bundesarbeitskammer 1994, Wien 1994, S. III.3 und III.4; Tätigkeitsbericht der Bundesarbeitskammer 2009, Wien 2009, S. 24ff.

10/ Rudolf Streiter, a.a.O., S. 40.

11/ Bernhard Schwarz, Eduard Rabofsky als Arbeitsrechtler in der Arbeiterkammer Wien, in: Johann J. Hagen/Wolfgang Maßl/Alfred J. Noll/Gerhard Oberkofler (Hg.), *querela iuris. Gedächtnisschrift für Eduard Rabofsky (1911.1994)*, Wien–New York 1996, S. 285ff., Gerhard Oberkofler, Eduard Rabofsky. Jurist der Arbeiterklasse. Eine politische Biographie, Innsbruck–Wien 1997, S. 91ff.; Peter Goller, Geschichte der Arbeitsrechtswissenschaft in Österreich. Studien über Isidor Ingwer (1866–1942) und Eduard Rabofsky (1911–1994), Wien 2004 (=Alfred Klahr Gesellschaft. Quellen & Studien, Sonderband 5); Anja Oberkofler (Hg.), *Krise des Arbeitsrechts. Symposium zur Erinnerung an Eduard Rabofsky*, Wien 2005 (=Alfred Klahr Gesellschaft. Quellen & Studien, Sonderband 6).

12/ Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich (StGBI.), Jg. 1919, Nr. 283.

13/ Zit. nach Fritz Klenner, a.a.O., 1. Bd., S. 562.

14/ Hans Hautmann, Ferdinand Hanusch – der Staatssekretär (30. Oktober 1918 bis 22. Oktober 1920), in: Ferdinand Hanusch (1866–1923). Ein Leben für den sozialen Aufstieg, hg. von Otto Staininger im Auftrag der österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik = Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 3, Wien 1973, S. 89f.

15/ Hans Hautmann, Das Betriebsrätegesetz vom 15. Mai 1919 und seine Bedeutung, in: *Alfred Klahr Gesellschaft. Mitteilungen*, 16. Jg., Nr. 1, März 2009, S. 4.

16/ Gottlieb Fiala, Betriebsrätewahlen und die Einheit der Gewerkschaften, in: *die arbeit*, 1. Jg., Heft 7, September 1947, S. 9.

17/ Friedrich Hillegeist, Durchführung des Betriebsrätegesetzes, in: *Arbeit und Wirtschaft*, 1. Jg., Nr. 1, 1.8.1947, S. 7.

18/ Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich (BGBl.), Jg. 1947, Nr. 97.

19/ Viktor Elser, Das Betriebsrätegesetz und die Kommunisten, Wien 1947, S. 14.

20/ Beispielsweise haben in den Jahren 1947 bis 1951 von den insgesamt 15.000 Wiener Klein- und Mittelbetrieben mit mehr als fünf Beschäftigten im Schnitt nur 7.000 über das Ergebnis der Betriebsratswahlen berichtet. Siehe: Fritz Klenner, a.a.O., 2. Bd., Wien 1953, S. 1719.

21/ Karl Flöttl, Betriebsratswahlergebnisse und Betriebsratsaufgaben, in: *Arbeit und Wirtschaft*, 2. Jg., Nr. 6, 1.1.1948, S. 2f.; Das Resultat der Betriebsratswahlen, in: *ebd.*, 2. Jg., Nr. 10, 1.5.1948, S. 5f.

22/ Josef Ehmer/Rupert Herzog, Von der Befreiung zum Staatsvertrag, in: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, Wien 1989², S. 397.

23/ Fritz Klenner, a.a.O., 2. Bd., Wien 1953, S. 1718.

24/ Leopold Hornik, Einige Schlussfolgerungen aus den Betriebsratswahlen, in: *die arbeit*, 6. Jg., Heft 1, Jänner 1952, S. 7.

25/ Ernst Sulzbacher, Die Betriebsratswahlen in Niederösterreich, in: *die arbeit*, 7. Jg., Heft 12, Dezember 1953, S. 2f.; Egon Kodicek, Die bisherigen Ergebnisse der Betriebsratswahlen, in: *ebd.*, 9. Jg., Heft 12, Dezember 1955, S. 9.

26/ Josef Ehmer/Rupert Herzog, a.a.O., S. 378; Ernst Sulzbacher, a.a.O., S. 3.

27/ Leopold Hornik, a.a.O., S. 8.

28/ Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1945–1947, Wien 1948, S. 2/33.

29/ Josef Ehmer/Rupert Herzog, a.a.O., S. 377.

30/ Tätigkeitsbericht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1952, Wien 1953, S. 511.; *ebd.*, Jg. 1955, Wien 1956, S. 583; *ebd.*, Jg. 1961, Wien 1962, S. III/91.

31/ *Ebd.*, Jg. 1949, Wien 1950, S. 400.; *ebd.*, Jg. 1952, Wien 1953, S. 438.

32/ *Ebd.*, Jg. 1954, Wien 1955, S. 553; *ebd.*, Jg. 1958, Wien 1959, S. III/31.

Klassenkampf und Interessenpolitik

Dokumentation des Symposiums der *Alfred Klahr Gesellschaft*, des *Bildungsvereins der KPÖ Steiermark* und des *GLB Steiermark*

12. und 16. November 2011, Graz/Wien

Referate von Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann**, Mag. **Karin Antlanger**, **Hilde Tragler** und **Anne Rieger** im Volltext

[www.klahrgesellschaft.at/
Veranstaltungen2.html](http://www.klahrgesellschaft.at/Veranstaltungen2.html)

„Wir übernehmen das sinkende Schiff“

Sepp Filz und die kommunistischen Betriebsräte in der Alpine-Montan in Donawitz 1945–1951

ALEXANDER DINBÖCK

Wer, bis vor kurzem, die Skripten des Fernlehrgangs des ÖGB zur Gewerkschaftskunde¹ durcharbeitete, konnte in den beiliegenden Zeittafeln zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung in den Jahren 1945 bis 1982 für das Jahr 1947 folgenden Eintrag lesen: „30.10.: Sozialisten erobern bei Betriebsratswahlen in Donawitz die Mehrheit (früher: KPÖ).“² Einen erläuternden Hinweis dazu sucht man allerdings vergebens. Schließlich konnten die Autoren nicht damit rechnen, dass der interessierte Leser den politischen Hintergrund dazu intus hatte. Abgesehen von diesem didaktischen Problem ist diese Notiz in zweierlei Hinsicht bemerkenswert:

1.) Hält sie fest, dass mindestens bis zu diesem Zeitpunkt die Mehrheit des Betriebsrates des größten Betriebes Österreich, das Stahlwerk Donawitz, von den Kommunisten gestellt wurde. Das war damals durchaus kein Einzelfall. Anders als bei den allgemeinen Wahlen, erreichte die KPÖ bei den Betriebsratswahlen nach 1945 bis zu 20 Prozent der Stimmen und gewann bis zu den Wahlen 1951/52 laufend dazu.³ In vielen wichtigen Großbetrieben stellten Kommunisten die Mehrheit im Betriebsrat (Bergbau Fohnsdorf, Alpine-Montan Donawitz usw.). In den niederösterreichischen Ölfeldern betrug der kommunistische Anteil bis zu 65 Prozent.⁴ Der kommunistische Einfluss war umso stärker, je größer die Betriebseinheiten waren. Aus allen diesen Daten geht hervor, dass der sozialistische Einfluss in den entscheidenden Sektoren der Produktion auf schwachen Füßen stand und die offizielle Politik des ÖGB dort auf heftigen Widerstand stieß. Dieser hatte sich in der Zeit von 1947 bis 1951 auf den Abschluss von sogenannten „Lohn-Preis-Pakten“ mit den späteren „Sozialpartnern“ festgelegt. Sie regelten das Verhältnis von Löhnen und Preisen. Als Instrument zum Bremsen der Lohnsteigerung sollten sie die Kaufkraft mindern, damit ein umso größerer Teil für die Investitionen der Betriebe zur Verfügung stand. Das Ergebnis waren sinkende Reallöhne, da die Preise keiner Regelung unterlagen und den Löhnen bald „davonliefen“. Viele Arbeiter reagierten empört auf diese Zumutungen, immer wieder kam es zu Hun-

gerdemonstrationen und „Kalorienstreiks“. Die kommunistischen Gewerkschafter unterstützten diesen Widerstand.

2.) Zwar ging diese Position der Kommunisten im Donawitzer Werk bei der Betriebsratswahl 1947 verloren, wurde aber bereits 1949 wiedergewonnen. Der oben zitierte Eintrag in der Zeittafel verschweigt aber genau diese Tatsache. Das lässt die Schlussfolgerung zu, dass diese dominierende Stellung der Kommunisten im Betriebsrat ein schmerzhafter Stachel im Fleisch des ÖGB war, dass ihr (vermeintlicher) Fall einen Eintrag in das Kalendarium der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Nachkriegsösterreich rechtfertigte. Und das über 30 Jahre nach dem eigentlichen Ereignis!

Dieser drohende Kontrollverlust über die Arbeiterschaft in zahlreichen Großbetrieben ließ den ÖGB auf wütende Konfrontation mit der KPÖ gehen. Der beginnende Kalte Krieg machte es leicht, jegliche Opposition, wie z.B. die erwähnten Hungerdemonstrationen, als (versuchte) „Kommunistenputsche“, „von außen gesteuert“ und „im Dienste der Russen“ zu denunzieren. Betriebsratswahlen mit KPÖ- bzw. Einheitslisten wurden in diesem Klima zu „Schlachten“ zwischen „westlicher Freiheit“ und „östlicher Diktatur“ hochstilisiert. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass fast alle Mittel recht waren, um im Werk Donawitz Betriebsratsobmann Sepp Filz und den kommunistischen Betriebsräten nach Kräften das Leben schwerzumachen. Zahllose Verleumdungen, Falschmeldungen, mehrere Gerichtsverfahren und ein (wieder rückgängig gemachter) Gewerkschaftsausschluss sollten diese als Handlanger einer „fremden“ Macht diskreditieren und sie für die Masse der Arbeiter unwählbar erscheinen lassen. Doch anfänglich war diesem Vorhaben nur wenig Erfolg beschieden.

Sepp Filz,⁵ geboren 1906 in Donawitz in einer sozialdemokratischen Familie, erlernte im Hüttenwerk Donawitz den Beruf eines Schlossers. Diese Lehrjahre waren für ihn auch politische Lernjahre. Immer öfters gab es dort Arbeitskämpfe, weil seitens der Werksleitung an den sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegsjahre⁶ „gerüttelt“ wurde. Es war die defensive Haltung der Sozial-

demokratie in diesen Auseinandersetzungen gewesen, welche Filz schließlich veranlasste sich 1922 der KPÖ anzuschließen. Er beteiligte sich am Rande an den Kämpfen des Februar 1934 und wurde dennoch nicht verhaftet. So konnte er weiterhin seiner beruflichen und politischen Arbeit nachgehen. Als Delegierter nahm er 1935 am VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale teil. Seine Inhalte wurden ihm zur strategischen Leitlinie im Kampf für ein freies Österreich und bestimmten die Tätigkeit der Partisanenbewegung im Raum Leoben (1943–1945), der er an führender Stelle angehörte.

Bereits am 8. Mai 1945 gelang es ihm und den Partisanen der *Österreichischen Freiheitsfront* (ÖFF) die Direktionskanzlei der Hütte Donawitz zu besetzen und eine Zerstörung der Werksanlagen durch abziehende Nationalsozialisten zu verhindern. Er installierte auch Direktionsbeiräte, ohne deren Zustimmung im Stahlwerk keine Entscheidungen getroffen werden konnten. Diese Machtposition ging weit über das Betriebsrätegesetz der Ersten Republik hinaus. Doch diese Machtbefugnis war ein Gebot der Stunde, um eine rasche Inbetriebnahme der Produktion zu gewährleisten. Es waren aber auch die Lehren aus der Zwischenkriegszeit, wonach die Betriebsräte die Werksangehörigen nicht nur in Gehalts-, Lohn-, Personal- und Wohnungsfragen unterstützen, sondern darüber hinaus auch mitverantwortlich bei der Führung der Betriebe sein sollten. Am 1. Kongress der Gewerkschaft Metall-Bergbau im März 1947 führte er die damaligen Überlegungen so aus: „*Ich bin der Meinung, unsere Gewerkschaft ist nicht nur eine Institution der Betreuung oder sie habe nur die nächstliegenden Belange der Arbeiter zu erledigen.[...] Sie muss an der Wirtschaftsführung und Neugestaltung des Staatsgebildes größten Anteil nehmen. [...] Wir Gewerkschafter in der Obersteiermark haben bereits einen Schritt in diese Richtung nach vorwärts getan und dabei auch schon schöne Erfolge erzielt.*“⁷ Doch da war dieses Experiment schon wieder zu Ende. Am 23. Juli 1945 hatten erste Panzerspitzen der Briten Leoben erreicht und diese Ansätze einer neuen Ordnung des öffentlichen Lebens beendet. Antifa-

schisten, welche öffentliche Ämter übernommen hatten, wurden ihrer Funktion enthoben. Das *Obersteirische Tagblatt* wurde eingestellt. Sogar Sepp Filz wurde kurzfristig verhaftet. Der Einfluss der Partisanen wurde zurückgedrängt, um „das Monopol der Linken“ zu brechen.⁸

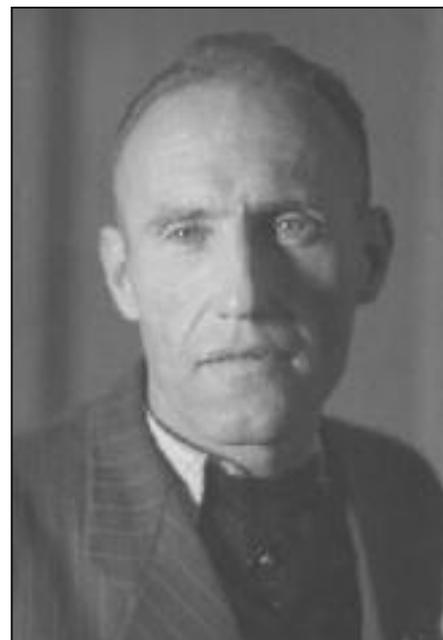
Nach der Sicherung der Produktionsanlagen im Werk stürzten sich Filz und seine Mitstreiter in den Kampf um die Erhaltung des Standorts Donawitz. 1938 war diesem mit der Errichtung des Stahlwerkes in Linz eine innerösterreichische Konkurrenz erwachsen. Da zwei Stahlwerke für das, nun wieder, kleinere Österreich zu viel sein würden, würde die Entscheidung zugunsten jenes Standortes fallen, der das erste Eisen produzieren würde und diesen Wettbewerb wollte Filz gewinnen. Der Standort Donawitz hatte zwar Demontagen durch die sowjetischen Truppen erlitten, allerdings wies es keine Kriegszerstörungen und Bombentreffer auf, wie das in Linz der Fall war. Die Voraussetzungen waren zwar vorhanden, die Probleme des Neubeginns waren trotzdem gewaltig. Durch die Rückkehr der Fremdarbeiter in ihre Herkunftsländer mangelte es vorerst an Arbeitskräften, so dass auch Alte und Versehrte im Rahmen ihrer Möglichkeiten anpacken mussten. Doch bereits im Oktober 1945 drohte wegen finanzieller Schwierigkeiten eine Entlassung von 1.000 Arbeitern. Filz reiste mit einer Delegation nach Wien und sprach beim neugegründeten ÖGB, in der Generaldirektion der Alpine-Montan Gesellschaft sowie bei Bundeskanzler Renner vor und erwirkte eine Kreditzusage der Bundesregierung. Der beabsichtigte Personalabbau konnte verhindert werden. Als ein Lieferengpass an Koks das geplante Vorhaben bedrohte, war es Filz, der über Kontakte zur tschechischen Kommunistischen Partei Kokslieferungen aus der Tschechoslowakei sicherstellte. Schließlich gelang es, dass am 10. August 1946 in Donawitz das erste Eisen produziert wurde. Doch damit war die Ungewissheit noch nicht vorbei. Schließlich musste die Produktion auch am Laufen gehalten werden. Damit im Werk der zweite Hochofen in Betrieb genommen werden konnte, veranlasste Filz durch seine Kontakte zu den sowjetischen Behörden die Lieferung von 3.500 Tonnen Schrott.

Um die mangelhafte Ernährung zu verbessern, entschloss sich der Betriebsrat zusätzlich Lebensmittel von den Bauern der Gegend gegen, von ihnen benötigte, Eisenwaren einzutauschen. Wenig später konnte ein größeres Kompensationsge-

schäft („Brot für Eisen“) mit den sowjetischen Wirtschaftsbetrieben (USIA) erfolgreich durchgeführt werden. Dies rief umgehend den Präsidenten der steirischen Arbeiterkammer, Otto Möbes, auf den Plan. Er erregte sich über diese Tauschgeschäfte, indem er meinte, dass diese „den unweigerlichen Ruin unserer gesamten Volkswirtschaft zur Folge“ hätten. Zudem würden immer größere Teile der Exporterlöse verloren gehen und außerdem würde diese Art der Geschäfte nur „von politischen Propagandisten zur Nutzung ihrer eigenen Idee“ missbraucht werden.⁹

Am 18. Juli 1947 titelte die Tageszeitung der SPÖ Steiermark *Neue Zeit* „KP-Funktionäre misshandeln Arbeiter. Skandalöses Verhalten des Betriebsratsobmannes von Donawitz – Terror ohne Beispiel!“¹⁰ Darin wurde Sepp Filz beschuldigt, den Arbeiter Jakob Schäffer mit „Nazischwein“ angebrüllt zu haben, als er ihn wegen einer Angelegenheit zur Rede stellen wollte. Als Schäffer antworten wollte, habe Filz ihm einen Faustschlag versetzt und ihn aus der Betriebsratskanzlei geworfen. Mit diesem Vorfall war ein Wahlkampfthema im sonst inhaltsleeren Betriebsratswahlkampf gefunden. Was war wirklich geschehen? Jakob Schäffer war seit 1945 SPÖ-Mitglied und davor Pfrimer- und Juli-Putschist.¹¹ Bei der Aussprache mit Filz soll er diesem gedroht haben, indem er sagte: „Einmal bist du mir entgangen, ein zweites Mal wird dir das nicht gelingen, du Kommunistenschwein. Es kommt wieder unsere Zeit.“ Darauf dürfte Filz ihn tatsächlich aus dem Zimmer geworfen haben. Er wurde schließlich angeklagt (und auch freigesprochen), doch fand die Verhandlung nicht mehr vor der Wahl statt. Leider hatte dieses Vorkommnis entscheidende Auswirkungen auf die Betriebsratswahl 1947.¹² Die SPÖ-Liste erreichte 11 Mandate (KPÖ: 10, ÖVP: 1) und stellte bis 1949 den Betriebsratsobmann.

Während des Oktoberstreiks 1950 wurden Filz und die kommunistischen Betriebsräte verhaftet und ins Grazer Landesgericht überstellt. Man verdächtigte sie, dass sie die Hochofen in Donawitz hätten stilllegen wollten. Nach zwei Wochen wurden die Betriebsräte schließlich enthaftet, da die Voruntersuchung zu keinen Beweisen geführt hatte. Sie wurden allerdings erst nach einer Entscheidung des Einigungsamtes Leoben vom 18. Dezember 1950 wieder eingestellt. Doch Filz war noch nicht lange in Freiheit, da wurde er im Februar 1951 zu sechs Monaten schwerem Kerker verurteilt. Der



Sepp Filz (1906–1994)

Grund lag schon weiter zurück: Filz hatte am 20. April 1950 eine Veranstaltung des VdU, die ununtersagt unter dem Schutz der Exekutive stattfinden konnte, gestört. Diese Verurteilung wurde von seinem Arbeitgeber genutzt, um ihn erneut fristlos zu entlassen. Nach Ende der Haft und als Betriebsrat, der auch am Oktoberstreik 1950 beteiligt gewesen war, fand er in der Steiermark keine Arbeit mehr und zog 1952 nach St. Pölten, wo er bei Voith zu arbeiten begann.

Anmerkungen:

1/ Gewerkschaftskunde Gk3: Vom 1. bis zum 9. ÖGB-Bundeskongress. Die wichtigsten Beschlüsse der Bundeskongresse des ÖGB 1948–1979 mit Zeittafeln 1945–1982. März 1985.

2/ Ebd., ZT II/2

3/ Prader Hans: Probleme kooperativer Gewerkschaftspolitik. Am Beispiel der Politik des ÖGB im Wiederaufbau 1945–1951. Dissertation Universität Salzburg 1975. S. 321

4/ Ebd.

5/ Alle biographischen Angaben zu Sepp Filz: Halbrainer, Heimo: Sepp Filz und seine Zeit. Ein Donawitzer Arbeiter auf der Walz, im Widerstand und beim Wiederaufbau. Diplomarbeit Universität Graz 1993.

6/ Gemeint sind die Reformen von Sozialminister Ferdinand Hanusch (SDAP), welche in der Zeit von 1918 bis 1920 umgesetzt wurden.

7/ Zit. nach Halbrainer, S. 178.

8/ Zit. nach ebd., S. 197.

9/ Zit. nach ebd., S. 194f.

10/ Zit. nach ebd., S. 209f.

11/ Gemeint sind der Putsch des steirischen Heimatschutzes unter Walter Pfrimer am 12./13. September 1931 und der Putsch der Nationalsozialisten am 25. Juli 1934.

12/ Zit. nach Halbrainer, S. 212.

Widerstandskämpfer – Forscher – Volksbildner

Eine Würdigung zum 100. Geburtstag von Peter Kammerstätter

FLORIAN SCHWANNINGER

Peter Kammerstätter wurde am 10. Dezember 1911 in Triest geboren. Sein Vater, ein Eisenbahner, war aufgrund sozialdemokratischer Aktivitäten strafweise aus Oberösterreich dorthin versetzt worden. Nach der Übernahme Triests durch Italien übersiedelte die Familie im Jahr 1919 nach Linz, wo Kammerstätter im sozialdemokratisch geprägten Franckviertel aufwuchs. Nach dem Schulbesuch nahm er eine Lehre als Elektroschlosser auf und engagierte sich früh in der Gewerkschaft, der *Sozialistischen Arbeiterjugend* (SAJ), bei den *Naturfreunden* und im Bestattungsverein *Die Flamme*. Er war weiters ein begeisterter Sportler, Bergsteiger und Schiläufer, der aber auch großen Wert auf die Aneignung von Literatur und politischen Schriften legte.

Als Leiter einer SAJ-Gruppe organisierte Kammerstätter Wanderungen, Theatervorstellungen, Konzerte und Liederabende, aber auch politische und allgemeine Bildungsveranstaltungen, wie z.B. Abende über sexuelle Aufklärung. Kammerstätter galt damals vielen als der „narrische Sportler, der nix trinkt und nix raucht“ und war deswegen bei den Eltern seiner Gruppenmitglieder als Vertrauensperson anerkannt.

In der Zeit der wachsenden Auseinandersetzung mit dem Faschismus und des Zurückweichens der Sozialdemokratie baute Kammerstätter Kontakte zur kommunistischen Bewegung auf. Im Juni 1933 trat er schließlich von der SDAP zur illegalen KPÖ über. Nach dem Februar 1934 betätigte sich Kammerstätter in der *Roten Hilfe* und wurde Mitglied der oberösterreichischen Landesleitung der KPÖ. Ende 1934 verhaftete man ihn erstmals, 1935 wurde er zu sechs Monaten schwerem Kerker verurteilt. Danach war er wieder als Elektroschlosser tätig und blieb auch Mitglied der Landesleitung.

Den Nationalsozialisten war Kammerstätter als Kommunist bekannt. Er sei „fanatisch“ und bedürfe „steter Beobachtung“, denn „mit dessen besonderer Aktivität [sei] im Ernstfall zu rechnen“. So heißt es im „Verzeichnis oberösterreichischer Kommunisten“, erstellt von der Gestapo Linz am 16. August 1938. Am Tag des deutschen Überfalls auf Polen, dem 1. September 1939, wurde Kammerstätter schließlich verhaftet und ins KZ Bu-

chenwald gebracht. Im KZ wurde er auf Betreiben der illegalen Häftlingsorganisation dem Arbeitskommando für Elektriker zugeteilt. Er nutzte diese Funktion für den Lagerwiderstand und schmuggelte Nachrichten sowie verschiedene benötigte Gegenstände im doppelten Boden seiner



Peter Kammerstätter (1911–1993)

Werkzeugkiste. Der ebenfalls in Buchenwald inhaftierte Linzer Kommunist Hans Kerschbaumer – nach der Befreiung Präsident des KZ-Verbands OÖ – betraute Kammerstätter mit der Führung von politischen Gesprächen mit dem ehemaligen (und zukünftigen) ö. Landeshauptmann Heinrich Gleißner sowie dem ehemaligen Privatsekretär des Linzer Bischofs Gföllner, Franz Ohnmacht.

Nach der überraschenden Entlassung am 10. Jänner 1940 – sein Betrieb hatte ihn als Facharbeiter für „kriegsnotwendig unabhömmlich“ erklärt – stand Kammerstätter unter Beobachtung. Aus diesem Grund wurde er auch nicht mehr in die neue illegale Landesleitung der KPÖ aufgenommen, die sich 1940 bildete. Seine Haupttätigkeit im Widerstand war nun die Betreuung von ausländischen ZwangsarbeiterInnen bei seiner Firma Sprecher & Schuh in Linz.

Nach der Befreiung war Kammerstätter für den Aufbau der Betriebsarbeit der KPÖ in Oberösterreich zuständig. Im Februar 1946 verließ er seine Firma, um als Parteiangestellter der KPÖ zu arbeiten. Ab April 1948 fungierte er als Landessekretär der Partei – sein Fleiß und seine Arbeitsdisziplin waren legendär und bei vielen FunktionärInnen auch gefürchtet.

1948 wurde er zum Kandidaten, 1951 zum Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ gewählt, dem er bis zum 19. Parteitag im Jahr 1965 angehörte.

Anfang der 1960er Jahre verschlechterte sich die Position Kammerstätters in der KPÖ. Oberösterreichische FunktionärInnen fühlten sich zum Teil durch seine Arbeitsweise und die von ihm formulierten Anforderungen überfordert, außerdem stieß seine politische Linie in der auf eine Neuorientierung drängenden Wiener Parteiführung vermehrt auf Kritik und Ablehnung. Bei der Parteibasis war jedoch Kammerstätter zum überwiegenden Teil sehr beliebt, Kritik an ihm wurde vor allem im Parteiapparat laut.

Ohne Ankündigung, aber nach Erledigung aller noch offenen Arbeiten schied Kammerstätter mit 31. Dezember 1963 aus allen Parteifunktionen aus und kündigte sein Dienstverhältnis. Nach fast einem Jahr der Arbeitslosigkeit erlangte er Ende 1964 eine Anstellung als Bauschreiber bei der Donauländischen Baugesellschaft. Diese Tätigkeit war für ihn verdienstmäßig ein Abstieg, auch hatte die Arbeit nichts mit seinem erlernten Beruf zu tun. Im Laufe der Jahre stieg er zum Rechnungsprüfer und Hauptkassier auf, bis er schließlich 1972 in Pension gehen konnte.

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre begann jedoch Kammerstätters zweite „berufliche“ Karriere, nämlich als der Historiker der ArbeiterInnenbewegung und des Widerstands in Oberösterreich. Ab 1967 sammelte er Materialien und interviewte im Laufe der Jahre hunderte Personen – eine damals noch höchst ungewöhnliche Forschungsmethode. Im Fokus von Kammerstätters Forschungen standen dabei auch jene Bereiche der regionalen Geschichte, über die zu dieser Zeit noch beharrlich geschwiegen wurde – nämlich die Verbrechen der NS-Zeit sowie der Widerstand dagegen.

Noch zu Zeiten seiner Berufstätigkeit stellte Kammerstätter im Jahr 1971 seine erste Sammlung fertig. Sie beschäftigte sich mit dem „Todesmarsch der ungarischen Juden im April 1945“ und war zweifelsohne eine Pionierleistung auf diesem Gebiet. In den folgenden Jahren stand dann vor allem die Widerstandstätigkeit im Salzkammergut im Fokus von Kammerstätters Forschungen. Seine diesbezügliche Materialsammlung er-

schien schließlich 1978. Ein Jahr später stellte er eine Materialsammlung über den Ausbruch sowjetischer Offiziere und die anschließende „Mühlviertler Hasenjagd“ fertig. Parallel zu diesen Forschungen hatte Kammerstätter auch stetig an einer umfangreichen Sammlung zum Februar 1934 in Oberösterreich gearbeitet, die zum 50. Jahrestag im Jahr 1984 erschien und über 2.000 Seiten umfasst.

Kammerstätter verfasste im Laufe der Jahre auch verschiedene kleinere Arbeiten und biografische Darstellungen von Personen der ArbeiterInnenbewegung und WiderstandskämpferInnen – auch von Frauen, die in der Forschung zur ArbeiterInnenbewegung und zum Widerstand bis dato nur eine geringe Rolle gespielt hatten. Nicht fertiggestellt werden konnten umfangreiche Materialsammlungen zum Bettlerwesen in den 1930er Jahren sowie zur Geschichte der KP Oberösterreichs.

Kammerstätter war nicht zuletzt auch auf dem Gebiet der Interessensvertretung der Opfer des Faschismus tätig. Seit seiner Gründung wirkte er als Aktivist des KZ-Verbands OÖ, knapp vor seinem Tod wurde er auch ins Bundespräsidium des KZ-Verbands gewählt.

Kammerstätters Nachlass, der sich zum größten Teil im Archiv der Stadt Linz befindet und dort zugänglich ist, beinhaltet tausende von zusammengetragenen Dokumenten, hunderte Interviews auf Tonbändern (mittlerweile auf CD zugänglich) und zahlreiche Fotos. Von diesem riesigen Fundus an Materialien und Quellen zehrt die Forschung zur ArbeiterInnenbewegung, zur Ersten Republik und zu Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich noch heute. Zahlreiche akademische Arbeiten und auch aktuelle Ausstellungsprojekte, wie z.B. die 2008 im Rahmen der Landesausstellung gezeigte Ausstellung „unSichtbar“, verdanken Kammerstätters Tätigkeit einen bedeutenden Teil ihrer Quellenbasis. Zeit seines Lebens hatte er Studierenden, Schul- und Hochschullehrenden bei deren Fachbereichs-, Seminar-, Diplom- und Doktorarbeiten mit seinem immensen zeitgeschichtlichen Wissen geholfen. Auch regte Kammerstätter Projekte zur Vermittlung der historischen Ereignisse, wie das Zeitgeschichte-Museum in Ebensee, an bzw. half bei deren Umsetzung. Beachtet man dieses enorme Pensum an Sammler-, Forscher-, Förderer- und Vermittlertätigkeit, so dürfte es kein Zufall sein, dass Kammerstätter zu Lebzeiten keine einzige Monographie veröffentlichte. Erst im Jahr 2006 sollte der KZ-Verband OÖ mit „Dem Galgen, dem Fallbeil,

der Kugel entkommen“ die erste Sammlung Kammerstätters publizieren.

Über seine Tätigkeit als Forscher hinaus war Kammerstätter auch als Pädagoge und Vermittler tätig. Er referierte an Volkshochschulen, Universitäten, in Schulen und vor unzähligen Jugendgruppen zu den von ihm bearbeiteten Themen. Peter Kammerstätter organisierte Wanderungen zu den Stätten von Widerstand und Verfolgung und führte jährlich zwischen 40 bis 60 Gruppen über das Gelände des ehemaligen KZ Mauthausen.

Obwohl der Autodidakt Kammerstätter keinen akademischen Abschluss besaß, stießen seine Arbeiten und auch Methoden in universitären Kreisen auf ein großes Echo. So wurde er vom langjährigen Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte an der Johannes Kepler Universität Linz, Karl R. Stadler, besonders gefördert, auch Harry Slapnicka, ein Pionier der Zeitgeschichtsforschung in Oberösterreich, schätzte und unterstützte Kammerstätter. Eng arbeitete Kammerstätter auch mit der Universität Salzburg zusammen, hier vor allem mit dem damals dort tätigen Gerhard Botz.

Für die unermüdliche Arbeit wurden Kammerstätter schließlich auch wissenschaftliche und öffentliche Ehrungen und Auszeichnungen zuteil. 1975 erhielt er die Johann-Koplenig-Medaille der KPÖ, 1977 das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs vom Faschismus. 1979 wurde Peter Kammerstätter zum wissenschaftlichen Konsulenten der oberösterreichischen Landesregierung ernannt und erhielt im Folgejahr den Berufstitel Professor. 1989 wurde ihm die Wissenschaftsmedaille der Stadt Linz verliehen.

Peter Kammerstätter starb am 3. Oktober 1993 im 82. Lebensjahr und wurde im Linzer Urnenhain beigesetzt. Zur Erinnerung an ihn brachte – noch zu Lebzeiten seiner Gattin und Kampfgefährtin Lisa – die Stadt Linz im Oktober 1996 eine Gedenktafel an seinem Wohnhaus in der Finkstraße 3 an.

Anlässlich seines 100. Geburtstags am 10. Dezember 2011 veröffentlicht der KZ-Verband/VdA OÖ als Band 3 der Reihe „Texte und Materialien zu Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich“ die Broschüre „Peter Kammerstätter. Biographie eines Widerstandskämpfers“ (verfasst von Günther Grabner). Erhältlich zum Preis von € 4,- (zzgl. Porto) beim KZ-Verband/VdA OÖ, Weissenwolffstraße 17a, 4020 Linz. Mail: office@kzverband-ooe.at

Neuerscheinung

Gerhard Oberkofler:

Über Wissenschaft und Gesellschaft in Österreich Gesammelte Studien

Wien: Alfred Klahr Gesellschaft 2011
(Quellen & Studien, Sonderband 14)
342 S., 17,- Euro
ISBN 978-3-9503137-0-3



Seit 1994 erscheinen quartalsmäßig die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*. Einer der prägenden Autoren dieses Periodikums ist der Wissenschaftshistoriker Gerhard Oberkofler, lange Zeit Universitätsprofessor an der Universität Innsbruck und Leiter des dortigen Universitätsarchivs, Vizepräsident der AKG seit ihrer Gründung. Der vorliegende Sammelband vereint sämtliche Beiträge Oberkoflers, die zwischen 1997 und 2011 in den *Mitteilungen* erschienen sind.

Oberkoflers hier versammelte Studien beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit österreichischer Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik, vor allem mit einzelnen Persönlichkeiten der Wissenschaftsgeschichte und damit im Zusammenhang stehenden politischen und gesellschaftlichen Aspekten. Einen besonderen Stellenwert nehmen österreichische Wissenschaftler/innen ein, die mit der Arbeiterbewegung verbunden waren.

Bestellmöglichkeit:
klahr.gesellschaft@aon.at

90 Jahre Kommunistische Partei Chinas

Österreicher an der Seite der chinesischen Kommunisten

Im Juli 1921 fanden sich in einem Shanghaier Wohnhaus 13 Revolutionäre, die 52 Mitglieder kommunistischer Organisationen des Landes vertraten, zur Gründung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) zusammen. Anwesend waren auch zwei Vertreter der Kommunistischen Internationale. Es gibt nicht viele Orte von vergleichbarem historischem Rang. Wer konnte damals schon vorhersehen, welche weltverändernde Wirkung von diesem Ereignis, dem I. Parteitag der KP Chinas ausgehen würde. Heute ist die KPCh mit etwa 80 Millionen Mitgliedern die größte kommunistische Partei der Welt. Die 90 Jahre ihrer Geschichte beinhalten 28 Jahre des Herankommens an die Revolution und 62 Jahre der Errichtung einer neuen Gesellschaft. Die Partei hat in ihrer langen Geschichte Erfahrungen gesammelt, die von grundlegender Bedeutung für ihre eigene Tätigkeit, aber auch für die internationale Arbeiterbewegung und die Theorie des Marxismus-Leninismus sind. Der Weg, den sie bisher zurückgelegt hat, war kein einfacher: Von komplizierten revolutionären Kämpfen in den 1920er und 1930er Jahren über den großen Beitrag der von der Partei geführten Streitkräfte im Kampf gegen die japanischen Invasoren im Zweiten Weltkrieg und den Sieg im Befreiungskrieg gegen die Diktatur Tschiang Kaischecks bis zur Gründung der Volksrepublik und den Erfolgen beim beginnenden Aufbau des Sozialismus zu Beginn der 1950er Jahre. Auf diesem Weg gab es verhängnisvolle Fehler – aber auch deren Korrektur aus eigener Kraft. Diese Fähigkeit der KPCh und das Vertrauen in die eigenen Kräfte bewahrten 1989/90 die Volksrepublik davor, den Gorbatschow'schen Weg der Konterrevolution zu gehen. Stattdessen wird weiterhin der Aufbau des Sozialismus verfolgt. Heute, angesichts der krisenhaften Entwicklung in weiten Teilen der Welt, kann die atemberaubende Entwicklung der VR China Hoffnung geben und Beispiel sein für eine gesellschaftliche Entwicklung jenseits des Kapitalismus.

In diesem Zusammenhang sei auch an jene österreichischen Internationalisten erinnert, die aus ihrer Überzeugung heraus den Kampf der chinesischen Kommunisten gegen Faschismus und Imperialismus unterstützt haben. Der ehemalige Professor für international vergleichende Agrarpolitik an der Universität Hohen-

heim Theodor Bergmann porträtiert in seinem Buch „Internationalisten an den antifaschistischen Fronten“¹ eine Auswahl jener Menschen aus verschiedenen Kontinenten, die sich als Ärzte, Krankenschwestern, Journalisten, Lehrer, Organisatoren usw. dem antifeudalen und antijapanischen Widerstand in China angeschlossen hatten. Realistischerweise



Fritz Jensen (1903–1955)

merkt er darin an, dass diese Aufstellung bei weitem nicht vollständig ist und es noch vieler Forschungsarbeit bedarf, um sie zu komplettieren. Die Darstellung im Buch beinhaltet nicht weniger als die Lebensbilder von drei Österreicherinnen und sieben Österreichern.

In alphabetischer Reihenfolge sind dies: *Walter Freudmann* gelangte im Juli 1939 über England nach China. Dort war er im Sanitätsdienst des Chinesischen Roten Kreuzes tätig. Im Frühjahr 1944 wurde er als Frontarzt nach Burma versetzt. 1946 kehrte er nach Wien zurück, arbeitete als praktischer Arzt und schrieb seine Erlebnisse in Fernost im Buch „Tschil-Lai! Erhebet Euch! Erlebnisse eines Arztes in China und Burma 1939–45“ nieder.

Richard Frey floh 1938 wegen der drohenden Verhaftung aus Österreich und gelangte über Umwegen nach China. Dort schloss er sich dem Widerstand gegen die japanische Armee an. 1944 wurde er in die KPCh aufgenommen. Er arbeitete als Arzt an der Front und bildete Ärzte und Sanitäter aus. Nach der Gründung der Volksrepublik China im Jahr 1949 blieb er in China und nahm die chinesische Staatsbürgerschaft an. Er arbeitete u. a. in der Seuchenbekämpfung in

Südwestchina und ab 1962 als Spezialist und Berater der Chinesischen Medizinischen Akademie für Seuchenbekämpfung. 1983 wurde er wegen seiner Verdienste als Mitglied der *Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes* (PKKCV)² vorgeschlagen und gewählt. Er starb am 16. November 2004 im Alter von 84 Jahren in Beijing. Am 23. Juli 2007 wurde von der stellvertretenden chinesischen Gesundheitsministerin ein Denkmal für ihn am Heldenfriedhof im Bezirk Tangxian enthüllt.

Fritz Jensen war nicht nur als Arzt, sondern auch als Schriftsteller („China siegt!“ und „Erlebtes Vietnam“) tätig. Er starb bei einem Bombenanschlag der Guomindang auf ein Flugzeug, das Journalisten transportierte, die über die chinesische Delegation berichten sollten und auf dem Weg war zur historischen Bandung-Konferenz der Völker und Befreiungsbewegungen Asiens und Afrikas im Jahr 1955. An ihn erinnert ein Obelisk auf dem Friedhof der revolutionären Märtyrer in Beijing.

Heinrich Jettmar wurde 1889 in Wien geboren. Er war gerade dabei, sein Medizinstudium abzuschließen, als der Erste Weltkrieg begann und er als Sanitätsunteroffizier einberufen wurde. Bald geriet er in russische Kriegsgefangenschaft. Er arbeitete als Assistent im Militärspital von Tschita in Sibirien an der Erforschung und Bekämpfung der Pest. 1920/21 wird Jettmar von der Obersten Sanitätsbehörde mit der Leitung der Pestbekämpfungsabteilung betraut.

1932 wurde Jettmar ans Hygienische Institut der Universität Wien berufen und wurde 1937 Professor. 1938 erhielt er einen Ruf des Völkerbundes, der ihn nach China führt. Jettmar kam im Zuge seiner Tätigkeit auch in die Revolutionshauptstadt Yan'an und begegnete Mao Zedong. Er setzte seine Arbeit als Epidemiologe im Auftrag des Völkerbunds bis 1941 fort. Danach war er u. a. für die Bekämpfung der Malaria in Südchina zuständig. Nach der Befreiung Österreichs übernahm er in Graz die Leitung des Hygienischen Instituts der Universität Graz.

Edith und *Heinrich Kent* waren von Oktober 1940 bis September 1945 im Sanitätsdienst des Roten Kreuzes in China tätig.

Jakob Rosenfeld floh 1939 nach Shanghai, schloss sich dort 1941 dem kommunistischen Widerstand an und

wurde zum General des Sanitätswesens in der Neuen Vierten Armee befördert. Im Frühjahr 1944 initiierte er den Bau eines Spitals, welches nach seiner Zerstörung durch japanische Bomber 1946 wieder errichtet wurde. Ihm zu Ehren wurde vor dem Spital eine Statue aufgestellt. An seinem 100. Geburtstag am 11. Jänner 2003 wurde er mit einer großen Ausstellung in Peking gewürdigt.

Theo Arno und *Susanne Wantoch*: Das Ehepaar verließ 1938 Österreich und emigrierte nach China. Beide arbeiteten von November 1938 bis Herbst 1946 im Rahmen des Chinesischen Roten Kreuzes in den Provinzen Kueitschou und Hunan. Theo als Arzt, Susanne als Krankenpflegerin. Ab 1941 unterrichtete Susanne als Sprachlehrerin für Englisch und Deutsch an verschiedenen chinesischen Universitäten.

Ruth Weiss kam bereits 1933 nach ihrem Studium der Germanistik und Anglistik an der Universität Wien nach Shanghai. Dort arbeitete sie zunächst als freie Journalistin und sympathisierte mit dem Kampf der chinesischen Kommunisten. Im Jahre 1944 wurde sie an der Botschaft Kanadas Sekretärin des Botschaftsrats. Von 1951 bis 1965 war sie Lektorin beim *Verlag für fremdsprachige Literatur* in China. 1965 wechselt sie als Journalistin zur Zeitschrift *China im Bild*. Ruth Weiss nahm 1955 die chinesische Staatsbürgerschaft an. 1983 wurde sie für ihre Verdienste als Mitglied der *Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes* gewählt.

Für ihren selbstlosen Einsatz im anti-imperialistischen Befreiungskampf bzw. beim Aufbau der neuen chinesischen Gesellschaft wurde diesen mutigen Männern und Frauen hohe Anerkennung zuteil (oft geschah dies erst nach den Jahren der Kulturrevolution). Die Pflege ihres Andenkens, auch nach ihrem Tode, unterstreicht die Bedeutung ihrer Taten für das neue China.

ALEXANDER DINBÖCK

Anmerkungen:

1/ Bergmann, Theodor: Internationalisten an den antifaschistischen Fronten. Spanien – China – Vietnam. Hamburg: VSA-Verlag 2009.

2/ Die *Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes* (PKKCV) ist das Organ der chinesischen Einheitsfront. Ihr obliegt die Zusammenarbeit zwischen der KPCh und den acht chinesischen demokratischen Parteien. Sie vertritt die einzelnen Regionen und autonomen Gebiete. Ihre Mitglieder werden aufgrund ihrer Verdienste vorgeschlagen und in ihre Funktion gewählt.

Zum 20. Todestag von Ernst Wimmer (1924–1991)

Nach dem im heurigen Jahr begangenen 100. Geburtstag von Walter Hollitscher jährte sich am 27. Oktober auch der Todestag von Ernst Wimmer zum 20. Mal. Mit Hollitscher verbanden eine Generation später geborenen Wimmer nach dessen Rückkehr aus dem englischen Exil 1945 eine jahrzehntelange intellektuelle und persönliche Freundschaft sowie enge politische Weggefährtschaft.

Geboren in ein bürgerliches, katholisch-patriotisches Elternhaus (der Vater nahm eine mittlere Führungsposition in einer Bank ein), erfolgte eine nachhaltige Politisierung Ernst Wimmers bereits früh durch die Erfahrungen des Bürgerkriegsjahres 1934. Nach der deutschen Okkupation Österreichs war Wimmer Teil einer antifaschistischen Widerstandsgruppe an seiner Mittelschule, dem Ignaz-Seipel-Gymnasium in Wien-Meidling, wofür er nach kurzzeitiger Gestapo-Haft strafweise relegiert, von der Matura ausgeschlossen und für ein Hochschulstudium gesperrt wurde. Stattdessen wurde Wimmer zur deutschen Wehrmacht eingezogen und als Funker eingesetzt. In den letzten Monaten des faschistischen Regimes hätte er an der deutschen Ostfront gegen die Rote Armee kämpfen sollen, desertierte aber zuvor gemeinsam mit anderen österreichischen Wehrmachtssoldaten.

Wiewohl ohne einschlägige akademische Ausbildung, jedoch von umfassendem historischen, ökonomischen und philosophischen Wissen und außerordentlich bewandert auf dem Gebiet der Literatur und Kunst, sollte Ernst Wimmer nach 1945 zu einem der führenden Intellektuellen der KPÖ werden, in die er gemeinsam mit seiner Frau 1947 eingetreten war. Beruflich zunächst noch im Presseapparat der Partei tätig, entfaltete er nach der Überwindung der langjährigen Parteikrise eine produktive Tätigkeit als marxistischer Theoretiker und widmete sich mit methodischer Schärfe den Problemen seiner Zeit. Wimmers Analyse der österreichischen Sozialpartnerschaft, seine Bestimmung der in Österreich neu entstehenden „sozialen Bewegungen“ im Anschluss an Antonio Gramsci (noch lange bevor „Zivilgesellschaft“ zum Modewort in universitären Seminaren wurde und Gramsci zum Kronzeugen eines „dritten“ Weges) oder seine parteitheoretischen Überlegungen haben auch heute nichts von ihrer Aktualität und argumentativen Kraft eingebüßt. Das 1982 verabschiedete, nach wie vor mit großem Gewinn zu

lesende Parteiprogramm der KPÖ, „Sozialismus in Österreichs Farben“, baut auf diesen Analysen auf und wäre ohne Wimmer nicht denkbar. Nicht zuletzt ist auf seine große Anziehungskraft auf Menschen und seine Fähigkeiten als politischer Agitator zu verweisen, die ihn nicht nur zu dem wohl gefragtesten Redner auf Seiten des *Kommunistischen Studentenverbandes* in den universitären Auseinandersetzungen der 1970er und 1980er Jahre machte. Auch die über ihren wahlpolitischen Stellenwert hinausgehende Bedeutung der KPÖ auf künstlerischem und



akademischem Gebiet ist ohne den „subjektiven Faktor“ von Wimmers Persönlichkeit nicht zu erklären.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, die politische Biografie Wimmers, gleichermaßen eine historische Autopsie der KPÖ von 1945 bis 1990, auszubereiten. Ernst Wimmer verstand sich immer als Berufsrevolutionär im Sinne des Marxismus-Leninismus – seine politisch-ideologische Positionierung brachte ihn in den 1960er Jahren ebenso in direkte Konfrontation mit Personen wie Ernst Fischer oder Franz Marek (die ihrerseits auch für eine bestimmte politische Ideologie standen), wie er selbst nach 1990 zum Gegenstand der politischen und parteipolitischen Diskussionen wurde. Der Grazer Parteitag der KPÖ im Juni 1991 wählte Wimmer in einer „Ausscheidungswahl“, nach einer erbittert geführten Führungsdebatte, aus dem Zentralkomitee (nunmehr: Bundesvorstand) der Partei; wenige Monate später verstarb er in Wien an Leukämie. Sein umfangreicher Nachlass, darunter Korrespondenzen, unveröffentlichte Manuskripte und eine schier unermessliche Anzahl noch unbekannter Aphorismen, befindet sich im Eigentum seiner Söhne und würde eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung verdienen. Gleiches gilt für eine Gesamtausgabe von Wimmers Werken, deren Verwirklichung eines der großen Desiderate marxistischer Wissenschaft in Österreich darstellt.

MARTIN KRENN

Gottfried Schatz: Feuersucher. Die Jagd nach dem Geheimnis der Lebensenergie. Illustriert von P. Leslie Dutton. Weinheim: Wiley-VCH, Zürich: NZZ 2011, 221 S., 24,90–Euro

Der im burgenländischen Strem (Bezirk Güssing) geborene Gottfried Schatz (*1936) ist ein Biochemiker mit herausragendem Ruf. Als Grazer Gymnasialschüler hat er das Glück gehabt, für ein Jahr an eine Highschool nach den USA als Austauschschüler zu kommen, sein Universitätsstudium hat er in Graz 1954 begonnen und dort am Institut für Physikalische Chemie bei Otto Kratky (1902–1995) und Erwin Schauenstein (1918–1999) vom Oktober 1958 bis Juli 1960 eine Doktorarbeit über die Frage der Reaktion von ungesättigten Lipiden mit luftgesättigtem Wasser unter physiologischen Reaktionsbedingungen fertiggestellt. Ab 1961 war er eine Zeitlang in der Forschungsgruppe von Hans Tuppy (*1924). Tuppy hat nach seiner Promotion in Wien (1948) in Cambridge beim zweimaligen Nobelpreisträger Frederick Sanger (*1918) die modernen biochemischen Forschungsmethoden kennen gelernt und nach seiner Rückkehr (1951) mit diesen die Wiener Biochemie an das Weltniveau herangeführt. Das wäre freilich schon etwas früher passiert, wenn nicht der aus den USA des Joseph McCarthy (1908–1957) geflüchtete Samuel Mitja Rapoport (1912–2004) aufgrund einer Intervention der USA ein zweites Mal aus Wien vertrieben worden wäre und in Berlin/DDR Asyl hätte suchen müssen. Tuppy ist Schatz „noch heute ein Vorbild für wissenschaftliches Talent, Fairness, Dynamik und Offenheit“. In Wien hat Schatz den dort zu Kurzbesuch weilenden, 1938 von den Nazis vertriebenen Wiener „Ostjuden“ Efraim Racker (1913–1991) kennen gelernt, der mit seinen Arbeiten zum Energiestoffwechsel einer der führenden Biochemiker seiner Zeit gewesen ist. Schatz spezialisierte sich für die Aufklärung der Bildung der Verbrennungsorgane unserer Zellen (Mitochondrien). Er erzielte spektakuläre Erfolge, sie führten ihn, der in freundschaftlichem Kontakt mit Racker geblieben ist, über das *Public Health Research Institute* der Stadt New York und, nach einem kurzen Aufenthalt in Wien (1967), über eine Professur an der Cornell University in Ithaca 1974 an das Biozentrum in Basel. Dass er mit Emigranten und Kollegen „jüdischer Abstammung“ in den USA freundschaftlich verkehren konnte, ist dem Österreicher

Schatz wiederholt besonders erwähnenswert. Gespräche über die Politik von Israel, von dessen Terror in den besetzten Gebieten nicht die Rede war, waren ihm „besonders delikat“, er sei bei einer Gesellschaft nach seiner Wortmeldung, „dass nur ein beständiger Friede mit den Palästinensern die Zukunft des jungen Staates sichern“ könnte, fast aus dem Haus geworfen worden. Racker habe die Situation mit dem Bemerkten gerettet, „dass Krieg noch nie eine Lösung gewesen sei“. Ab 2000 war Schatz vier Jahre Präsident des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierats.

Das Buch von Schatz gibt Einblick in das Ringen um neues, für den Menschen nützliches Wissen. Verlässt Schatz die Darstellung des von ihm erlebten Forschungsprozesses, wird er zum bildungsbürgerlichen Apologeten, ja Propagandisten des American Way of Life. Die Nachkriegsjahre in Österreich hat Schatz „als ein verstocktes geistiges Abseits ohne politische Reife, Ehrlichkeit oder Weltoffenheit“ erlebt. Das trifft auf die vorherrschende Atmosphäre zweifellos zu, aber welche Schlussfolgerung zieht Schatz daraus: „Schon in meinem zweiten Studienjahr beschloss ich, Österreich so bald wie möglich zu verlassen, um freiere Luft zu atmen und mir eine wissenschaftliche Zukunft zu schaffen.“ Wie oft wird Schatz in den USA die in seinem Buch abgedruckte Anekdote erzählt haben, dass ihm in Wien ein Polizeibeamter, der sein Ausreiseformular entgegen zu nehmen hatte, unfreundlich aus dem Schalter zu gebrummt habe: „Schau ana an, wieder so a Studierter, der was nach Amerika abzischt“! Ja, hätte sich der Österreicher über das konzentrierte Abschöpfen österreichischer Forschungskapazitäten durch die USA freuen sollen? Es ist notwendig und völlig richtig, dass junge Wissenschaftler sich möglichst viel Erfahrung im Ausland aneignen. Aber ist es so abwegig, wenn das österreichische Volk nach den vielen Jahren der reaktionären und offen faschistischen Herrschaft erwartete, dass junge Wissenschaftler ihr im Ausland erworbenes Wissen für den Aufbau eines neuen und weltoffeneren Österreichs nützlich machen? Ein paar aufklärende Worte von Schatz mit dem Polizeibeamten hätten der Anekdote ein anderes Gesicht gegeben. Der KZ-Häftling Leopold Figl (1902–1965) hat in seiner Regierungserklärung im Dezember 1945 der Hoffnung Ausdruck gegeben: „Das Österreich von morgen wird ein neues, ein revolutionäres Österreich sein [...] keine Wiederholung von 1918, von 1933, noch von 1938.“

Schatz wandte sich mit seiner Ausreise nach den USA von seiner österreichischen Heimat feindselig ab und begründet, ihm seien die Gräueltaten österreichischer Nationalsozialisten bekannt geworden: „*Ekel und Zorn über das, was ich nun endlich wusste, hatten in mir den Entschluss gefestigt, Österreich für immer den Rücken zu kehren.*“ Seine Heimat Österreich war dem Österreicher Schatz aber naturgemäß gut genug, von dort ihm angetragene Auszeichnungen jederzeit anzunehmen, die Akademiemitgliedschaft ohnehin, das Große Silberne Ehrenzeichen, das Österreichische Ehrenzeichen und was es eben sonst noch an Lorbeerblätter zu pflücken gibt. Hat Schatz die von den USA zu verantwortenden historischen Prozesse ähnlich scharf beobachtet wie jene von seiner Heimat Österreich? Ist es ihm unmöglich zu beschreiben, in welchem Ausmaß der „brain drain“ aller anderen Länder zur wissenschaftlichen Blüte der USA beiträgt?

Schatz verfolgte wegen seines eigenen Spezialgebietes die Arbeiten der Pflanzenforscher in den USA, er macht auch deutlich, wie sehr die „genetic engineering“ den Alltag der biologischen Forschung von Grund auf geändert hat. Daran knüpft er resümierend die Hoffnung, „dass gerade die gezielte Veränderung von Pflanzengenen für die Menschheit besonders wichtig ist, weil sie die Ernährung zukünftiger Generationen sicherstellt“. Die Pflanzenforscher der USA lieferten aber, wie Schatz nicht unbekannt geblieben sein konnte, mit ihren Ergebnissen noch ganz andere Dinge. Im von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 1971 veröffentlichten Report sind einige Folgen der von den USA in Vietnam eingesetzten biologischen Waffen, die auf pflanzenphysiologischer Grundlagenforschung basieren, nachzulesen. Die massiven Proteste der US-amerikanischen Friedensbewegung gegen den barbarischen US-Vietnamkrieg bleiben für Schatz „Studentenproteste“, „die mit der Erschießung von vier Studenten an der Kent State University durch die Nationalgarde ihren tragischen Höhepunkt fanden“. Diese Proteste seien mit jedem Jahr gewalttätiger geworden, schließlich habe am 30. April 1975 „die Eroberung Saigons durch den Vietcong die USA in eine tiefe Verunsicherung“ gestürzt. Das ist alles, was dem zur Nazi-vergangenheit Österreichs so kritischen Schatz zum heroischen Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes, gegen das die USA einen Ausrottungskrieg geführt hat, einfällt. Noch heute sind die Folgen

der barbarischen Aggression des US-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk zu spüren. Viele Menschen haben verschiedenste gesundheitliche Schäden, es gibt große Gebiete, die wegen der US-Sprayaktionen mit Giftstoffen enthaltenen Entlaubungsmitteln noch viele Jahre nicht genutzt werden können; von den unzähligen Toten und Verstümmelten als Folge von Anti-Personen-Minen ganz zu schweigen. Das Kinderhilfswerk UNICEF hat 2010 das Foto eines New Yorker Fotografen von einem neun Jahre alten Mädchen, das an angeborenen Missbildungen in Folge des Kontaktes ihres Großvaters mit „agent orange“ leidet, ausgezeichnet. Die USA weigert sich irgendeine Verantwortung für diese Kriegsverbrechen zu übernehmen und sie kann das tun, weil auch solche Wissenschaftler wie Schatz darüber schweigen, da Kritik ihrer wissenschaftlichen Karriere in den USA schaden könnte.

Die Erinnerungen der in den USA als Chemiker wirkenden Altösterreicher Erwin Chargaff (1905–2002) oder von Carl Djerassi (*1923) führen wesentlich weiter in die Tiefe als jene von Schatz. Beide werden von Schatz nicht genannt, obwohl ihm diese Chemiker, wenschon vielleicht nicht persönlich so doch jedenfalls fachlich, begegnet sein müssen. Dies, zumal Schatz auf „die Pille“ zu sprechen kommt, deren „Mutter“ bekanntlich Djerassi ist. Djerassi hat sich im Gegensatz zu Schatz in der Pugwash Bewegung engagiert.

In der Schweiz ist gewiss nicht alles Gold was glänzt, wenn auch vieles aus historischen Gründen besser ist als in Österreich. Es soll hier für den Wissenschaftsbereich bloß angemerkt sein, dass Wolfgang Pauli (1900–1958) erst nach Erlangung des Nobelpreises eingebürgert wurde, bis dahin galt er in Zürich als nicht assimilerter Ostjude aus Wien. Die Schweizer Chemie hat aus vielerlei Gründen Weltgeltung, nicht zuletzt ist der altösterreichische Chemie-Nobelpreisträger Leopold Ruzicka (1887–1976) einer ihrer wissenschaftlichen und wissenschaftsorganisatorischen Pioniere. Ruzicka war nicht nur Naturwissenschaftler, er hat fortschrittliche gesellschaftspolitische Positionen aktiv vertreten. Aus Anlass der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Chemienobelpreisträger Linus Pauling (1901–1994) schreibt Ruzicka, der den historisch-politischen Kampf der jugoslawischen Völker um Einheit und Unabhängigkeit unterstützt hat: „Kaum ein anderer Nobelpreis hat mich so gefreut als Freund Pauling's Friedensnobel-

preis. Das Komitee des Norwegischen Parlaments stellte in der Begründung fest, dass ‚Pauling seit 1946 gekämpft hat nicht nur gegen das Testen von Atomwaffen, nicht nur gegen deren Ausbreitung, und Einsatz, sondern auch gegen den Einsatz jeglicher Waffen zur Lösung internationaler Konflikte‘. Es wäre sehr zu wünschen, dass Parlamente anderer Länder – auch der Schweiz! – bei ihren Entscheidungen die Mentalität dieser Norweger etwas mehr berücksichtigen wollten als es bisher der Fall war. Hoffentlich wirken die Osterfriedensmärsche in diesem Sinne ansteckend und wecken in allen Kreisen aller Völker ein stärkstes Verantwortungsgefühl für die Zukunft der Menschheit. Nur die allgemeine Abrüstung würde die Mittel frei machen für eine wirklich wirksame Hilfe der reichen Länder an ihre notleidenden Brüder.“ Herausragende Naturwissenschaftler, unter ihnen Albert Einstein (1879–1955), Jean Frédéric Joliot-Curie (1900–1958), Linus Pauling, John Desmond Bernal (1901–1971) oder Dorothy Hodgkin-Crowfoot (1910–1994), aber auch die nach Wien aus der Emigration zurückgekehrten Chemiker Samuel Mitja Rapoport, Engelbert Broda (1910–1983) oder Thomas Schönfeld (1923–2008) haben die Friedensbewegung gestaltend unterstützt. Sie alle haben einen engagierten und bleibenden Beitrag geleistet, dass der Menschheit wenigstens die Perspektive einer friedlichen Entwicklung erhalten bleibt. Schatz, von dem kein Engagement für die Friedensbewegung bekannt ist, hat sich gegenüber einem Autor dieser Buchanzeige, der seine Erinnerung als „oberflächlich“ eingeschätzt hat, ziemlich abfällig über solche österreichischen Wissenschaftler geäußert.

Schatz nennt als österreichische Spitzenwissenschaftler seines Fachbereiches Tuppy, dann Adolph Smekal (1895–1959) und Kratky. Broda, den Schatz gut gekannt hat, kommt nicht vor, ebenso gilt ihm Mitja Rapoport, weil „wissenschaftlich unbedeutend“, als nicht nennenswert. Chargaff hat schon recht, wenn er in seinen Erinnerungen schreibt: „Schäbigkeit ist so sehr in das innerste Gefüge unserer Institutionen eingebaut, daß niemand, der in ihnen eine lange Zeit verbracht hat, sich darüber beklagen dürfte, daß sie seien, wie sie sind.“ Historische Realität ist, dass selbst von großen Namen nichts außer Staub bleibt. Es gibt in der Wissenschaftsgeschichte überhaupt nur ganz wenige Persönlichkeiten, die ihre Zeit und ihre Epoche wirklich überdauern. Ein Beitrag aus der

Laboratoriumswissenschaft wird dafür allein nicht ausreichen.

**HANS MIKOSCH/
GERHARD OBERKOFER**

Das KZ Lublin-Majdanek und die Justiz. Strafverfolgung und verweigerte Gerechtigkeit: Polen, Deutschland und Österreich im Vergleich, hg. von Claudia Kuretsidis-Haider, Irmgard Nöbauer, Winfried R. Garscha, Siegfried Sanwald und Andrzej Selerowicz. Graz: Clio 2011 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Bd. 4), 480 S., 38 Euro

Sammelbände der vorliegenden Art zu besprechen, ist für den Rezensenten kein einfaches Unterfangen, wird man doch kaum vermeiden können, eine unausgewogene Beurteilung der einzelnen Beiträge vorzunehmen. Mehr als die Frage nach der individuellen Qualität dieser Beiträge sollen darum vielmehr die dem Band zugrunde liegenden Paradigmen diskutiert werden, die eine übergreifende Betrachtung möglich machen. So kommt neben dem Bemühen um eine internationale Vergleichsperspektive in der Strafgerichtsbarkeit und justiziellen Ahndung von NS-Verbrechen der Aspekt einer internationalen Vernetzung von Forschungsleistungen und -ergebnissen stark zum Ausdruck. Die so gewonnene Perspektive, die über den österreichischen Tellerrand hinauszublicken vermag, ist eine der Stärken des Bandes. Auch erlaubt der Blick nach Deutschland und Polen eine direkte Konfrontation österreichischer Erfahrungen im Umgang mit NS-Verbrechen und NS-Verbrechern mit jenen aus anderen Ländern – nicht zum Vorteil des österreichischen Justizwesens, wie in einem vorweg genommenen Resümee festgestellt werden kann.

Das KZ Lublin-Majdanek südöstlich von Warschau spielte in den Geschichtsdebatten der 2. Republik – auch innerhalb der viel zitierten „scientific community“ – eine lange Zeit untergeordnete Rolle, wird von einer kurzen Phase in der unmittelbaren Nachkriegszeit abgesehen, als Majdanek gleichermaßen als Chiffre für die planmäßig-industriell organisierte Vernichtung durch den Hitler-Faschismus galt. Überhaupt rückte das ganze Ausmaß (räumlich wie ideologisch gesehen) des nationalsozialistischen Terror-, Ausbeutungs- und Vernichtungssystems in der Folge nur selten in den Fokus und blieb auf die Determinanten Auschwitz bzw., in nationaler Hinsicht, Mauthausen beschränkt. Und auch Johannes R.

Becher, dessen Gedicht „Kinderschuhe aus Lublin“ den Opfern von Majdanek ein lyrisches Denkmal setzt, wird bereits seit längerem nicht mehr gelesen.

Einer historischen Betrachtung wird diese langjährige Ausklammerung Majdaneks jedenfalls nicht gerecht: Nicht nur fungierte das KZ Lublin-Majdanek im besetzten Polen als eine zentrale Station für den Massenmord der „Aktion Reinhardt“, es befand sich auch im direkten Wirkungskreis des Österreicherers Odilo Globocnik (1904–1945), Vertreter eines katholischen Flügels im Nationalsozialismus, der als SS- und Polizeiführer im Distrikt Lublin wirkte. In der jüngeren, auf polnischer Seite insbesondere von Tomasz Kranz (Leiter des Staatlichen Museums Majdanek) maßgeblich vertretenen Forschung rückte dagegen die „Multifunktionalität“ (22) Majdaneks in den Mittelpunkt: Majdanek, zunächst als Gefangenenlager für sowjetische Kriegsgefangene mit riesigen Ausmaßen geplant, diente, in vielerlei Hinsicht ähnlich wie Auschwitz, als „Kriegsgefangenen-, Konzentrations-, Straf-, Übergangs-, Zwangsarbeits- und Todeslager“ (22) und blieb damit eingebettet in eine ganzheitlich strukturierte Vernichtungsstrategie des deutschen Faschismus. Kranz deckt neben einem von Claudia Kuretsidis-Haider, Andrzej Selerowicz, Siegfried Sanwald und Winfried R. Garscha gemeinsam verfassten Beitrag auch das Feld der historischen Verortung von Majdanek im vorliegenden Sammelband ab. Der Aufsatz der letztgenannten vier Autoren stellt hiebei den Versuch einer erstmaligen Zusammentragung biographischer Daten im Zusammenhang mit den Funktionsträgern von Majdanek dar und lässt sich damit als eine Art „Prosopographie des Terrors“ lesen, der 80.000 Menschen jüdischer und nichtjüdischer Herkunft das Leben kostete (30). Von über 1.700 Personen, die die Autoren ermitteln konnten, wurde für das Buch eine Auswahl nach bestimmten Kriterien wie Ranghöhe oder Nationalität zusammengestellt; die so gewonnenen Daten würden sich als Grundlage für eine vollständige Aufschlüsselung im Sinne einer biografisch-funktionalen Darstellung eignen, deren Publikation an anderer Stelle wünschenswert und aufschlussreich wäre.

Betrachtet man den Entstehungshintergrund des Sammelbandes, so wird evident, dass wissenschaftliche Forschung nicht im schöngestigen Elfenbeinturm stattfindet, sondern in direktem Zusammenhang zur gesellschaftspolitischen

Wirklichkeit steht. Im gegenständlichen Fall handelt es sich um den wissenschaftlichen Reflex der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz auf die Jahre 2007/2008, als der Fall der ehemaligen Majdanek-Aufseherin Erna Wallisch (geb. 1922) – im Sammelband in zwei Beiträgen ausführlich diskutiert – zur Einleitung von Vorerhebungen der Staatsanwaltschaft Wien führte, die jedoch nach dem Tod der Beschuldigten im Februar 2008 wieder eingestellt wurden. Hier spannt sich auch der Bogen zu den großen Themenkomplexen des Buches, die ins Feld der Rechtsgeschichte, Rechtsvergleichung und Rechtspolitik führen und ihre Verdichtung in der Darstellung und Beurteilung des Düsseldorfer Majdanek-Prozesses (1975–1981) und des schließlich ohne Anklage beendeten 10-jährigen Grazer Ermittlungsverfahrens zu Majdanek (1963–1973) erfahren: Während in der BRD mit dem bis dato größten Strafprozess der bundesdeutschen Rechtsgeschichte ein Präzedenzfall hinsichtlich des Umgangs mit Opfern von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geschaffen wurde und für einige Angeklagte mit Höchsturteilen zu Ende ging, stand die 1972 von der Staatsanwaltschaft Graz beantragte und vom Bundesministerium für Justiz genehmigte Einstellung des Verfahrens im rechtspolitischen Bemühen, potenziell zweifelhafte Freisprüche von (mutmaßlichen) NS-Tätern um jeden Preis zu vermeiden, wie von Kuretsidis-Haider und Garscha in ihrem Beitrag zur Ahndung von NS-Verbrechen in Österreich festgehalten wird (322). Verantwortlich hierfür war nicht zuletzt eine viel kritisierte Strafprozessordnung, die es ermöglichte, dass „über Anklagen wegen NS-Verbrechen von Geschworenen, die selbst ehemalige NSDAP-Mitglieder waren, geurteilt werden konnte“ (322f.).

Als großer Gewinn erweist sich in diesem Kontext die Entscheidung der Herausgeber, nach einem gelungenen wissenschaftlichen Artikel von Sanwald und Garscha über die historische Einordnung und Qualität des Grazer Ermittlungsverfahrens zu Majdanek auch den Abschlussbericht der Staatsanwaltschaft Graz zur Einstellung des Verfahrens vom 31. Oktober 1972 als exemplarische rechtshistorische Quelle abzudrucken – die Lektüre dieses Dokuments legt die Anfang der 1970er Jahre in der österreichischen Justiz vorherrschende Arbeitsweise in einem zentralen Justizverfahren zu NS-Verbrechen und NS-Verbrechern in

einer entlarvenden Deutlichkeit offen. In Kombination mit „Überlastung“ und durch „beharrliches Festhalten an bewährten Mustern bürokratischer Abläufe“ halten Sanwald und Garscha zusammenfassend fest, dass „mit den in Österreich angewendeten Mitteln und Methoden der traditionellen Strafverfolgung eine Ahndung von Gewaltverbrechen dieser Dimension nicht möglich war“ (364). Nicht zuletzt wird im abschließenden Beitrag von Kuretsidis-Haider und Garscha zu den Parallelen, Unterschieden und Versäumnissen der Majdanek-Prozesse in Polen, Deutschland und Österreich mit Recht darauf hingewiesen, dass die Einstellung des Grazer Verfahrens zu einem Zeitpunkt erfolgte, als die bundesdeutschen Ermittlungen gerade erst begonnen hatten. Der Verlauf des Düsseldorfer Majdanek-Prozesses sollte in der Folge auch beweisen, dass 1972 keineswegs geklärt sein konnte, ob einige der im Grazer Verfahren als Beschuldigte geführte Personen strafrechtlich relevante Taten begangen hatten oder nicht. Bis heute nachwirkende Konsequenz dieser Ermittlungen ist, dass es in Österreich kein einziges Urteil gegen Funktionsträger des KZ Majdanek gibt, wiewohl österreichische Staatsangehörige einen nicht unbeträchtlichen Teil der dortigen Wachmannschaften stellten.

„Das KZ Lublin-Majdanek und die Justiz“ ist als Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen der *Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz*, dem *Wissenschaftlichen Zentrum der Polnischen Akademie der Wissenschaften* in Wien und dem *Staatlichen Museum Majdanek* in Lublin ein praktischer Beleg für das Gelingen eines internationalen Forschungsvorhabens an der gesellschaftspolitisch eminent bedeutsamen Schnittstelle von Historie, Rechtswissenschaft und Judikatur. An seinem Beispiel wird deutlich, dass an der *Zentralen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz* historische wie rechtswissenschaftliche Grundlagenarbeit und Grundlagenforschung geleistet wird, die weit reichende Implikationen für die Frage nach den entscheidenden Weichenstellungen innerhalb der österreichischen Rechtspolitik, insbesondere auf dem Gebiet des Strafrechtes, zulässt.

MARTIN KRENN

„Marxistische Blätter“ digital

Eine sehr begrüßenswerte Initiative hat jüngst der *Neue Impulse Verlag* in Essen gestartet: die digitale Edition der

Marxistischen Blätter. Dieses heute sechs Mal pro Jahr erscheinende Periodikum wird 2013 den 50. Jahrestag seiner Gründung begehen und das Jubiläum zum Anlass nehmen, um sämtliche Hefte in digitalisierter Form, auf USB-Stick 2.0, Interessierten anzubieten. Bereits realisiert und zum Einführungspreis von 30 Euro erhältlich (ab Februar 2013: 48 Euro) ist der Teil 1, der die Jahrgänge 2001 bis 2010 umfasst. Ihm beigegeben ist ein reichhaltiges Bonusmaterial von längst schon vergriffenen Büchern der „Edition Marxistische Blätter“, darunter zwei, die für österreichische Nutzer von besonderem Wert sind: *Walter Hollitscher, Bedrohung und Zuversicht, erschienen 1980*, und der Sammelband *Josef Schleifstein/Ernst Wimmer (Hg.), Plädoyers für einen wissenschaftlichen Sozialismus. Konferenz zum 70. Geburtstag von Walter Hollitscher*, erschienen 1981. Im Frühjahr 2012 wird der Stick „Die 1990er Jahre“, im Sommer 2012 „Die 1980er Jahre“ und im Herbst 2012 „Die 1970er Jahre“ erhältlich sein – wenn bereits jetzt bestellt, zum Frühbucherrabatt von jeweils 20 Euro. Den fünften und letzten USB-Stick mit den Ausgaben der 1960er Jahre bekommt man bei einer solchen Vorgangsweise im Frühjahr 2013 automatisch und kostenlos zugesandt.

Der Probelauf des Sticks mit dem Teil 1 auf dem PC ist vielversprechend und stellt die Ausgereiftheit des Konzepts unter Beweis. Sowohl die Volltextsuche als auch die Schnellnavigation innerhalb der Jahrgänge und Hefte erweisen sich als unkompliziert und benutzerfreundlich. Die moderne Technik mit ihrer Miniaturisierung riesiger Berge an Information verwandelt hier die Belegung mehrerer Bücherregale in ein Datenträgergerät, das bequem in jede Hosentasche passt.

Den größten Vorteil hat man aber vom Inhalt her, waren und sind doch die *Marxistischen Blätter* eine echte Fundgrube an Analysen, Berichten, Stellungnahmen, Diskussionsforen und Bücherrezensionen auf höchstem Niveau. Ein halbes Jahrhundert der Geschichte des Kapitalismus und Sozialismus ist hier versammelt und vom marxistischen Standpunkt beleuchtet. Da bekanntlich nichts praktischer ist als eine gute Theorie, die uns klassenorientiert die vernebelten Erscheinungen der auf Manipulation und Massenverdummung angewiesenen kapitalistischen Welt erklärt, kann das Angebot der digitalisierten Lektüre der *Marxistischen Blätter* ein wirkliches Verdienst für sich beanspruchen.

HANS HAUTMANN

Bestellungen: Neue Impulse Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, Fax: 0049/201-2486484

Mail: info@neue-impulse-verlag.de

„Mich könnt ihr löschen, aber nicht das Feuer“

Am 2. November 2011 wurde im Seminarraum des Wiener Landesgerichts die 3. Auflage von „Mich könnt ihr löschen, aber nicht das Feuer“ präsentiert. Der von Willi Weinert herausgegebene Führer durch die Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof und zu Opfergräbern auf Wiens Friedhöfen ist mit 352 Seiten fast doppelt so umfangreich wie die vorigen Auflagen. Die Biografien der im Wiener Landesgericht hingerichteten WiderstandskämpferInnen werden hierin noch plastischer dargestellt. Auch hat der Autor nun all jene einbezogen, die nach 1945 aus der Gruppe 40 exhumiert und auf anderen Friedhöfen Wiens oder in ihren Heimatgemeinden begraben wurden. Aus Weinerts Bemühen, diesen Menschen wieder ein Gesicht zu geben, resultierte auch eine Ergänzung der schon bisher in großer Zahl vorhandenen Personenporträts.

Nach der Begrüßung durch den Präsident des Straflandesgerichts Wien, Mag. Friedrich Forsthuber, leitete der Autor seinen Vortrag mit der Feststellung ein, dass es ihm um die Darstellung des Widerstands von Menschen geht, die im bewussten Gegensatz zum NS-Regime gestanden sind, ohne diesem Widerstand den Holocaustbegriff überzustülpen. Im Mittelpunkt seines Interesses stehen jene, die – ob konservativ-christlich oder kommunistisch motiviert – in organisierter Form und auf unterschiedliche Weise Widerstand leisteten und letztlich vom NS-Terrorregime zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Weinert wies darauf hin, dass es sich bei der Gruppe 40 um die größten diesbezüglichen Gedenkorte in Österreich handelt. Dem Vergessen dieser Menschen müsse man entgegenwirken.

Am Beispiel seiner Eltern, die am 17. Juni 1941 vom so genannten Volksgerichtshof zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt worden waren, zeigte er auf, welchen Einfluss die Kriegereignisse auf das Ausmaß und den Umfang der Verurteilungen hatte und dass Widerstandskämpfer, die zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt worden waren, durchaus eine höhere Überlebenschance hatten, als diejenigen, die nur eine kurze Strafe erhielten, weil diese nach Straf-

verbüßung in vielen Fällen in ein KZ eingewiesen wurden, wo nicht wenige von ihnen zu Tode kamen. Weinert wies darauf hin, dass am 11. Juni 1941 in Österreich das erste Todesurteil gegen einen Widerstandskämpfer (Eduard Jaroslavsky) gefällt wurde, und darauf, dass das erste Todesurteil gegen einen österreichischen Widerstandskämpfer – es war dies gegen den Steirer Anton Buchalka – am 30. Jänner 1940 in Berlin ausgesprochen wurde. Beide wurden 1941 in Berlin-Plötzensee geköpft.

In weiterer Folge skizzierte Weinert den „Weg in den Tod“ anhand von Zitaten aus Büchern und Dokumenten. Dadurch wurde nachvollziehbar, was mit den Menschen geschah, gegen die in der Hauptverhandlung die Todesstrafe ausgesprochen worden war. Sie kamen sofort nach der Verhandlung in die Todeszellen, auch Köpflerzellen genannt. Dort verbrachten sie die Zeit, in der das so genannte Gnadenverfahren lief. Mit wenigen Ausnahmen gab es keinen „Gnadenerweis“ für die Verurteilten und sie kamen, nachdem der Reichjustizminister den Erlass ihrer Hinrichtung unterzeichnet und den Oberreichsanwalt mit der Hinrichtung beauftragt hatte, am Tag ihrer festgelegten Hinrichtung um 10 Uhr vormittags in die Armensäulenzellen. Dort konnten sie letzte Briefe schreiben und mit den Gefängnisgeorgern Gespräche führen. Um 18 Uhr begannen die Hinrichtungen, bei denen im Minutentakt die Menschen aufs Schafott gezwungen und geköpft wurden. Oft fanden bis zu 30 Hinrichtungen täglich im Landesgericht statt.

Ein Ergebnis der Recherchen Weinerts ist, dass mehr als 300 Kinder aufgrund der Hinrichtung ihrer Väter als Halbwaisen aufgewachsen sind, einige auch als Vollwaisen, weil beide Elternteile entweder hingerichtet wurden oder die Witwen kurz danach verstarben. Wenig bekannt ist, dass das NS-Regime dutzende Jugendliche zum Tode verurteilt und hingerichtet hat. Drei Prozent aller im LG I hingerichteten WiderstandskämpferInnen waren noch keine 20 Jahre, als sie geköpft wurden. Eine von diesen Jugendlichen war Edith Gadawits, die gemeinsam mit Felix Imre am 24. September 1943 zum Tode verurteilt worden ist. Während Imre geköpft wurde, verlief ihr Gnadenverfahren – Weinert zitierte aus dem einschlägigen Briefwechsel der NS-Behörden – positiv und ihr wurde nach sieben Monaten in der Todeszelle mitgeteilt, dass sie zu zwölf Jahren Zuchthaus begnadigt worden sei. Edith Gadawits wohnte ebenfalls der Buchpräsentation bei. ➔



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Aufgaben und Ziele der österreichischen Geschichtswissenschaft

Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Herwig Wolfram
anschließend Diskussion

Moderation: MMag. Martin Krenn (Alfred Klahr Gesellschaft)

Herwig Wolfram, von 1969 bis zur Emeritierung Universitätsprofessor für Mittelalterliche Geschichte und Historische Hilfswissenschaften an der Universität Wien, 1983 bis 2002 war er Direktor des Instituts für

Österreichische Geschichtsforschung. Zwischen 1994 und 2006 Herausgeber einer 15-bändigen Österreichischen Geschichte, Mitglied der *Österreichischen Akademie der Wissenschaften*.



Mittwoch, **18. Jänner 2012**, 19.00
(im Anschluss an die Generalversammlung)

Kulturcafé 7Stern

Siebensterngasse 31
1070 Wien



Mitteilungen der

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Dr. Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Alexander

Dinböck, Hans Hautmann, Martin Krenn,

Hans Mikosch, Manfred Mugrauer, Gerhard

Oberkofler, Lisl Rizy, Florian Schwanninger

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

PSK 92023930, BLZ 60000

IBAN: AT 6660 0000 0092 0239 30

BIC: OPSKATWW

➔ Abschließend stellte der Autor Grete Machalek einige Fragen. Frau Machaleks Vater Franz Plotnarek wurde im Dezember 1942 zum Tode verurteilt und am 16. März 1943 geköpft. Sie erzählte, wie sie ihren Vater in der Justizanstalt am Mittersteig besuchen konnte, wie sie mit ihrer Mutter vor den Türen des Großen Schwurgerichtssaales wartete, weil sie wussten, dass er bei einer Zeugenaussage anwesend war. Nachdem ihr Vater hingerichtet worden war, gelang es ihrer Mutter ins Anatomische Institut vorzudringen, wo sie den kaum wiederzuerkennenden Leichnam auf einem Seziertisch liegen sah, mit dem Kopf zwischen den Beinen. Auch dass sein Körper in der Gruppe 40 begraben wurde, hat ihre Mutter in Erfahrung gebracht, und noch vor Kriegsende ließ sie dort einen Grabstein aufstellen, ohne dass sie daran gehindert wurde.

LISL RIZY

Willi Weinert: „Mich könnt ihr löschen, aber nicht das Feuer“. Biografien der im Wiener Landesgericht hingerichteten WiderstandskämpferInnen. Wien: Stern-Verlag 2011 (3. Aufl.), 352 S., 24,- Euro

Bezug: Buchhandlung Hans Jauker, Wien 14, Sampogasse 6 oder per Mail: wiener.sternverlag@chello.at

Generalversammlung der Alfred Klahr Gesellschaft

Mittwoch, **18. Jänner 2012**, 17.00

Kulturcafé 7Stern, Siebensterngasse 31, 1070 Wien

Tagesordnung: Bericht des Präsidenten (Dr. Walther Leeb), Kassabericht (Dipl.-Ing. Friedl Lerch), Diskussion, Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung des Vorstandes

Fini Seif 80 Jahre

Wer Fini Seif kennt, wird es kaum für möglich halten, dass sie bald ihren 80. Geburtstag feiert. Seit der Gründung der *Alfred Klahr Gesellschaft* im Jahr 1993 ist sie ohne Unterbrechung als ehrenamtliche Mitarbeiterin aktiv und auch Mitglied ihres Vorstands. Allein ihrer unentbehrlichen Tätigkeit ist es zu verdanken, dass die AKG einen kontinuierlichen Bürobetrieb aufrechterhalten kann, kümmert sie sich doch um mehr oder weniger alle laufend anfallenden Vereinsangelegenheiten.

Fini Seif wurde am 9. Jänner 1932 in Krems geboren. Unmittelbar nach Kriegsende trat sie der *Freien Österreichischen Jugend* (FÖJ) bei, in deren Bezirksleitung sie gewählt wurde. 1951 wurde sie Mitglied der KPÖ. In dieser Zeit arbeitete sie in der Reh-

berger Schuhfabrik, ehe sie nach Wien in den Apparat der Landesleitung der FÖJ Niederösterreich wechselte. Ab 1960 gehörte sie dem Bundesvorstand der *Österreichischen Gewerkschaftsjugend* an. Im April 1969 begann Fini Seif ihre Arbeit als Sekretärin im Sekretariat des Zentralkomitees der KPÖ; eine Tätigkeit, die sie bis in die frühen 1990er Jahre fortsetzte. Heute ist sie in der Bezirksleitung der KPÖ Favoriten aktiv.

Der Vorstand der *Alfred Klahr Gesellschaft* spricht Fini Seif zu ihrem Geburtstag seinen herzlichen empfundenen Dank für ihr Engagement aus und übermittelt ihr die besten Wünsche. Wir hoffen, dass Fini auch in Hinkunft mit ungebrochener Tatkraft für unsere Gesellschaft aktiv bleiben wird.